7 deutsche architektur

rlin
li
73

Mensch, Betrieb und Stadt ■ Experimentalwohnbezirk in Moskau ■ Zirkusgebäude in Sotschi ■ Kulturhaus in Waldau ■ Warenhaus in Schwedt

eis 5,— Mark

Die Zeitschrift

deutsche architektur

erscheint monatlich

Heftpreis 5,– M

Bezugspreis vierteljährlich 15,– Mark

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются
Subscriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

In der Deutschen Demokratischen Republik:

Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Im Ausland:

- Sowjetunion
Alle Postämter und Postkontore
sowie die städtischen Abteilungen Sojuspetchatj
- Volksrepublik Albanien
Ndermarrja Shtetnore Botimeve, Tirana
- Volksrepublik Bulgarien
Direktion R. E. P., Sofia, Wassill-Lewsky 6
- Volksrepublik China
Waiwen Shudian, Peking, P. O. Box 50
- Volksrepublik Polen
Ruch, Warszawa, ul. Wronia 23
- Sozialistische Republik Rumänien
Directia Generala a Postei si Difuzarii Presei Palatul Administrativ C. F. R., Bukarest
- Tschechoslowakische Sozialistische Republik
Postovni novinová služba, Praha 2 – Vinohrady, Vinohradská 46 –
Bratislava, ul. Leningradska 14
- Ungarische Volksrepublik
Kultura, Ungarisches Außenhandelsunternehmen
für Bücher und Zeitungen, Budapest I, Vö Utja 32
- Österreich
GLOBUS-Buchvertrieb, A – 1011, Wien I, Salzgries 16
- Für alle anderen Länder:
Der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen
108 Berlin, Französische Straße 13–14
- BRD
- Westberlin
Der örtliche Fachbuchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Verlag

VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Georg Waterstradt
Telefon: 22 03 61
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nr. 011 441 Techkammer Berlin
(Bauwesenverlag)

Redaktion

Zeitschrift „deutsche architektur", 108 Berlin,
Französische Straße 13–14
Telefon: 22 03 61
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes
beim Vorsitzenden des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik
P 3/33/73 bis P 3/42/73

Gesamtherstellung:

Druckerei Märkische Volksstimme, 15 Potsdam,
Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01)
Printed in GDR

Aus dem vorigen Heft:

Städtebauliche Aufgaben, Bauten, Probleme und Projekte der Hauptstadt der DDR:
Wohnkomplex Landsberger Chaussee / Weißenseer Weg
Neue Bebauung der Rathausstraße
Modernisierungsgebiet im Stadtbezirk Prenzlauer Berg
Umbauung am Fernsehturm
Haus des Reisens am Alexanderplatz
Architektonische Sehenswürdigkeiten

Im nächsten Heft:

Qualifizierung und Information im Städtebau
20 Jahre Karl-Marx-Stadt
Neue Wohngebiete in Moskau und Vilnius
Internationaler Wettbewerb Warschau–Goslaw
Stadthalle der Freundschaft in Suhl

Redaktionsschluß:

Kunstdruckteil: 28. April 1973
Illusdruckteil: 7. Mai 1973

Titelbild:

Kulturhaus „Bergkristall" in Waldau
Foto: Klaus Mattutat, Suhl

Fotonachweis:

Paul Kuhl, Berlin (1); Gerald Große, Halle-Neustadt (1); ZNIIEP, Moskau (6); Klaus Mattutat, Suhl (6); Wolfgang Timme, Eisenhüttenstadt (11); Foto-Humann, Karl-Marx-Stadt (9); Klaus-Rüdiger Ulrich, Braunsbedra (9); Magistrat von Groß-Berlin (1); Dewag-Werbung Berlin (2); Asmus Steuerlein, Dresden (1); Gisela Dutschmann, Berlin (1)

7 deutsche architektur

XXII. Jahrgang
Berlin
Juli 1973

386	Notizen	red.
388	Mensch, Betrieb und Stadt Aspekte des modernen Städtebaus	Gennadi Fomin
390	Gedanken zum Wohnen und zum Wohnungsbau	Ule Lammert
393	Moskau – Tschertanowo Nord Planung und Bebauungsprojekt eines Musterwohnbezirks	L. Djubek
398	Städtebauliche Aspekte im rumänischen Wohnungsbau	Petre Derer
403	Neues Zirkusgebäude in Sotschi	I. W. Tschipiga
408	Kulturhaus „Bergkristall" in Waldau	Heinz Luther
412	„CENTRUM"-Warenhaus in Schwedt (Oder)	Karl-Heinz Dochow
418	Mensa der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt	Wolfgang Sehm
422	Westufer Gotthardteich in Merseburg	Gerhard Berndt
426	Umschau	red.
432	Architektenporträt Josef Kaiser	Harald Schultz
433	kritik und meinungen	
433	▪ Die „Charta" von Wien oder der Ruf nach einer heilen Umwelt für eine kranke Gesellschaft	Gerhard Krenz
435	▪ Zur Anwendung von logisch-mathematischen Methoden bei der Projektierung	Zbigniew Pininski
436	▪ Die Stadt als Bestandteil der Territorialstruktur	Kurt Weinrich
438	▪ Einige Bemerkungen zur Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis	Siegfried Kress
439	▪ Bemerkungen zum sozialistischen Städtebau	Gerhart Müller
440	▪ Das Fahrrad – ein städtisches Individualverkehrsmittel mit Zukunft	Clemens Wittkowski
440	▪ Dachgeschoßausbauten – ein Meinungsstreit	red.
441	Informationen	

Herausgeber: Bauakademie der DDR und Bund der Architekten der DDR

Redaktion: Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Ing. Claus Weidner, Stellvertretender Chefredakteur
Bauingenieur Ingrid Korölus, Redakteur
Detlev Hagen, Redakteur
Ruth Pfestorf, Redaktionssekretärin

Gestaltung: Erich Blocksdorf

Forschungsergebnisse gezielt in die Praxis überführen

Prof. Dipl.-Ing. Werner Heynisch
Präsident der Bauakademie der DDR

Die Bauakademie hat auf ihrer 28. Plenartagung die weiteren Aufgaben des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im komplexen Wohnungsbau einschließlich des kommunalen Tiefbaues und der städtebaulichen Gestaltung beraten. In Auswertung sowjetischer Erfahrungen sind weitere wirksame Schritte bei der Industrialisierung zu erreichen. Gemeinsam mit Wohnungsbaukombinaten wurde die neue Wohnungsbauserie 70 als Grundlage für eine einheitliche wissenschaftlich-technische Politik entwickelt.

Die WBS 70 ermöglicht steigende Produktivität sowie höhere Qualität in der industriellen Fertigung. Sie umfaßt sowohl die Rationalisierung vorliegender Projekte und Produktionstechnologien unter Nutzung der vorhandenen Grundfonds als auch die Entwicklung von Projekten und Technologien auf der Grundlage neuer bzw. zu rekonstruierender Plattenwerke. Damit ist sie die mit dem Staatsplan Wissenschaft und Technik bestätigte Rationalisierungsstrategie im komplexen Wohnungsbau. Mit dieser Serie können nicht nur die Wohnbedürfnisse der Werktätigen schneller und besser befriedigt werden, sie schafft auch Voraussetzungen für eine bessere städtebaulich-architektonische Gestaltung der Wohngebiete sowie für die Senkung des Arbeitsaufwandes und des Materialeinsatzes.

All diese Aufgaben einschließlich des dazu erforderlichen wissenschaftlichen Vorlaufes sind als Vorhaben des Staatsplanes Wissenschaft und Technik zusammengefaßt. Das Forschungsvorhaben wird vom Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau der Bauakademie geleitet. Seine Vorbereitung und Durchführung sowie die Überleitung der Ergebnisse in die Praxis erfolgen abgestimmt mit dem Ministerium für Bauwesen und den Bezirksbauämtern in Kooperation mit den Wohnungsbaukombinaten. Die Kombinate lösen auf Grund einheitlicher Vorgaben eigenverantwortlich bestimmte Teilaufgaben. So arbeitet zum Beispiel das WBK Berlin verantwortlich bei der Entwicklung eines einheitlichen Elementesortiments sowie den Beispiellösungen für vielgeschossige Wohngebäude und von Grundlagen für bestimmte gesellschaftliche Bauten mit.

Akademie und WBK wirken gemeinsam

Die Erstanwendung der Wohnungsbauserie 70 erfolgte im WBK Neubrandenburg. An der Vorbereitung hatten vor allem die WBK Berlin, Dresden, Halle und Leipzig mitgewirkt. Im Jahre 1972 wurde mit dem ersten im Planteil Überleitung des Staatsplanes Wissenschaft und Technik enthaltenen fünfgeschossigen Experimentalbau begonnen. Das Experiment wird insgesamt an fünf Wohnblöcken durchgeführt. Mit Unterstützung des Ministeriums für Bauwesen arbeiten bei der Überleitung Kollektive der Bauakademie und des Wohnungsbaukombinates zusammen.

Für die Vorbereitung und Einführung der Angebotsprojekte der WBS 70 wurde im Mai 1972 auf einer gemeinsamen Gewerkschaftsaktivtagung des WBK Neubrandenburg und der Bauakademie ein Komplexwettbewerb abgeschlossen. Bauarbeiter und Wissenschaftler übernahmen gemeinsam konkrete Verpflichtungen, pro Wohnung die vorgegebenen technischen und ökonomischen Kennziffern einzuhalten bzw. den Arbeitsaufwand auf der Baustelle sowie den Stahl- und Zementeinsatz zu senken.

Die Verwirklichung des Vorhabens machte es von Anfang an unerläßlich, das Experimentierprogramm der Akademie eng mit den Erfordernissen der Planerfüllung im Kombinat zu verbinden. Die Ersteinführung erfolgte also unter den Bedingungen der laufenden Produktion. Ein Überleitungskollektiv des Instituts für Wohnungs- und Gesellschaftsbau der Bauakademie arbeitet ständig im WBK. Sein Leiter nimmt an den täglichen Produktionsberatungen auf der Baustelle teil und koordiniert die Mitwirkung weiterer Akademie-Institute an dem Experimentierprogramm. Diese Tätigkeit des Überleitungskollektivs und die Führung eines gemeinsamen komplexen Wettbewerbs mit den Produktionskollektiven haben sich bewährt.

Beim ersten fünfgeschossigen Gebäude mit 40 Wohnungen betrug die Montagezeit noch 29 Produktionstage. Sie konnte beim zweiten Gebäude auf 18 und beim dritten auf 13 Produktionstage reduziert werden. Bei der Montage des vierten Wohngebäudes wurde zum ersten Mal die im WBK vorgefertigte, komplett ausgestattete Sanitärraumzelle eingebaut.

Hierbei sind technologische, sich auf weitere Bauzeitverkürzungen günstig auswirkende Erfahrungen gesammelt worden. Das betrifft vor allem die Einbeziehung des Ausbaues in den industriellen Bauprozeß und die Anwendung der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation von der Vorfertigung bis zur Montage. So konnte der fünfte Experimentalbau bereits in zehn Tagen montiert werden.

Bauzeitnormen unterboten

Zusammenfassend hat sich erwiesen, daß die mit der Montagetechnologie vorgegebene Zielstellung zu erreichen ist und vor allem die Bauzeitnormen noch zu unterbieten sind. Bereits bei der Montage des dritten Experimentalblocks wurde das staatliche Bauzeitnormativ nur zu 41 Prozent in Anspruch genommen.

Ausgehend von den in Neubrandenburg gesammelten Erkenntnissen und den Erfahrungen anderer Wohnungsbaukombinate, wird die Wohnungsbauserie 70 in den nächsten Jahren schrittweise und planmäßig in die Produktion verschiedener Bezirke übernommen. Vor allem in der Hauptstadt Berlin wird sie bei fünf- und elfgeschossigen Bauten angewandt werden. Auf diese Aufgaben konzentriert die Bauakademie 1973 und in den folgenden Jahren bedeutende Kräfte. Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit von Forschungs- und Produktionskollektiven hat sich auch auf anderen Gebieten des Bauwesens bewährt. Erwähnt seien hier nur die Rationalisierung von bautechnischen Lösungen im Kernkraftwerksbau, von technologischen Bauprozessen mit großer Häufigkeit oder städtebauliche Beispielplanungen.

Nunmehr kommt es verstärkt darauf an, bereits mit der Ausarbeitung langfristiger Forschungsvorhaben für entscheidende Gebiete des Bauwesens besser als bisher die Forschungskooperation im Rahmen der DDR und des RGW planwirksam zu organisieren sowie bei Erstanwendungen die materielle Bilanzierung und breite Nachnutzung zu sichern. Ebenso ist es Aufgabe der Bauforschung, bereits über den Plan 1974 und 1975 sowie für den Zeitraum von 1976 bis 1980 und darüber hinaus die notwendigen Verflechtungsbeziehungen in der gesamten Kette Wissenschaft – Technik – Produktion herzustellen. Es kommt darauf an, die Initiative unserer Forschungskollektive mit Hilfe des sozialistischen Wettbewerbs noch besser auf die praxiswirksame Lösung volkswirtschaftlich wichtiger Aufgaben zu konzentrieren und dafür den wissenschaftlichen Vorlauf zu schaffen.



Neue Ideen für den sowjetischen Wohnungsbau für die zweite Hälfte der 70er und die 80er Jahre werden im Moskauer Experimentalwohnbezirk Tschertanowo Nord erprobt. Näheres über diese interessante Planung finden Sie auf den Seiten 393 bis 397.

DDR-Architekturausstellung in Moskau

Am 13. 3. 1973 wurde im Hause des Verbandes der Architekten der UdSSR in Moskau eine Ausstellung über die „Architektur der DDR" der Öffentlichkeit übergeben. Die Ausstellung wurde vom Vizepräsidenten des BdA, Dipl.-Ing. Roland Korn, in Anwesenheit des Präsidenten des sowjetischen Architektenverbandes, des 1. Sekretärs und des Kulturattachés der Botschaft der DDR, zahlreicher Moskauer Architekten und der Presse eröffnet.

Prof. Orlow, der Präsident des sowjetischen Architektenverbandes, wertete in seiner Begrüßungsansprache die Ausstellung als einen Beitrag zur Vertiefung der freundschaftlichen Zusammenarbeit der beiden Architektenverbände und als ein wertvolles Mittel zum Erfahrungsaustausch zwischen den Architekten beider Länder.

Die Ausstellung zeigt spezielle Entwicklungsrichtungen der Architektur in der DDR, insbesondere die Gestaltung von Wohngebieten, neue Bauten in den Stadtzentren, Arbeitsstätten in Industrie und Landwirtschaft sowie Anwendungsbeispiele des Metallleichtbaus.

Da die Ausstellung in Moskau starkes Interesse fand, ist beabsichtigt, sie anschließend auch in Kiew und Leningrad zu zeigen.

Bautechnischer Brandschutz

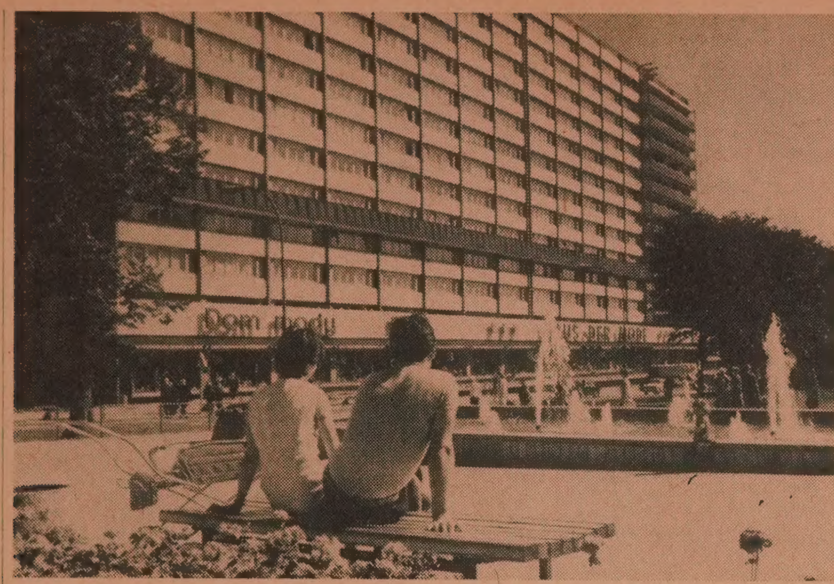
Das Zentralinstitut Einheitssystem Bau der Bauakademie der DDR führt am 27. 11. 1973 in Berlin die 3. Informationstagung

BAUTECHNISCHER BRANDSCHUTZ

durch.

Führende Fachleute referieren über brandschutztechnische Probleme und neue Erkenntnisse im Industrie-, Wohnungs-, Gesellschafts- und Landwirtschaftsbau. Unter anderen werden Probleme des Brandverhaltens von Konstruktionen des Stahl-, Stahlbeton- und Holzbaus sowie von leichten Mehrschichtelementen, die unter Verwendung von Plaste hergestellt werden, behandelt.

Teilnahmemeldungen werden bis zum 30. 9. 1973 an Bauakademie der DDR, ZESB, TK 51, 102 Berlin, Scharrenstr. 2–3, erbeten.



Im Zentrum der alten Stadt Bautzen wurde dieses Wohngebäude mit dem „Haus der Mode" fertiggestellt (Autorenkollektiv des VEB Kreisprojekt Bautzen).

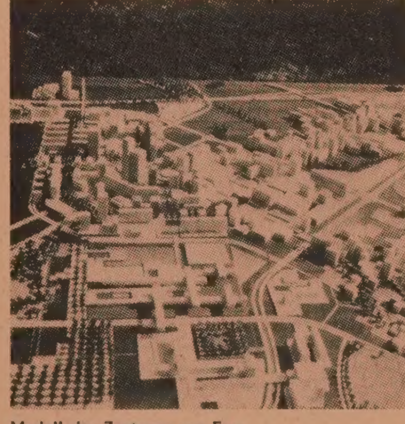
Evry: Eine neue Stadt bei Paris

In der Nähe von Paris, zwischen den Tälern der Seine, der Orge und der Essone, ist im Raum von Evry-Corbeil eine neue Stadt im Bau.

Evry, ursprünglich ein weit von der Hauptstadt entfernter Vorort, soll als selbständige Stadt zur Entlastung von Paris entstehen. Die Gesamtfläche der Stadt soll 9300 ha umfassen und damit der Fläche von Paris entsprechen.

Die neue Stadt einschließlich 14 eingemeindeter Orte hat heute bereits 200 000 Einwohner. Sie soll bis zum Jahre 2000 rund 500 000 Einwohner haben. Langfristig sollen dort auch 130 000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Je 10 Einwohner im arbeitsfähigen Alter sind 8 Arbeitsplätze vorgesehen.

Das Zentrum der Stadt, die sogenannte „Agora von Evry", soll nach Auffassung der Planer einen regionalen Einzugsbereich erhalten und rund 30 000 m^2 Geschoßfläche in Anspruch nehmen. Es soll eine Vielzahl von Funktionen, Arbeits- und Einkaufsstätten, Einrichtungen für Bildung, Freizeit usw. so integriert werden, daß eine Mehrzwecknutzung vieler Räume und Einrichtungen möglich wird.


Modell des Zentrums von Evry



Studium für den friedlichen Aufbau

Mit der vietnamesischen Studentin To Viet Hong an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar führte die Redaktion das folgende Gespräch:

Red.: Fräulein Hong, Sie weilen ebenso wie viele andere junge Menschen aus der Demokratischen Republik Vietnam zum Studium in der DDR. Wie sind Sie mit Ihrem Studium in Weimar zufrieden?

T. V. Hong: Zuerst möchte ich die Fürsorge, die herzliche Unterstützung und Hilfe erwähnen, die uns die Hochschule bei unserem Studium gewährt. Unter diesen Bedingungen können wir gut studieren und vor allem aber Freude beim Lernen finden. Ich fühle mich glücklich und stolz, hier bei ihnen im Frieden studieren zu können. Ich studiere Architektur, einen wunderschönen und interessanten Beruf, einen Beruf, der dem Wohl und dem Glück der Menschen dient. Ich wünsche mir, so erfolgreich wie möglich zu studieren, um die Wunden des Krieges bei uns mitzuheilen und unsere Heimat schöner zu gestalten.

Red.: Welche Kenntnisse, die Sie in der DDR gewinnen konnten, werden Ihnen beim Aufbau in Ihrem Lande besonders nützlich sein?

T. V. Hong: Ich bin jetzt im 2. Studienjahr, so daß ich noch nicht soviel Erfahrungen sammeln konnte, um das im einzelnen zu beantworten. Ich denke aber, daß alle Erfahrungen und Erkenntnisse, die wir bereits gewonnen haben oder noch gewinnen werden, von großem Nutzen für den Aufbau unserer Heimat sein können. In erster Linie ist das rationelle Bauen im Wohnungs- und Industriebau, wie wir es hier studieren können, für uns sehr interessant.

Red.: Die Bauschaffenden der DDR haben die Solidarität mit Vietnam stets aktiv unterstützt. Wie könnte die solidarische Unterstützung jetzt beim Wiederaufbau der DRV fortgesetzt werden?

T. V. Hong: Die DDR hat ein hochentwickeltes Bauwesen, so daß meiner Meinung nach eine allseitige Unterstützung auf allen Gebieten wünschenswert ist. Besonders nützlich ist für uns aber die Ausbildung von Fachkräften, aber auch eine unmittelbare tatkräftige Unterstützung durch den Erfahrungsaustausch mit Projektierungs- und Ausführungsbetrieben der DDR.

Milton Keynes – eine neue Stadt für 250 000 Einwohner

Im Südosten Englands, in der Grafschaft Buckinghamshire, wird eine neue Stadt gebaut, die künftig 250 000 Einwohner haben soll. Die rund 10 000 ha große Fläche der Stadt schließt einige bestehende Kleinstädte und Dörfer mit gegenwärtig insgesamt 41 000 Einwohner mit ein. Die zwischen London und Liverpool gelegene Stadt soll helfen, den im Londoner Raum vorhandenen Bevölkerungszuwachs abzuschwächen und der Ballung entgegenwirken.

Bis 1981 ist geplant, in Milton Keynes Wohnungen und Arbeitsplätze für 70 000 Einwohner zu schaffen. In den kommenden 25 (!) Jahren, die man für den Aufbau vorgesehen hat, sollen insgesamt rund 700 Millionen Pfund Sterling in die Stadt investiert werden. Das aber ist alles noch sehr ungewiß, da hierfür erst noch private Unternehmen gewonnen werden müßten, die bisher keine allzu große Neigung zeigen und lieber Vorhaben in vorhandenen, ausgebauten Zentren anlegen.

Die Stadtplanung sieht eine sehr weitläufige Anlage der Stadt vor, weil 50 Prozent der Wohnungen als Eigenheime gebaut werden sollen, die nach den bisherigen Projekten mehr Vorortsiedlungen ähneln. Die einzelnen Wohnsiedlungen sollen durch Busverbindungen mit dem Zentrum und den Arbeitsstätten verbunden sein. Der Busverkehr soll durch ein „Bus-Ruf-System" gesteuert werden. Die Fahrgäste sollen an den Haltestellen mittels Wählerscheiben den gewünschten Bestimmungsort „anwählen" können. Ein Computer soll den Bedarf analysieren und die Busse dementsprechend dirigieren. Ob dies nicht nur eine kostenaufwendige technische Spielerei ist, wird erst die Zukunft erweisen.

Im Frühjahr dieses Jahres besuchte eine Delegation des BdA der DDR den Ungarischen Architektenverband, um dort eine Vereinbarung über die freundschaftliche Zusammenarbeit in den kommenden Jahren zu beraten. Im Hause des Ungarischen Architektenverbandes unterzeichneten Generalsekretär L. Szabo und Vizepräsident Dr. Krenz den gemeinsamen Arbeitsplan.



Mensch, Betrieb und Stadt
Aspekte des modernen Städtebaus

Gennadi Fomin
Vorsitzender des Staatlichen Komitees für Bauwesen und Architektur beim Staatlichen Komitee für Bauwesen der UdSSR

Die sozialistische Gesellschaftsordnung, die ihr eigenen gesellschaftlichen Beziehungen sowie die Verhältnisse einer planmäßigen sozialen wirtschaftlichen Entwicklung im Interesse der ganzen Gesellschaft und jedes Gesellschaftsmitglieds schaffen objektiv alle notwendigen Voraussetzungen für die Realisierung der fortschrittlichsten Lösungen auf dem Gebiet des Städtebaus. Die Richtungen der sozialistischen Umgestaltung vorzeichnend, prophezeite Lenin schon in den ersten Jahren nach der Revolution, daß das alte System des Ansiedelns, das sich historisch herausgebildet hat, unausbleiblich von einem neuen System des sozialistischen Ansiedelns abgelöst werden wird, dem eine relativ gleichmäßige und proportionale Standortverteilung der Industrie und der Bevölkerung im Maßstab des ganzen Landes zugrunde liegen wird. Ein solches System gewährleistet eine Einsparung der gesellschaftlichen Arbeit, eine komplexe Entwicklung der Gebiete und deren ökonomische Spezialisierung, es hilft, eine übermäßige Zusammenballung der Bevölkerung in großen Städten nicht zuzulassen, und trägt zum Ausgleich des wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus der Bezirke und zur Überwindung der wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land bei.

Im Prozeß des großangelegten sozialistischen Aufbaus und der Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus sind in der Sowjetunion in den vergangenen Jahren große Schritte in dieser Richtung getan worden. Durch die sozialistische Industrialisierung und Rekonstruktion der Landwirtschaft wurden grundlegende Veränderungen im Siedlungssystem bedingt. Vergrößerte sich die ganze Bevölkerung des Landes in der Periode 1926 bis 1970 von 147 auf 241,7 Millionen (die Bevölkerung der UdSSR zählt heute 246,3 Millionen) oder auf das 1,6fache, so stieg die Zahl der Städter dabei bis 136 Millionen oder auf mehr als das 5fache. Ihr Anteil wuchs von 18 Prozent auf 56 Prozent an. Entsprechend der Tendenz zur Konzentration der Produktion vergrößerte sich der Anteil der Bevölkerung, der in den Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern lebte, gegenüber der gesamten Stadtbevölkerung von 36,1 Prozent auf 55,5 Prozent, die Zahl der Großstädte wuchs von 31 auf 222 an.

Die Entstehung neuer und die gründliche Rekonstruktion bestehender Städte, die allmähliche Umgestaltung der Ortschaften auf dem Lande zu großen, gut eingerichteten Siedlungen der Sowchose und Kolchose, das sind Gesetzmäßigkeiten der sozialen und ökonomischen Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft. Eine komplexe territoriale Organisation der Produktion und des Siedlungsnetzes sowie die Verstärkung der Wechselwirkung zwischen einer rationellen Standortverteilung von Produktivkräften und der Umgestaltung des Netzes von Ortschaften ist zu einer wichtigen Tendenz geworden.

Die jetzigen Aufgaben der Umgestaltung des in der UdSSR bestehenden Netzes von Ortschaften in ein neues kommunistisches Siedlungssystem fußen auf den Beschlüssen des XXIV. Parteitages der KPdSU, die die Hauptrichtungen des kommunistischen Aufbaus in der gegenwärtigen Etappe vorzeichnen. Die Hauptaufgaben sind unter anderem folgende: das Niveau der Planung zu erhöhen, eine proportionale Entwicklung des Siedlungsnetzes auf der Grundlage einer wissenschaftlich fundierten Berücksichtigung der Faktoren zu gewährleisten, welche die objektive Notwendigkeit diktieren, von einer isolierten Entwicklung und Projektierung der Städte und Siedlungen zur Bildung von planmäßig gesteuerten Systemen von Siedlungen auf der Grundlage einer rationellen Standortverteilung der Produktivkräfte überzugehen.

Das Programm zur Entwicklung der Produktivkräfte in der Sowjetunion ist in der gegenwärtigen Etappe durch mehrere Besonderheiten gekennzeichnet. Vor allem ist der Kurs auf die allseitige Intensivierung der Produktion hervorzuheben sowie auf die komplexe Entwicklung der Wirtschaft und den weiteren Ausgleich des sozialökonomischen Niveaus der Unionsrepubliken und der Wirtschaftsgebiete auf der Grundlage einer rationellen Arbeitsteilung und einer gleichmäßigen Standortverteilung großer Industrieobjekte.

Im östlichen Teil des Landes sollen energieintensive und im westlichen Teil arbeitsintensive Produktionen die vorrangige Entwicklung erfahren. Es ist eine gesteuerte Bevölkerungswanderung ins östliche Gebiet des Landes vorgesehen. Das Wachstum von großen Städten soll eingedämmt, dafür aber die Entwicklung von günstig gelegenen kleinen und mittleren Städten stimuliert werden.

Bei der Unterbringung von Industrieobjekten in den Städten ist heute wie nie zuvor die allseitige Berücksichtigung von ökonomischen, technischen, sanitärhygienischen, ästhetischen und sozialen Faktoren erforderlich. Unter den Verhältnissen der zunehmenden Konzentration der Industrie wird der Einfluß solcher Objekte auf das Leben der Stadt, auf die berufliche Tätigkeit der Bevölkerung sowie auf ihre Wohnverhältnisse und ihre Erholung immer stärker. Es genügt zu erwähnen, daß die Industrieobjekte vieler Städte und insbesondere in neuen Städten heute 40 bis 60 Prozent des gesamten städtischen Territoriums einnehmen. In größeren Städten gibt es mehrere Industriebezirke mit Hunderttausenden Werktätigen. Zu diesen Bezirken führen gewöhnlich die Hauptverkehrsadern. Von den Industriebezirken hängen in vielem die sanitär-hygienischen Verhältnisse der anliegenden Bezirke und der ganzen Stadt sowie die Komplexität des Stadtbildes ab.

In der gegenwärtigen Etappe der wirtschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion tritt die Tendenz zur Schaffung großer territorialer Wirtschaftskomplexe und Industriezentren immer deutlicher in Erscheinung. Dieser Weg ist mit der Steigerung von Produktionskapazitäten, mit der Vereinigung von mehreren vor- und nachgelagerten Produktionsstufen sowie mit der Entstehung ganzer Gruppen von Betrieben auf der Grundlage der Kooperation verbunden. Solche Komplexe werden zu den wichtigsten Teilen der Städte oder ganzer Systeme von Siedlungen und stellen einen Bestandteil ihrer Planungsstruktur dar. Zu solchen Komplexen zählen die von Wolgograd, Kujbyschew, Krasnojarsk, Bratsk und Ust-Ilim, Sojano-Schuschenskoje, Tjumen, Minussinsk, Nowo-Jenissejek, Togliatti und Sbiguljewski, Nabereshnyje Tschelny und viele andere.

Mit dieser Tendenz steigt auch die Rolle der Planung von Stadtgebieten als der Grundlage für die Standortverteilung von Industriekomplexen und großen Produktionen wesentlich. Dabei bildet sich das rationellste und gegenwärtig zusammenhängende System von Industrieobjekten und Siedlungen heraus, wobei die Spezialisierung von Gebieten und die Bildung von kooperierten Organisationen zur Bedienung von mehreren Gruppen von Betrieben (Großgießereien, Werkzeugfabriken, Anlagen zur Herstellung von Pressen, Verpakkungsbetriebe, wissenschaftlich-technische Zentren verschiedener Industriezweige) sowie auch das Transportsystem, das System von technischen Anlagen, Energieanlagen, die Dienstleistungsbetriebe und Erholungszonen berücksichtigt werden.

Es ist die Aufgabe gestellt worden, die Arbeitsstellen und Wohnviertel einander maximal näher zu bringen. Dabei gewinnt die Schaffung von komplexen Industrie- und Wohnbezirken immer mehr an Bedeutung. Wohnkomplexe, Industriebetriebe, kulturelle und soziale Einrichtungen werden territorial vereinigt. So entstehen ein einheitliches gesellschaftliches Zentrum mit Dienstleistungsbetrieben, ein gemeinsames Transportsystem und manchmal auch gemeinsame Erholungszonen. Als Beispiel können der Moskauer Bezirk Oktjabrski, einige Bezirke von Kiew und Minsk, der Bezirk des Werkes „Uralchimmasch“ in Swerdlowsk u. a. genannt werden.

Die Notwendigkeit, die großen Betriebsgelände rational auszunutzen, veranlaßt dazu, die Planungs- und Bebauungsaufgaben komplex zu lösen, sie mit den allgemeinen Anforderungen des Städtebaus, mit der Planungsstruktur, der Architektur der gesamten Stadt und der anliegenden Wohnbezirke, mit dem System von Straßen, Verkehrsadern und technischen Anlagen in Einklang zu bringen. Es gilt, ein einheitliches System von Transportmitteln zu schaffen, die die Industriebezirke mit den Wohnvierteln, Erholungsstätten und Hauptverkehrsadern außerhalb der Stadt verbinden. Die modernen technischen Mittel ermöglichen es, solche Territorien zu bebauen, welche früher dazu als ungeeignet galten, wie zum Beispiel Flächen, die überschwemmt werden oder Territorien mit Sumpfböden und ungünstigem Relief.

Fortschrittliche Lösungen geben die Möglichkeit, mindestens 60 bis 70 Prozent des

Territoriums eines Industriebezirkes mit Industrieobjekten und der damit verbundenen Objekte zu bebauen. Neben der Steigerung des Koeffizienten der Bebauung des Betriebsgeländes vergrößert sich zugleich auch die Effektivität der Ausnutzung des städtischen Territoriums, was bei der Rekonstruktion besonders wichtig ist.

Bei der Gliederung der Stadt in funktionell bedingte Zonen muß solchen wichtigen Forderungen wie der Erholung, der günstigsten Besonderheiten der Umwelt und der Verbesserung der Umwelt Rechnung getragen werden. Das bezieht sich in erster Linie auf die Notwendigkeit, die Luft und die Gewässer der Stadt vor schädlichen Einflüssen der Industriebetriebe und Transportmittel zu schützen. Entsprechend den sowjetischen Gesetzen und dem Charakter der Industrieanlagen werden um sie spezielle Schutzzonen geschaffen, in denen Wohnhäuser und öffentliche Gebäude nicht gebaut werden dürfen. Im Einklang mit den Volkswirtschaftsplänen werden alljährlich Maßnahmen gebilligt und realisiert, die auf die größtmögliche Verringerung von schädlichen Produktionsabfällen gerichtet sind, wie z. B. Abfallverwertung, Anwendung von effektiven Reinigungs- und Auffanganlagen, Einführung neuer Fertigungsprozesse und hermetische Abdichtung der Ausrüstungen. Diese Maßnahmen brachten bereits konkrete Ergebnisse: Die Luft in Moskau, Leningrad und anderen Städten sowie die Wasserbecken sind um ein Mehrfaches reiner geworden.

Die Haupttendenz der modernen Planung und Bebauung der großen Produktionskomplexe und Industriebezirke besteht darin, die Betriebe gruppenweise auf der Grundlage der Kooperation von Hilfsproduktionen, technischen Ausrüstungen und der Verkehrsbedienung unterzubringen. Die Organisationsform einer solchen Kooperation ist ein Industrieknotenpunkt, der auf einem oder aneinander liegenden Territorien Gruppen von verschiedenen Produktionen vereinigt, welche meistenteils durch technologische Prozesse miteinander verbunden sind. Als Beispiel der gegenwärtig in der Sowjetunion entstehenden großen Industrieknotenpunkte können der „Sapadny" (westliche) Bezirk in der Stadt Brest (Leichtindustrie) und der „Wostotschny" (östliche) in der Stadt Kaunas (Maschinenbau und Gerätebau) dienen. Insgesamt sind über 200 solche Knotenpunkte projektiert. Sie kennzeichnen sich durch eine strenge Planungsstruktur, einen hohen Koeffizienten der Inanspruchnahme des Territoriums sowie durch effektive Lösungen der Projektierungsaufgaben.

Die Vereinigung der Betriebe zu Industrieknotenpunkten ermöglicht es, die Lösung von Planungs- und Konstruktionsaufgaben bei der Errichtung von den diesen Knotenpunkten angehörenden Objekten zu vereinheitlichen sowie auch die Bauarbeiten rationeller zu organisieren. Hier entstehen günstige Voraussetzungen zur Anwendung von gleichartigen Bauteilen, Erzeugnissen und Baustoffen, welche sowohl eine hohe Effektivität der Arbeit als auch die architektonische Einheit gewährleisten. Das letztgenannte ist besonders für die großen Städte von Bedeutung, in denen die Bauarbeiten in sehr wenigen Industriebezirken konzentriert sind. Eine solche Konzentration garantiert eine zielgerichtete und effektive Ausnutzung von Investitionen und technischen Mitteln.

Die Wissenschaft, die einen immer größeren Anteil an der Produktion hat und zu einer realen Produktivkraft wird, ist heute einer der wichtigsten Faktoren der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Deshalb werden in der Sowjetunion wissenschaftliche Wirtschaftskomplexe und -vereinigungen geschaffen, denen Forschungsinstitutionen, Laboratorien, Versuchsabteilungen und Versuchsbetriebe sowie auch Fach- und Hochschulen angehören. Die Bildung solcher Vereinigungen ist eine der modernen Tendenzen der ökonomischen Entwicklung der UdSSR und eine gesetzmäßige Folge der wissenschaftlich-technischen Revolution. Diese Komplexe, die mit gesellschaftlichen Zentren der Industriebezirke vereinigt werden, stellen ebenfalls große territoriale Elemente der Stadt dar. Den Industriebezirken (Industrieknotenpunkten) und wissenschaftlich-technischen Komplexen kommt bei der Gestaltung des architektonischen Bildes der Stadt eine große Bedeutung zu. Von ihrer Planung und Architektur hängt das architektonische Gesamtbild in vielem ab.

Neben der Schaffung der neuen ist auch das Problem der Rekonstruktion der bestehenden Industriebezirke in den Städten und der im Weichbild der Stadt liegenden Produktionsanlagen sehr wichtig. Diese Richtung wird in der gegenwärtigen Etappe der Entwicklung der sowjetischen Industrie als maßgebend angesehen. Sie ist auf den Ausbau der bestehenden Betriebe, die Wiederherstellung der Grundfonds und Erhöhung ihrer Produktionskapazitäten durch die Einführung der neuen Maschinen und Fertigungsprozesse zurückzuführen. Bei der Rekonstruktion der bestehenden Städte ergeben sich mehrere Aufgaben. Die wichtigsten davon sind: Vervollkommnung der Bildung von funktionell bedingten Zonen und der Planungsstruktur, Schaffung von modernen Verkehrsadern, allseitige komplexe Entwicklung der zur Bebauung geeigneten Territorien, des Wohnfonds und des Systems der Dienstleistungen und der Erholungsstätten. Zu einem wichtigen Problem wird dabei die Verbesserung der Betriebsgelände und der Standortverteilung der Produktion. Vor der Rekonstruktion wird vor allem eine gründliche Analyse der Industrieobjekte vorgenommen; es werden ihre Besonderheiten nach sanitär-hygienischen Merkmalen, Produktionsarten, Transportverbindungen und der architektonischen Bedeutung präzisiert. Auf der Grundlage einer solchen Analyse wird ein neues Schema der Standortverteilung der Industrie in der Stadt aufgestellt. Die Objekte die für die Nachbarschaft mit Wohnvierteln nicht geeignet sind oder den fortschrittlichen Planungsmaßnahmen und der Modernisierung der Betriebe im Wege stehen, werden abgerissen oder aus dem Weichbild der Stadt nach außerhalb verlegt. Zugleich werden Fragen der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Hygiene auf dem Gelände des Industriebezirkes und in den anliegenden Zonen, der Planung und Bebauung des gesamten Bezirkes und einzelner Industrieobjekte durch die Ausnutzung von freien und Reserveflächen gelöst. Die Effektivität der Bebauung wird erhöht, ein Teil von Objekten wird unter die Erde untergebracht, die Verkehrsverbindungen werden in Ordnung gebracht, die wenig nutzbringenden Eisenbahnstrecken werden abgebaut, mehrgeschossige Parkplätze errichtet, das System der Dienstleistungen wird dadurch im Bezirk verbessert.

Bei der Rekonstruktion wird der Erhöhung der architektonisch-künstlerischen Qualität der Industriebauten große Bedeutung beigemessen.

Im Programm der KPdSU heißt es, daß die künstlerische Gestaltung in Zukunft die Arbeit noch mehr vergeistigen, das Alltagsleben verschönern und den Menschen veredeln wird. Das gilt auch für die Betriebsgelände. Die Industrie fügt sich in das Leben der Stadt, in deren Planung, Bebauung und in das architektonische Bild immer organischer ein. Eine der wichtigsten Forderungen des Städtebaus, die Bebauung des Territoriums mit architektonischen Ensembles, ist auch bei der Planung von Industrieobjekten voll und ganz durchzusetzen. Die Schaffung solcher Ensembles von Industrieanlagen unter Berücksichtigung des Spezifischen der Industrieobjekte spielt bei der Erhöhung der Qualität der architektonischen Gestaltung des gesamten Stadtgebietes eine sehr große Rolle.

Die Industriebezirke sind eine der drei wichtigsten funktionellen Zonen der Stadt. Eine der wichtigsten Tendenzen der modernen Planung und Bebauung der sowjetischen Städte, die entsprechend den Generalbebauungsplänen realisiert wird, ist die günstigste Verteilung der Arbeits-, Wohn- und Erholungszonen, die die besten Bedingungen und besten Verkehrsverhältnisse für jede Zone gewährleisten. Deshalb werden in neuen Projekten, Plänen und bei deren Verwirklichung direkte Verkehrsverbindungen zwischen den Zonen sowie die schnellsten schienengebundenen und schienenlosen Verkehrsmittel vorgesehen, welche eine störungsfreie Beförderung zahlreicher Fahrgäste in der Spitzenzeit gewährleisten und die Fahrzeiten bedeutend verkürzen.

So sind in kurzen Zügen die Haupttendenzen der Standortverteilung der Industriebetriebe auf den Territorien der Städte, die in der Projektierung, im Bau der neuen und in der Rekonstruktion der bestehenden Städte der Sowjetunion, die im Laufe ihres Vorwärtsschreitens zum Kommunismus eine stürmische Entwicklung erfahren, ihren Niederschlag finden.

Gedanken zum Wohnen und zum Wohnungsbau

Prof. Dr.-Ing. Ule Lammert
Vizepräsident der Bauakademie der DDR

Auch für unsere sozialistische Gesellschaft gilt, was Marx und Engels in ihrer ersten großen gemeinsamen Arbeit, in „Der Deutschen Ideologie", schrieben: „... daß die Menschen imstande sein müssen zu leben, um ‚Geschichte machen' zu können. Zum Leben aber gehört vor Allem Essen und Trinken, Wohnung und Kleidung und noch einiges Andere." (1)

Das Wohnen ist eine Grundbedingung der menschlichen Existenz, die praktisch nützliche Funktion des Wohnens ist die entscheidende Frage.

Ziel ist die Befriedigung der Wohnbedürfnisse

Nun ist aber der Begriff, die Vorstellung der Menschen vom Wohnen historisch konkret, sie wandelt sich in Abhängigkeit von der Entwicklung der Menschheit, ihrer gesellschaftlichen Struktur, der gesellschaftlichen Formation, dem Stand der Produktivkräfte usw. Das heißt, die Anforderungen, die wir an das Wohnen bei der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft stellen, können nicht die gleichen sein wie in der kapitalistischen Gesellschaft, und bei der weiteren Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft ändern sich diese Anforderungen. Daraus ergibt sich, daß es bei uns weder um ein Wohnen gehen kann, von dem Heinrich Zille wohl in Anlehnung an Engels sagte: „Man kann mit einer Wohnung einen Menschen genausogut töten, wie mit einer Axt", noch um ein solches, wie es die Ideologen der kapitalistischen Konsumgesellschaft als für die meisten Menschen nie erreichbaren Traum vortäuschen. Es geht um ein Wohnen, das den heutigen Bedürfnissen entspricht, deren Weiterentwicklung bei der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft berücksichtigt und von den jeweiligen materiellen Möglichkeiten unserer Gesellschaft ausgeht.

Das Ziel – die immer bessere Befriedigung der Wohnbedürfnisse in der sozialistischen Gemeinschaft – bestimmt den Weg und prägt die einzelne Etappe. Der erreichte Stand, die zur Verfügung stehenden Mittel bestimmen, ausgehend von der Gesamtzielsetzung, das jeweils Mögliche und Notwendige. Davon ging der VIII. Parteitag aus, als er, aufbauend auf einer exakten Analyse, die Aufgabe stellte, vor allem mehr Wohnungen zu produzieren, „... um die dringender werdenden Bedürfnisse der Familien zu befriedigen." (2) Genosse Honecker sagte dazu weiter: „Und in jedem einzelnen Fall bedeutet das einen Gewinn für eine Familie, für die Umwelt, in der die Kinder aufwachsen, für die Möglichkeiten kulturvoller Freizeitgestaltung."

Wie wir diese für das Leben der großen Mehrheit der Bürger, für die weitere Entwicklung der sozialen Verhältnisse in unserer Republik besonders bedeutsame Aufgabe nach dem Parteitag angefaßt haben und wie wir die Wohnungsfrage lösen werden, wurde sehr eindringlich auf dem 9. Plenum des ZK der SED herausgearbeitet. (3)

Unser Herangehen an das Wohnen ist immer charakterisiert durch das Bestreben, die materiellen Bedürfnisse in Übereinstimmung mit der Gestaltung einer Wohnumwelt, die aktiv auf die Entwicklung der sozialistischen Lebensweise Einfluß nimmt, zu lösen. Es geht um eine Umwelt, die sich in unsere Auffassung von Kultur als „Gesamtheit der Lebensbedingungen, der materiellen und geistigen Werte, Ideen und Kenntnisse, durch deren Aneignung die Menschen in Gemeinschaft mit anderen zu fähigen, gebildeten und überzeugten Erbauern des Sozialismus, zu wahrhaft sozialistischen Persönlichkeiten reifen" einordnet. (4)

Es ist allgemein unbestritten, daß die Qualität des Wohnens entscheidend zur allseitigen Entwicklung der Persönlichkeit, zu ihrer geistigen und physischen Entwicklung beiträgt. Wir wissen auch, daß die Bedürfnisse der Menschen als Individuen, in der Familie, in der Gemeinschaft bereits heute außerordentlich differenziert sind und immer vielseitiger werden. Was wir leider immer noch zu wenig kennen, sind die Bedürfnisse selbst, entsprechend der Struktur der Bevölkerung, vor allem wie sich ihre Entwicklung vollzieht.

Anforderungen an die Wohnumwelt

Zu den wesentlichen Anforderungen, die die sozialistische Gesellschaft unter anderem an die Wohnumwelt stellt, gehören:

- daß wir das Wohnen nicht allein auf die Wohnung beschränken, sondern es als einen zutiefst gesellschaftlichen Prozeß betrachten, der sich in der Gemeinschaft vollzieht, der die Organisation und Gestaltung des ganzen Wohnmilieus, vor allem die sozialen und kulturellen Beziehungen der Menschen bestimmt;
- die Qualität der Wohnumwelt, ihre Ausstattung und Ausrüstung, die räumliche Zuordnung der einzelnen Elemente haben entscheidenden Einfluß auf die Gewinnung von Freizeit, dem eigentlichen Reichtum der Gesellschaft nach Marx, und auf die praktische Durchsetzung der Emanzipation der Frau;
- das Wohnmilieu ist nur eine der täglichen Lebenssphären des Menschen, so daß die Wohnumwelt mit der Arbeitsumwelt sowie zu den zentralen Stätten der Kultur, Bildung und Erholung in einem entsprechenden räumlichen Verhältnis, in einer guten Verbindung zueinander bzw. Mischung untereinander stehen müssen;
- die Qualifizierung, Bildung und Weiterbildung, Kultur, Sport und das wachsende wechselseitige Bedürfnis nach geistiger und körperlicher Arbeit beeinflussen immer stärker den Charakter der Wohnung und der Wohnumwelt;
- die ästhetische und funktionelle Qualität der Wohnumwelt – die Zweckmäßigkeit und Harmonie, die Vielseitigkeit der Räume und Raumfolgen, die Komposition, die Farbgebung, die Beziehung zu bereits Vorhandenem und zur Landschaft, die Landschaftsgestaltung – bestimmen entscheidend das emotionale Wohlbefinden und die kulturelle Entwicklung der Bewohner;
- die hygienischen Anforderungen wachsen. Mit der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts erhöht sich die Notwendigkeit, auch im Wohnmilieu negative Begleiterscheinungen dieser Entwicklung – sowohl physische (Umweltverschmutzung) als auch psychische (Konzentration nervlicher Belastung) – verstärkt zu bekämpfen.

Aus diesen Kriterien, die entsprechenden Einfluß auf die Persönlichkeitsbildung haben, lassen sich u. a. auch die generellen Anforderungen an die Wohnung ableiten, z. B. auch die Größe der Wohnung, und zwar nicht nur in Richtung ständiger Vergrößerung, sondern auch, was die Grenzen der Größe betrifft, ausgehend von dem gesellschaftlich vertretbaren Aufwand an Hausarbeit. Hiervon läßt sich auch das Verhältnis zwischen gesellschaftlichen Einrichtungen und Wohnungen und vieles andere mehr bestimmen.

Ein weiterer entscheidender Faktor, von dem die Lösung dieser Fragen abhängt, sind die sozialen Ziele sowie die ökonomischen und technischen Möglichkeiten der Gesellschaft in der jeweiligen Phase ihrer Entwicklung. Es ist nur logisch, daß z. B. zu einem Zeitpunkt, an dem noch nicht jede Familie eine Wohnung hat, die Lösung dieser Aufgabe für die sozialistische Gesellschaft das Entscheidende ist. Qualität und Umfang der Wohnungsbaumaßnahmen hängen des weiteren davon ab, welchen Teil des Nationaleinkommens und des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens die Gesellschaft bei der planmäßigen proportionalen Entwicklung jeweils für diesen Bereich unmittelbar oder mittelbar einsetzen kann.

Außerdem ist wesentlich, daß Gebäude keine kurzlebigen Produkte sind. Auch die Häuser, die wir heute bauen, werden viele Jahrzehnte stehen. Sie nehmen einen großen Teil unseres Nationaleinkommens in Anspruch, sie müssen ihrem Gebrauchswert auch in der Zukunft gerecht werden und dennoch können wir sie nur mit den uns heute zur Verfügung stehenden Mitteln bauen. Gerade diese letzte Frage ist sehr wichtig, wenn man von der heute, man könnte fast sagen, noch unvermeidlichen Langlebigkeit der Gebäude ausgeht. Hieraus ergibt sich eine große Verantwortung sowohl für die Wissenschaft als auch für die Praxis. Genosse Demitschew hat dies auf der theoretischen Konferenz des ZK der KPdSU so formuliert: „Es vollziehen sich tiefe qualitative Veränderungen in der Lebensweise der Stadtbevölkerung, ihre Ansprüche wachsen. Die wissenschaftliche Analyse dieser Veränderungen gestattet es, ihre Dynamik in der Praxis des modernen Städtebaus allseitig zu berücksichtigen. Nur wenn wir uns auf die Wissenschaft stützen, die die Folgen dieser oder jener großen Entscheidungen und die perspektivischen gesellschaftlichen Bedürfnisse im voraus bestimmen kann, werden wir heute so bauen, daß die investierte Arbeit nicht nur die heutige, sondern auch die zukünftigen Generationen erfreut und ihnen dient." (5)

Wohnen und Gesellschaftsbild

Neben der generellen Anforderung an das Wohnen, eine ganz bestimmte praktisch-nützliche Funktion in historisch konkreter Form zu erfüllen, ist noch hervorzuheben, daß das Wohnen, das Wie-Wohnen, immer eine entscheidende politisch-ideologische Frage ist, oder anders gesagt, in der Vorstellung, die eine Gesellschaft von der zu gestaltenden Umwelt für ihre Bürger hat, kommt am bildhaftesten die Vorstellung vom Leben, von den politischen, sozialen und kulturellen Zielen, den geistigen Ansprüchen dieser Gesellschaft zum Ausdruck. Nicht umsonst sind deshalb in der Vergangenheit oft angestrebte Veränderungen der Gesellschaft und der gesellschaftlichen Verhältnisse an den Darstellungen und Beschreibungen der Stadt, einer idealen Stadt, einer neuen Stadt der Zukunft, anschaulich gemacht worden. Die Reihe reicht von frühen Utopisten wie Thomas Morus, Francis Bacon, von Campanellas Darlegungen in seinem „Sonnenstaat" über die utopischen Sozialisten bis zu den russischen revolutionären Demokraten.

Interessant ist, daß auch Friedrich Engels in einer seiner Elberfelder Reden (1845) über den Kommunismus am Beispiel von Vorschlägen Robert Owens zur Gestaltung von Siedlungen sehr anschaulich darüber spricht, daß „... einige wenige von den unendlichen Vorteilen, welche in ökonomischer Beziehung aus der kommunistischen Organisation der menschlichen Gesellschaft hervorgehen müssen." (6) Hierzu führt Engels u. a. Vorstellungen zur höheren Ökonomie der Zeit durch bessere Verbindung von Wohnstätten und Arbeitsstätten, die bessere Ausnutzung der Räume durch gemeinschaftliche Nutzung, höheren Komfort durch gemeinschaftliche Verpflegung und Organisation der Dienstleistungen an. Er sah z. B. in letzterem eine Möglichkeit, zwei Drittel der Zeit einzusparen. Man kann hierfür auch Beispiele aus jüngerer Zeit anführen. Genosse Breshnew hat z. B. 1971 vor Moskauer Wählern des Baumann-Bezirkes über die Entwicklung Moskaus anhand des vom Politbüro und dem Ministerrat bestätigten Generalbebauungsplanes gesprochen. Hierbei hob er hervor, daß dieser Plan dazu dient, Moskau in eine beispielhafte kommunistische Stadt zu verwandeln.

Auch unsere Wohnungsbau- und Städtebaupolitik, sei es der Aufbau der ersten neuen Städte wie Eisenhüttenstadt, Hoyerswerda, Halle-Neustadt, oder seien es die neuen Wohngebiete oder Stadtzentren, hat natürlich immer zum Ziel, die konkreten materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Werktätigen zu verbessern. Gleichzeitig aber haben wir mit solchen baulichen Maßnahmen weit über die eigentlichen Nutzer hinaus politisch gewirkt, indem wir Millionen von Menschen in unserem Lande und außerhalb zeigen, wie es im Sozialismus weitergeht.

Friedrich Engels hat sich von den Klassikern des Marxismus-Leninismus am intensivsten mit den Wohnungsfragen befaßt. Nach seiner frühen Arbeit über die Lage der arbeitenden Klasse in England kehrt er in den 70er Jahren zu

dieser Frage zurück. Er formulierte vor 100 Jahren unter anderem die Grundbedingung zur Lösung der Wohnungsfrage in einer Artikelserie im „Volksstaat", in der er sagt: „Und solange die kapitalistische Produktionsweise besteht, solange ist es Torheit, die Wohnungsfrage oder irgendeine andere das Geschick der Arbeiter betreffende gesellschaftliche Frage einzeln lösen zu wollen. Die Lösung liegt aber in der Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, in der Aneignung aller Lebens- und Arbeitsmittel durch die Arbeiterklasse selbst." (7) Oder an anderer Stelle: „. . . erst durch die Lösung der sozialen Frage, d. h. durch die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, wird zugleich die Lösung der Wohnungsfrage möglich gemacht." (8)

Prinzipien unserer Städtebau- und Wohnungspolitik

Diese Voraussetzungen wurden bei uns geschaffen, auf ihrer Grundlage sind wir an die Lösung der Wohnungsfrage herangegangen und auf dieser Grundlage werden wir das Problem lösen. Bei der gesellschaftspolitischen Ausrichtung unserer Städtebau- und Wohnungsbaupolitik geht es m. E. vor allem um 6 Prinzipien:

1. Wohnungsbau und Städtebau sind für uns ein entscheidendes Mittel zur Lösung unserer sozialpolitischen Aufgaben. Gerade dies wurde vom VIII. Parteitag noch einmal ganz besonders hervorgehoben und kommt in der Menge der gebauten und geplanten Wohnungen sowie in der Miet- und Verteilungspolitik der Wohnungen zum Ausdruck. Die Entscheidungen, die durch die Rede des Genossen Honecker in Leipzig und vom 5. Plenum in dieser Frage ausgelöst wurden, sind ein Beispiel, das sich unmittelbar in den Jahresplänen und den Fünfjahresplänen durch die steigenden Zahlen des Wohnungsbaues ausdrückt. Gleichzeitig zeigen sie uns, wie viel hier noch zu leisten ist, um auf einem so entscheidenden Gebiet wie dem Wohnen, das Erbe der kapitalistischen Vergangenheit zu überwinden und die Lebensbedingungen der Menschen grundlegend zu verändern.

Das sozialistische Herangehen kommt aber auch in unserer Grundhaltung zum Wohnungsbau zum Ausdruck, in der Tatsache, daß wir uns darüber klar sind, daß es noch nicht darum gehen kann, jedem seine Wohnung zu bauen, sondern darum, möglichst vielen Menschen eine Wohnung zu geben oder „nicht wenige exklusive Wohnungen, sondern viele gute Wohnungen entsprechend den realen Bedürfnissen der Arbeiterklasse zu schaffen." (9)

Dies bedingt auch, daß wir heute noch nicht über eine durchschnittliche Größe von 56 m^2 hinaus gehen können. Sicher, auch zur Befriedigung der geistig-kulturellen Bedürfnisse wäre eine größere Wohnung geeigneter. Nach der Beseitigung des Wohnungsdefizits werden wir auch dieses Problem in Angriff nehmen. Im Rahmen der langfristigen Planung gibt es darüber bereits Vorstellungen. Zur Lösung der sozialen Fragen im Wohnungsbau und Städtebau gehört auch, daß wir in den vergangenen Jahren den Wohnungsbau verstärkt an den Konzentrationspunkten der Arbeiterklasse durchführten und dies auch in den nächsten Jahren tun werden. Dort gilt es, in erster Linie die Arbeits- und Lebensbedingungen zu verändern.

2. Als zweites Prinzip ist hervorzuheben, daß wir den Wohnungsbau planmäßig betreiben. Das heißt, einerseits sehen wir ihn im Rahmen der planmäßigen proportionalen Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft, zum anderen nicht isoliert von der Stadt, sondern in ihrem Rahmen und im Zusammenhang mit der Entwicklung des Territoriums. Letztgenanntes ist für einen Sozialisten, der sich zur Planwirtschaft bekennt, theoretisch logisch und unumstritten. Ungeachtet dessen verstoßen wir gegen dieses Prinzip leider noch des öfteren. Dies tun wir trotz vorhandener Generalbebauungspläne für unsere wichtigsten Städte und andere Festlegungen und Gesetze. Im Vergleich zu den kapitalistischen Ländern sind wir ungeachtet dieser Kritik gerade hier sehr weit vorangekommen, aber trotzdem nutzen wir hier noch nicht alle Vorzüge des Sozialismus. Diese Vorzüge liegen u. a. darin, daß wir durch die planmäßige, sinnvolle Verbindung der verschiedenen Bereiche in der Stadt wie Arbeiten, Wohnen, Bildung, Erholung und Kultur, zu einer bedeutend höheren ökonomischen Effektivität bei der Ausnutzung der vorhandenen Substanz und beim Bau neuer Gebäude kommen. Gleichzeitig, und dies ist bestimmt nicht weniger wichtig, kommen wir dadurch zu einer höheren Effektivität bei der Herausbildung einer sozialistischen Lebensweise. Dies geschieht, bei gleichem ökonomischen Aufwand durch überlegte Verbindung der verschiedenen Bereiche, durch ein höheres Angebot an Möglichkeiten für Kommunikation, Kultur, Sport, Bildung usw.

Nur bei einem Herangehen an die Lösung der Probleme aus der Sicht der Gesamtstadt ist es auch möglich, die Dialektik von alt und neu, vom Aufheben des Alten im Neuen zu gewährleisten – ein Herangehen, das nicht nur baukünstlerisch, sondern auch in ökonomischer und sozialer Hinsicht entscheidend ist. Nicht zuletzt sollte noch gesagt werden, daß auch nur so die Zersiedlung unseres schon an sich durch viele kleine Wohnsiedlungen und Dörfer eng besiedelten Territoriums verhindert werden kann. Was passiert, wenn dieser Prozeß unkontrolliert vor sich geht, zeigt uns nicht nur die Literatur aus kapitalistischen Ländern, ahnen läßt es uns auch unser eigener individueller Datschenbau.

3. Als drittes ist zu erwähnen, daß wir das Wohnen nie auf die Wohnung allein beschränkt haben, sondern immer das Wohnen komplex sehen. Es geht uns um die Organisation und Gestaltung des ganzen Wohnmilieus, vor allem um die sozialen und kulturellen Beziehungen der Menschen. Deswegen sprechen wir auch immer von komplexem Wohnungsbau, in den sowohl die Einrichtungen des Handels, der Dienstleistungen, die Schulen, die Kindergärten, die kulturellen und sportlichen Einrichtungen einbezogen sind. Entscheidend hierfür ist die Überlegung, daß die Menschen in den Wohngebieten alle Möglichkeiten zur Befriedigung ihres täglichen Bedarfs und gleichzeitig Voraussetzungen zur allseitigen Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeit erhalten.

Leider ist bekannt, daß ungeachtet der eindeutigen staatlichen Festlegungen in der Praxis öfter, vor allem wenn die Baukapazitäten fehlen, manche dieser Einrichtungen zurückgestellt wurden. Trotzdem können wir heute auf ein beachtenswertes Ergebnis zurückblicken. So war die Zahl der Kinderkrippenplätze 1970 fast dreimal so hoch wie 1955 und die Platzzahl von Kindergärten stieg um mehr als das Doppelte, so daß heute von 1000 Kindern 655 in entsprechenden Gärten betreut werden. Die Zahl der Schulklassen hat sich um ein Drittel erhöht, bei gleichzeitiger Reduzierung der Zahl der Schulen zugunsten größerer und besser ausgerüsteter.

Aus den Überlegungen zur Entwicklung unserer Volkswirtschaft in den nächsten Jahren wissen wir, daß der Umfang der gesellschaftlichen Einrichtungen im Rahmen des Wohnungsbaues weiter schnell zunehmen wird.
Festgestellt muß aber auch hier werden, daß die unter sozialistischen Bedingungen einmalige Möglichkeit für eine planmäßig vorzusehende Mehrzwecknutzung bzw. Kombination von Gebäuden für Zwecke verschiedener Bereiche stärker genutzt werden muß.

4. Als vierter Punkt ist zu erwähnen, daß es uns beim Wohnungsbau nicht allein um die Befriedigung reiner Zweckfunktionen geht, daß wir bestrebt sind, keine Wohnmaschinen zu bauen, wenn dies auch aus ökonomischen Bedingungen heraus manchmal gar nicht so einfach ist. Die Bestrebungen gingen immer dahin, sowohl Wohnungen als auch städtebauliche Räume zu schaffen, die den geistig-kulturellen Ansprüchen der Menschen gerecht werden. Dies ist ein Anliegen, das alle am Bau Beteiligten betrifft. Es ist heute notwendig, die ästhetische Funktion der Architektur stärker zu betonen, denn als Reaktion auf die Überbetonung des nationalen Formenarsenals haben sich in der Vergangenheit viele Architekten aus der Befürchtung heraus, die funktionelle, die zweckbestimmende, die ökonomische Seite der Architektur würde vernachlässigt, gegen die Betonung der künstlerischen Aufgabe der Architektur gewandt. Diese Situation ist überwunden. Die wachsende Bedeutung der Kultur verlangt, die Architektur allseitig zu sehen, d. h. auch als Baukunst. Es würde nicht schaden, wenn wir uns öfter daran erinnerten, daß Jahrhunderte lang die Baukunst als die Mutter der Künste bezeichnet wurde und daß sie noch lange in den Bereich der bildenden Kunst eingeordnet wurde.
5. Genauso entscheidend ist aber auch die andere Seite, daß wir immer bestrebt waren, die Architektur nicht zu verselbständigen und sie von der Produktion, den technischen und ökonomischen Möglichkeiten und Notwendigkeiten zu lösen, d. h. die Entwicklung der Architektur ging und geht bei uns Hand in Hand in dialektischer Wechselwirkung mit der Industrialisierung des Bauens.

6. Die Lösung des Wohnungsproblems kann nicht als eine isoliert zu betrachtende Frage der Städte gesehen werden. Engels sagte hierzu: „Wie eine soziale Revolution diese Frage (gemeint ist die Wohnungsfrage, d. V.) lösen würde, hängt nicht nur von den jedesmaligen Umständen ab, sondern auch zusammen mit viel weitergehenden Fragen, unter denen die Aufhebung des Gegensatzes von Stadt und Land eine der wesentlichsten ist" (10). Und an anderer Stelle: „Die Wohnungsfrage ist erst dann zu lösen, wenn die Gesellschaft weit genug umgewälzt ist, um die Aufhebung des von der jetzigen kapitalistischen Gesellschaft auf die Spitze getriebenen Gegensatzes von Stadt und Land in Angriff zu nehmen." (11) Diese von Engels sicher vor allem unter dem Eindruck der explosiven Entwicklung der Städte in den Gründerjahren aufgeworfene und oft falsch als generelle Ablehnung von großen Städten interpretierte Auffassung spielt auch heute noch eine entscheidende Rolle. Unsere Entwicklung zeigt, wie richtig es ist, diese Frage nicht isoliert zu sehen und eventuell zu versuchen, das Problem mit einigen technischen Verbesserungen im Wohnungsbau auf dem Lande oder mit einer romantischen Idealisierung des ländlichen Lebens zu lösen. Wir haben das Problem an der Wurzel angepackt und mit großem Erfolg Maßnahmen durchgeführt, um die Produktionsweise auf dem Lande zu ändern und durch den Übergang zur industriellen Produktion den wesentlichen Unterschied zwischen Stadt und Land allmählich aufzuheben. Dies, verbunden mit einem umfangreichen Wohnungsbauprogramm auf dem Lande, einer richtigen verkehrsmäßigen Anbindung und Zuordnung zu den Städten als den auch für die Zukunft entscheidenden Zentren des geistig-kulturellen Lebens und eine richtige Standortpolitik der Produktivkräfte, ist entscheidend auch für eine weitsichtige Wohnungspolitik im Sinne der proportionalen Entwicklung.

Widersprüche erkennen und lösen

Wichtig ist aber auch, daß wir eine Reihe objektiv vorhandener Widersprüche sehen und erkennen, um sie zu beherrschen. Solche Widersprüche bestehen zwischen der Entwicklung der Wohnbedürfnisse und den ökonomischen und technischen Möglichkeiten. Auch für die Entwicklung des Wohnungsbaues in der jeweiligen Phase des sozialistischen Aufbaus trifft zu, daß einerseits unsere Bedürfnisse äußerst aktiv auf die Entwicklung der Produktion und ihre Leistungen einwirken und andererseits die Produktion unsere Bedürfnisse mitbestimmt. Ja gerade dieser Prozeß und das Bemühen um seine Bewältigung bewirken eine stete Vorwärtsbewegung der gesellschaftlichen Entwicklung.

Widersprüche bestehen aber auch zwischen der Entwicklung unserer Bauindustrie in Richtung weiterer Konzentration und Industrialisierung und deren Beherrschung und der Notwendigkeit, die Umgestaltung unserer kleinen und mittleren Städte in Angriff zu nehmen.

Sie bestehen z. B. auch zwischen der Tatsache, daß die Industrialisierung uns heute noch Grenzen setzt, die nicht übereinstimmen mit der sich herausbildenden Vielseitigkeit der Interessen der Menschen. Genannt sei noch die Wechselwirkung zwischen Industrialisierung und dem Wunsch nach spezifischer, um nicht zu sagen, individueller baukünstlerischer Gestaltung der Objekte.

Die Lösung der Probleme hängt sicher in hohem Maße von dem Können, von der Meisterschaft der Architekten ab. Aber nicht nur, sondern auch von den Materialien und Mitteln, die dem Architekten zur Verfügung stehen. Sie hängt aber auch ab von dem gesellschaftlichen Auftraggeber, wie präzise er seinen Auftrag formulieren kann, wie klar er sich über die notwendige gesellschaftliche Entwicklung und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die einzelne Stadt, für das einzelne Wohngebiet ist.

Die Wohnungsfrage im Kapitalismus

Engels weist auf den grundsätzlichen Unterschied zwischen dem Herangehen an die Lösung der Wohnungsfrage im Sozialismus und dem Manipulieren mit dieser Frage im Kapitalismus hin. Man kann dies auch anschaulich machen, wenn man anhand der genannten Prinzipien einen Vergleich zur BRD zieht. Am deutlichsten wird dies, wenn man dabei das Herangehen an die soziale Frage betrachtet.

In der BRD wurden nach 1945 sehr viele Wohnungen gebaut. Dies geschah bei weitem nicht aus pur sozialen Überlegungen, sondern weil der Wohnungsbau unter anderem durch den Mietwucher zu einer der ergiebigsten Quellen der kapitalistischen Akkumulation geworden ist. Beispielsweise haben allein in der Zeit von 1960 bis 1969 die Grundstücksspekulanten über 70 Mrd. DM in ihre

Taschen gewirtschaftet. Nach Angaben der „Stuttgarter Zeitung" hat der frühere Oberbürgermeister von München die Summe von 50 Mrd. DM genannt, die allein seit etwa 20 Jahren für die Umwandlung von Ackerland in Bauland bezahlt wurde. Nutznießer z. B. in München sind nicht mehr als 300 bis 400 Leute, die ohne auch nur die Hand zu rühren, Riesengewinne erzielt haben. (12)

Westdeutsche Zeitschriften stellen fest, daß in kaum einer anderen Branche die Unternehmer ihr Kapital so rasch um so gewaltige Spannen und so risikolos vermehren konnten, wie im westdeutschen Wohnungsbau auf Kosten der Mieter und Steuerzahler. Nach diesen Einschätzungen gehört das Ausmaß, in dem sich Grundbesitzer, Bauunternehmer, Bauherren, Makler, Geldgeber an der Wohnungsnot der letzten 20 Jahre bereichern konnten, zu den finstersten Erscheinungen des nachkriegsdeutschen Kapitalismus. So stiegen z. B. in Hannover in den letzten 30 Jahren die Lebenshaltungskosten um das Doppelte, im selben Zeitraum haben sich die Baukosten vervierfacht und die Baulandpreise verzehnfacht. (13)

Wurde durch die große Zahl der gebauten Wohnungen das soziale Problem gelöst? Die „Frankfurter Rundschau" schrieb im Januar 1973 von einem realen Fehlbestand von zwei Millionen Wohnungen, berechnet ohne den jährlichen Neubedarf von 300 000 Einheiten. Nach Angaben des „Vorwärts" leben 800 000 Haushalte, das sind 2,5 Millionen Menschen, in Baracken, Obdachlosenheimen oder sonstigen unwürdigen Unterkünften. Rund 1 Million Wohnungen sind in einem abbruchreifen Zustand. Hinzu kommen 2,5 Millionen ausländische Arbeiter, die in ihrer Mehrzahl äußerst schlecht untergebracht und in erhöhtem Maße Objekte des Mietwuchers sind (sie zahlen im Durchschnitt 31 Prozent Miete mehr). (14) Das statistische Bundesamt rechnet bis 1980 mit einem weiteren Zuwachs von über 2 Millionen. (15)

Dies ist aber nur die eine Seite; gleichzeitig stehen Wohnungen wegen zu hoher Mietpreise leer. In München z. B. wurde vor nicht sehr langer Zeit ein Fehlbedarf von 30 000 Wohnungen gemeldet. Dem gegenüber stehen allein im Olympischen Dorf 2000 Wohnungen, die als Eigentumswohnungen zu einem Preis von 160 000 DM verkauft werden sollen, leer. Bezeichnend ist auch, daß nach den bestehenden Gesetzen 17 Millionen Haushalte ein Recht auf eine Sozialwohnung haben, aber nur 5,5 Millionen solcher Wohnungen sind vorhanden, die ihrerseits wiederum nicht von den sozial am schlechtesten Gestellten genutzt werden. Auch dies zeugt von dem oft zitierten Widerspruch zwischen öffentlicher Armut mit dem privaten Wohlstand einiger.

Aufschlußreich ist auch, wie es mit den seinerzeit so vielgepriesenen Eigenheimen aussieht. Der langjährige CDU-Wohnungsbauminister Lücke postulierte für diese Entwicklung das Ziel, aus besitzlosen Proletariern besitzende und deshalb in besonderem Maße staatsbewußte Bürger zu machen oder ein – wie er es formulierte – „Bollwerk zum Schutz gegen äußere und innere Bedrohung" zu bilden. (16) Das entspricht dem alten Motto, wer sein eigenes Haus besitzt und Monat für Monat Schulden abzahlt, ist zu Streiks und politischer Unbotmäßigkeiten nicht aufgelegt.

Nach Untersuchungen betragen die abzuzahlenden Zins- und Tilgungssummen vielerorts eine Höhe von 600 bis 700 DM monatlich. Einige Bewohner sind heute gar nicht mehr in der Lage, die Tilgungsraten zu zahlen und haben Mühe genug, die Zinslast aufzubringen.

Wie sieht es wirklich mit dem Eigenheimbau aus? Es wurden rund 4 Millionen Eigenheime gebaut. Wer baut sich nun in der BRD ein Einfamilienhaus?

Laut soziologischen Untersuchungen mit repräsentativem Charakter sind davon 59 Prozent selbständige Unternehmer, 24 Prozent Angestellte und nur 14 Prozent Arbeiter.

Der Anteil der Arbeiter an der Eigentums- und Vermögensbildung durch Eigenheimbau ist also relativ gering.

Nicht besser sieht es auch mit den Mietwohnungen aus. Die Miete beträgt heute rund 25 bis 30 Prozent der Einnahmen einer Familie. Das ständige Wachsen der Mieten ist für die meisten Familien ein Alptraum. Die Mieten pro m² Nutzungsfläche stiegen im sogenannten „sozialen Wohnungsbau" seit 1953 von 0,99 DM auf rund 4,00 DM an, in den Ballungsgebieten wie München auf 4,20 DM und Hamburg auf 4,70 DM. Münchens Stadtbaurat hat berechnen lassen, daß nach 12 Jahren die Miete einer 1972 erbauten Sozialwohnung mehr als 10,00 DM pro m² betragen wird.

Der Widerspruch zwischen Stadt und Mensch

Die Unfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft, die sozialen Widersprüche zu lösen, die sich aus den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, der Unantastbarkeit des Privateigentums an Grund und Boden und der damit verbundenen Spekulation ergeben, finden ihre Reflexion in dem oft zitierten Widerspruch zwischen Stadt und Mensch. Es gibt eine Fülle von Äußerungen, die man hierzu zitieren könnte. Der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Hans-Joachim Vogel machte den allgemeinen Entwicklungstrend der Städte im Kapitalismus am Beispiel der amerikanischen Städte sehr anschaulich: „Da ist das uferlose, scheinbar durch nichts zu bremsende breiartige Auseinanderfließen der Stadtstrukturen. Da ist das Absterben der vom Individualverkehr lahmgelegten und erstickten Innenstädte, die ihre Funktionen an die Randzonen, an die Einkaufszentren auf der grünen Wiese abgeben und sich entweder in Slums oder in eine Ansammlung von Verwaltungsgebäuden verwandeln. Da ist der Mangel an reiner Luft, sauberem Wasser und an Ruhe. Da ist die öffentliche Armut, die in hartem Kontrast zum privaten Wohlstand steht und sich im Fehlen von Schulen, Krankenhäusern, modernen Schienenverkehrsmitteln und anderen Gemeinschaftseinrichtungen zeigt. Und da ist schließlich die Entpersönlichung der Städte, die immer farbloser und einander immer ähnlicher zu werden drohen." (18)

Oder wie steht es mit der Entwicklung der Stadtzentren? Engels als hervorragender Prognostiker auch im Städtebau hob hervor: „Die Ausdehnung der modernen großen Städte gibt in gewissen, besonders in den zentral gelegenen Strichen derselben dem Grund und Boden einen künstlichen, oft kolossal steigenden Wert; die darauf errichteten Gebäude, statt diesen Wert zu erhöhen, drücken ihn vielmehr herab, weil sie den veränderten Verhältnissen nicht mehr entsprechen; man reißt sie nieder und ersetzt sie durch andere. Dies geschieht vor allem mit zentral gelegenen Arbeiterwohnungen, deren Miete, selbst bei größter Überfüllung, nie oder doch nur äußerst langsam über ein gewisses Maximum hinausgehen kann. Man reißt sie nieder und baut Läden, Warenlager, öffentliche Gebäude an ihrer Stelle." (19)

Dies sagte Engels 1872. Material über die Entwicklung in diesen 100 Jahren zeigt den Rückgang der Einwohnerzahlen in dieser Zeit in den Innenstädten einiger Großstädte der BRD (1871 zu 1955), der weiter anhält:

Hamburg	von 156 700 auf 30 000	Frankfurt	von 18 900 auf 5 200
München	von 49 431 auf 13 000	Bremen	von 35 000 auf 2 000
Essen	von 15 000 auf 1 580		

Heute wird in den innerstädtischen Gebieten solcher Städte der Boden zu märchenhaften Preisen gehandelt, in München z. B. 12 000 Mark pro m². Anstelle von Wohnbauten entstehen Kaufhäuser, Büros, Konzernverwaltungen. Der Mensch verliert seine Bleibe in den eigentlich attraktiven Gebieten.

Aus der allgemeinen Unzufriedenheit heraus ist die SPD 1969 in den Wahlkampf mit einer Reihe von Reformversprechen, z. B. dem Städtebauförderungsgesetz, gegangen. Da sie aber an dem Grundproblem nichts ändern will, d. h. am kapitalistischen System des Privateigentums an Grund und Boden, so ist ihr mit diesem Gesetz recht wenig Erfolg beschieden gewesen. Der damals zuständige Minister Lauritzen mußte selbst in einem im Hinblick auf die Wahlen 1972 sehr optimistisch gehaltenen Interview im „Vorwärts" eingestehen: „Das Gesetz findet nur auf wenige Gebiete Anwendung." Die Entwicklung der Städte und Wohngebiete wird weiterhin nicht von gemeinnützigen Überlegungen, sondern von der Bodenspekulation bestimmt. Das Übel wird oft richtig erkannt, so von der Kölner „Welt der Arbeit": „Eine Reform unseres Bodenrechts muß gewährleisten, daß über die Nutzung eines Grundstücks nicht der höchstmögliche Profit, sondern die Interessen der Gemeinschaft entscheiden." Es bleibt bei Reformversprechungen. Hieran ändert auch nichts, wenn der Gemeindetag in München unter der Losung stand: „Rettet unsere Städte heute!" Hieran kann auch eine Regierung der Sozial-Liberalen Koalition nichts ändern, da sie nicht im geringsten daran denkt, die Grundvoraussetzungen zur Lösung der Wohnungsfrage – die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse – in Angriff zu nehmen. Sie setzt hier konsequent die bürgerlich-kapitalistische Politik ihrer Vorgänger fort, und wie die Bourgeoisie an die Lösung der Wohnungsfrage herangeht, zeigt wieder Friedrich Engels: „In Wirklichkeit hat die Bourgeoisie nur eine Methode, die Wohnungsfrage in ihrer Art zu lösen – d. h. sie so zu lösen, daß die Lösung die Frage immer wieder von neuem erzeugt." (20)

Anmerkungen

(1) K. Marx/F. Engels. Die deutsche Ideologie. Marx/Engels, Werke, Band 3, Seite 28

(2) Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED. Berichterstatter E. Honecker. Dietz Verlag Berlin 1971, S. 39

(3) E. Honecker. Bericht des Politbüros an die 9. Tagung des Zentralkomitees. In: Neues Deutschland vom 29. 5. 1973

(4) K. Hager. Zu Fragen der Kulturpolitik der SED. Dietz Verlag Berlin 1972, Seite 10

(5) P. Demitschew. Die Ausarbeitung aktueller Probleme des Aufbaus des Kommunismus in den Beschlüssen des XXIV. Parteitages der KPdSU. Dietz Verlag Berlin 1971, S. 45

(6) F. Engels. Zwei Reden in Elberfeld. Marx/Engels, Werke, Band 2, S. 546

(7) F. Engels. Zur Wohnungsfrage. Marx/Engels, Werke, Band 18, S. 263

(8) Ebenda, S. 246

(9) G. Mittag. Die Hauptaufgabe des Fünfjahrplanes und die politisch-ideologischen Aufgaben der Parteiorganisationen in der Industrie und im Bauwesen. Dietz Verlag Berlin 1972, S. 17

(10) F. Engels. Ebenda S. 226

(11) F. Engels. Ebenda S. 243

(12) Die folgenden Zahlenangaben, falls nicht gesondert angegeben, entstammen einem unveröffentlichten Informationsbericht von Dipl.-Ing. Gerd Zeuchner zu Ergebnissen und Tendenzen der Städtebau-, Wohnungsbau- und Raumordnungspolitik in der BRD. Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und Architektur. Stuttgarter Zeitung vom 23. 10. 1972

(13) Der Spiegel, Nr. 6/1969

(14) Skandalöse Einzelheiten über die Lage der ausländischen Arbeiter sind enthalten in Heft 6/72 der Berichte des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft

(15) Ravens. Wohnungsbaupolitik zwischen gestern und morgen. Neue Heimat Nr. 8/1972, S. 20

(16) Der Spiegel, Nr. 6/1969

(17) Wartenberg. Zur Misere des sozialen Wohnungsbaus. Bauwelt Heft 1/1973

(18) Vogel. Städte im Wandel. Verlag W. Kohlhammer, 1971

(19) F. Engels, ebenda, S. 215

(20) F. Engels, ebenda, S. 260



1 Modellfoto des geplanten Wohnbezirkes

Moskau-Tschertanowo Nord
Planungs- und Bebauungsprojekt eines Musterwohnbezirks

Architekt L. Djubek
Moskauer Projektierungsinstitut

Das alte und ewig junge Moskau wächst stürmisch, es tritt mit sicherem Schritt in die Zukunft ein. Von Etappe zu Etappe verändert die Stadt ihr Angesicht. Und in jeder neuen Entwicklungsetappe der Stadt werden immer kompliziertere Probleme aufgeworfen, die die Fürsorge der Partei und der Regierung um die Erhöhung des Lebensniveaus der sowjetischen Menschen zum Ausdruck bringen. Auf dem Gebiet des Bauwesens und der Architektur findet das in der Erarbeitung der Perspektivpläne zur Rekonstruktion der Hauptstadt auf der Grundlage der fortschrittlichsten und humansten städtebaulichen Ideen und in dem gewaltigen Umfang des Wohnungsbaus seinen Ausdruck.

Auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU stellte L. I. Breshnew den Moskauern und dem gesamten Sowjetvolk die große Aufgabe, Moskau in eine kommunistische Musterstadt zu verwandeln. Mit dem Ziel der erfolgreichen Lösung dieser Aufgabe wurden von den Organen der Stadt eine Reihe Beschlüsse angenommen, die konkrete Maßnahmen zur weiteren Vervollkommnung des Projektierungswesens und der Bautätigkeit in der Stadt Moskau vorsehen.

Unser Moskau liegt hinsichtlich der Ausstattung, der Wasserversorgung, des Umfangs der Grünflächen und der jährlich pro 1000 Einwohner gebauten Wohnungen schon heute vor den großen Städten der Erde. Der die Stadt umgebende Wald- und Parkschutzgürtel gewährleistet der Bevölkerung günstige Umweltbedingungen.

Es ist auch allgemein bekannt, daß im Massenwohnungsbau sehr große Erfolge erreicht worden sind. In der letzten Zeit wurde auch die Qualität der Bebauung gehoben. Es entstanden große und hinsichtlich der Lösung bessere Wohnbezirke, der Übergang zum „offenen Typensystem", zu einer wirkungsvollen, schöpferischen Methode, die die grundlegende Verbesserung des industriellen Wohnungsbaus beinhaltet.

Die gegenwärtig bestehenden Bebauungsprojekte solcher Bezirke wie Otradnoje, Lianosowo, Bibirewo, Iwanowskoje, Orjechowo, Borisowo, Teply Stan haben schon ein individuelles Antlitz und eine typische Planstruktur.

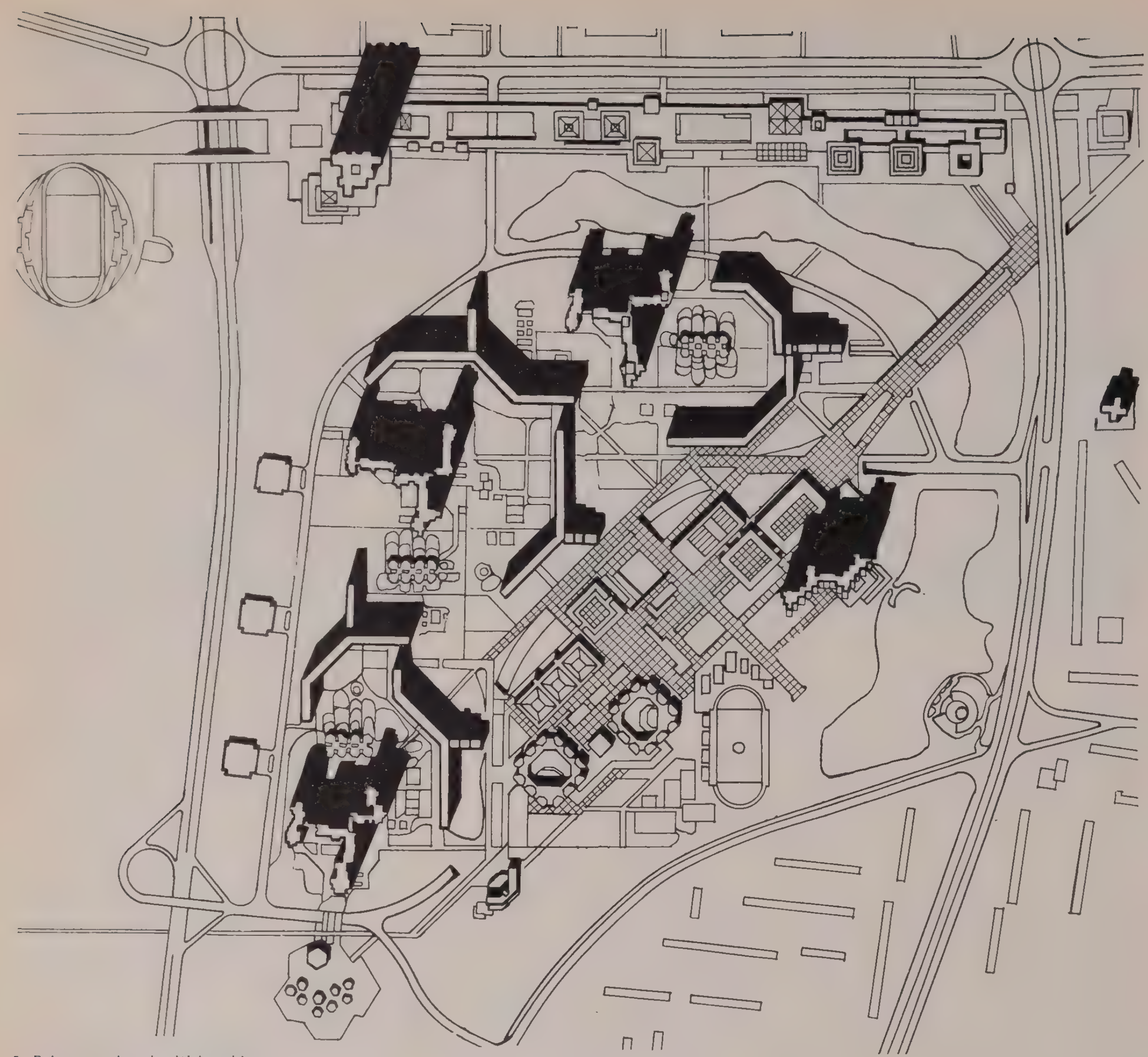
Jedoch verpflichtet die Umwandlung Moskaus in eine kommunistische Musterstadt zu noch tieferem, wahrhaft wissenschaftlichem und allseitigem Eindringen in alle Aspekte der städtebaulichen Tätigkeit, zur fundierten Prognosearbeit hinsichtlich der Entwicklung des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens, der Volksbildung, des Gesundheitswesens und zur größeren Anwendung der Errungenschaften der Technik im Wohn- und Lebensbereich der Menschen.

Auf der Versammlung des Partei-, Gewerkschafts- und Komsomolaktivs der Hauptstadt im Mai 1972 hob der erste Sekretär des Stadtkomitees, Genosse W. W. Grischin, hervor, daß in dem Bestreben, Moskau zur kommunistischen Musterstadt zu machen, die Partei davon ausgeht, daß es dafür objektive Voraussetzungen gibt, deren Einfluß sich ständig vergrößern wird.

Die Schaffung einer kommunistischen Musterstadt stellt eine Bewegung nach vorn auf nichtausgetretenem Weg dar. Das ist nicht einfach Anwendung der neuesten Erfahrungen, die in Städtebau und Architektur und bei der Synthese mit der Monumentalkunst gesammelt wurden, sondern vor allem Aufbau auf den großen sozialen Errungenschaften der sowjetischen Gesellschaft, Beachtung der Prinzipien der kommunistischen Menschengemeinschaft und der kommunistischen Moral, die Verwirklichung der Leninschen Ideen von der Umwandlung der Lebensform, von der Befreiung der Frau von der unproduktiven Arbeit in der Hauswirtschaft, der Vorstellungen von der modernen Wohnung und von der harmonischen Entwicklung der Persönlichkeit.

Das Stadtbild Moskaus als kommunistische Musterstadt wird in erster Linie von seinen Bewohnern geprägt werden – so heißt es in dem Aufruf des Aktivs an die Bevölkerung der Stadt. Groß und vielfältig sind die Aufgaben der Bauschaffenden bei der Schaffung einer kommunistischen Musterstadt. Die Realität des zu verwirklichenden Vorhabens gründet sich auf die Wirtschaft des Sowjetstaates, auf den hohen Stand seiner Wissenschaft und Technik und auf die Möglichkeiten der industriellen Basis des Bauwesens. Alle uns zur Verfügung stehenden Mittel sollen so wirksam und zielgerichtet wie möglich verwendet werden, sie sollen zur Verbesserung der architektonischen Qualität der Stadt beitragen. Die in Moskau sich realisierende Bautätigkeit soll die besten Erfahrungen, die in unserem Land und im Ausland gemacht wurden, verwerten. Die Bautätigkeit in Moskau soll zum sich ständig verbessernden Maßstab für die Qualität des Bauens werden. Dazu soll auch der Experimentalwohnbezirk Tschertanowo Nord beitragen, wo in der Praxis neue architektonische und ingenieurtechnische Ideen, neue Planungs- und Bebauungsprinzipien, neue Typen für Wohnhäuser und Bauten gesellschaftlicher Bestimmung und die rationellsten Organisationsformen des Bauwesens erprobt werden.

Die Kompliziertheit der gestellten Aufgaben ist allen Projektanten des Experimentalwohnbezirkes gut bekannt. Deshalb wurde der Grobdurcharbeitung des Programms und zahlreichen Varianten der ge-



2 Bebauungsplan des Wohngebietes

samtraumplanerischen Bebauungslösung große Aufmerksamkeit gewidmet.
Der Experimentalwohnbezirk in Tschertanowo Nord, dessen technisches Projekt vom Rat für Städtebau Moskaus und von Gosgrashdanstroj gebilligt sowie vom Exekutivkomitee des Moskauer Sowjets bestätigt wurde, wird im nächsten Jahrfünft errichtet werden.
Alles was für den Experimentalwohnbezirk projektiert wird, soll von Ideenhaftigkeit und Parteilichkeit durchdrungen sein. Die Projektlösungen entstehen unter Einbeziehung von Erkenntnissen der Gesellschaftswissenschaften, und die materiell-räumliche Umwelt wird als einheitlicher Komplex räumlicher Bauwerke, technischer Mittel und ästhetisch wertvoller Erzeugnisse der Architektur in Synthese mit der Malerei und Plastik betrachtet.
Die im Vordergrund stehenden gesellschaftlichen Aufgaben basieren auf der Erhaltung und Festigung der Familie als Grundzelle der kommunistischen Gesellschaft. Die Familie wird alle Bedingungen für bequemes Wohnen, für die Nutzung aller Vorteile der technischen Entwicklung und des Fortschritts auf dem Gewertige medizinische Betreuung und für vielfältige Freizeitmöglichkeiten erhalten.
In seiner Rede auf dem 15. Gewerkschaftsbiet der Wohn- und Lebenskultur, für vollkongreß berührte L. I. Breshnew die Frage der Nutzung der Freizeit. Er sagte: „Schon Marx sprach davon, daß die Freizeit das Kriterium des gesellschaftlichen Reichtums ist, wenn sie für die allseitige Entwicklung des Menschen, seiner Fähigkeiten und damit der noch größeren Mehrung des materiellen und geistigen Potentials der gesamten Gesellschaft genutzt wird. Der Sozialismus schuf dafür die notwendigen Bedingungen, er gab dem Sowjetmenschen ausreichend Freizeit zur Erholung, zur Mehrung der Bildung und Lebenskultur, zur Festigung der Gesundheit, zur Erziehung der Kinder und für andere nützliche Dinge."
Die Projektlösung des Experimentalwohnbezirkes widmet den Möglichkeiten zur zweckmäßigen, sinnvollen Nutzung der Freizeit mit maximalem Nutzen für das Individuum und die Gesellschaft im ganzen besondere Aufmerksamkeit. Für den Bau des Wohnkomplexes ist ein Terrain vorgesehen, das nördlich vom Balaklawski-Prospekt, östlich und südlich von der Tschertanowsker und Sumsker Straße, westlich vom Bitzewsker Naturpark und von der Warschauer Chaussee begrenzt wird. Das Terrain umfaßt 48,1 Hektar. Die Einwohnerzahl wird 20 500 betragen.
Jede den Bezirk bewohnende Familie wird mit einer guteingerichteten Wohnung und einem allseitig entwickelten bequem und effektiv gestalteten Netz gesellschaftlicher Einrichtungen versorgt sein, das Einrichtungen der Kultur, der Volksbildung, des Handels, der Gemeinschaftsverpflegung, des Sports, des Gesundheitswesens und kommunale Betriebe umfaßt.

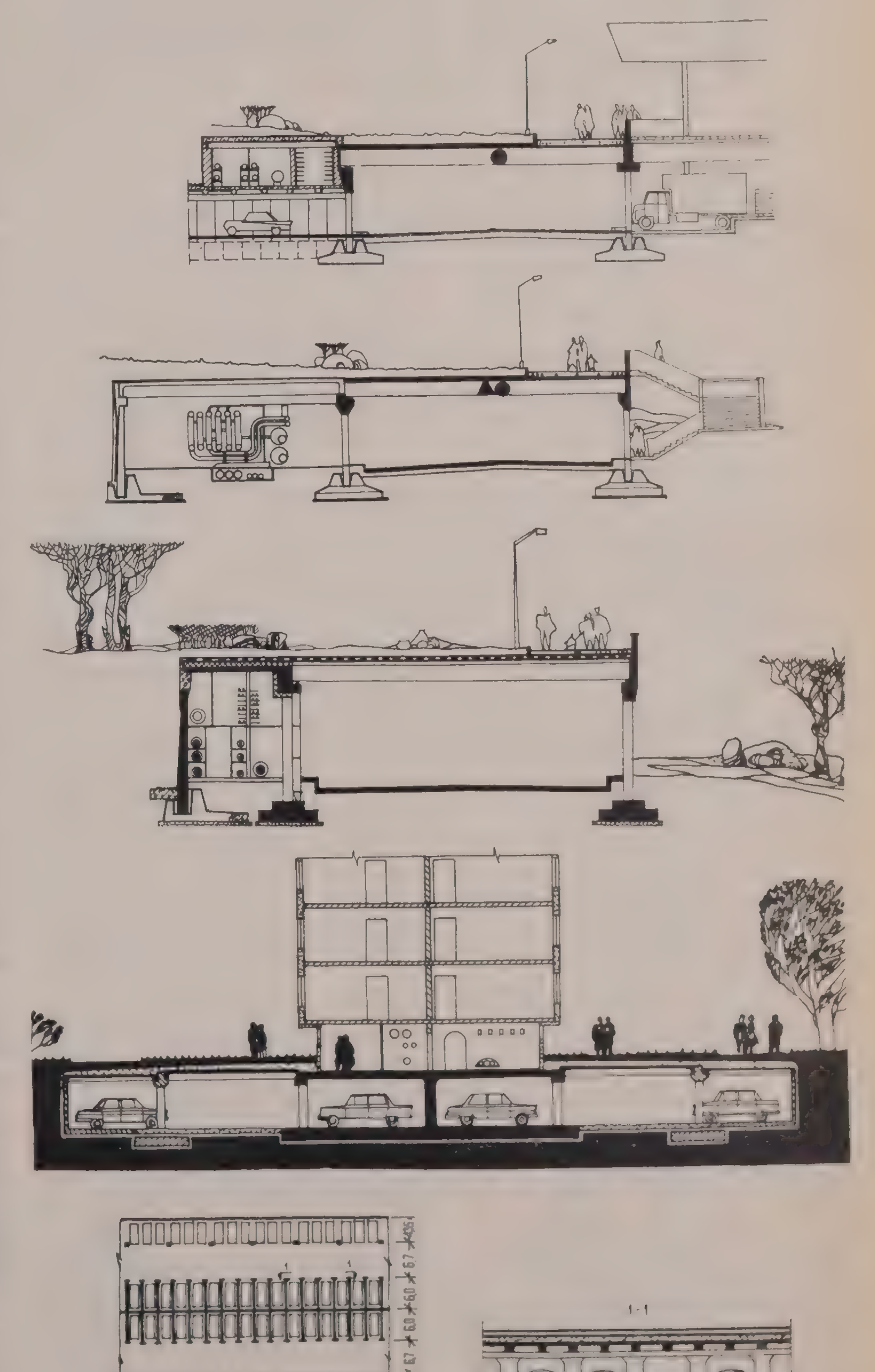
Zur Verwirklichung des Projektes wurde eine Staatliche Bauprojektierungsvereinigung gebildet, die eine Reihe von Leitungen einbezieht: Projektierung, Bau- und Montagearbeiten u. a. In die Projektierung wurden die Projektierungsinstitute der Zentralen Architektur- und Planungsleitung Moskaus, die Leitungen der Spezialzweige, die Abteilungen des Moskauer Stadtsowjets und die wissenschaftlichen Forschungsorganisationen einer Reihe von Ministerien und Ämtern einbezogen.

Die Schaffung der ersten Bauprojektierungsvereinigung stellt die praktische Verwirklichung der von L. I. Breshnew geäußerten Feststellung dar, daß der Kurs zur Schaffung von Vereinigungen und Kombinaten entschlossener beschritten werden muß, daß sie in der Perspektive zu den hauptsächlichen wirtschafts- und rechnungsführenden Gliedern der gesellschaftlichen Produktion werden müssen.

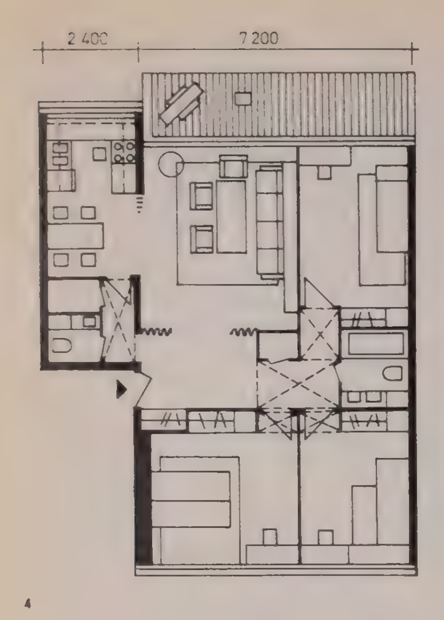
Als Ausgangsnormative wurden die Normative des Generalplanes der Stadt festgelegt, so u. a.:

- Wohnfläche der Wohnungen für eine Person: 13,5 m²
- Nutzfläche der Wohnungen für eine Person: 20 bis 22 m²
- Zahl der Schüler pro 1000 Einwohner: 130
- Zahl der Vorschulkinder pro 1000 Einwohner: 70

Die Normative für die Einrichtungen der Kultur, des Handels, der Versorgung, der Dienstleistungen entsprechen den erhöhten Anforderungen für den Berechnungszeitraum des Generalplanes (1980 bis 1990). Gemäß der Norm sind pro 1000 Einwohner Garagen für 150 Autos vorgesehen.
Demografischen Prognosen entsprechend wird die mittlere Familiengröße mit etwa drei Personen angenommen.
Das Terrain befindet sich in einem Gebiet unterschiedlicher städtebaulicher Situation. Der nördlich gelegene Wohnbezirk Wolchonka besteht hauptsächlich aus 4geschossigen Häusern, deren Bebauungsdichte nicht groß ist und die zwischen 1958 und 1962 gebaut wurden. Die städtebauliche und ästhetische Qualität der Bebauung widerspiegelt das Bauniveau jener Jahre. Im Gegensatz dazu verkörpert das sich südlich und südöstlich anschließende Wohngebiet Tschertanowo, das in den letzten Jahren erbaut wurde, in seiner Planstruktur modernere Konzeptionen und Normative und ist auch mit 8-, 11- und 13geschossigen Wohnhäusern ausgestattet.
Ein solch verschiedenartiger Charakter der umgebenden Bebauung bedingte ein besonderes Herangehen an die städtebauliche Lösung des Experimentalbezirkes. Bei dem verhältnismäßig kleinen Terrain soll es sich organisch in die Gesamtbebauung einfügen.
Der vielgestaltige Charakter der beim Bau des Experimentalbezirkes gestellten Aufgaben, darunter die Notwendigkeit, nach Struktur und Geschoßzahl verschiedene Häuser zu errichten, wobei jedes in der Zukunft als Prototyp für den Bau unter verschiedenen städtebaulichen Bedingungen dienen könnte, darunter auch bei der Rekonstruktion zentraler Stadtbereiche, machte ein sorgfältiges Herangehen erforderlich, um diesen Bezirk nicht in eine Ausstellung einzelner Häuser zu verwandeln, sondern es galt die Vielfalt im Interesse einer einheitlichen Gesamtkomposition zu nutzen.
Eine große Bedeutung für die Gesamtbebauungslösung kam der Nutzung des sehr spezifischen Geländereliefs zu, das von Norden nach Süden fast 30 m Gefälle aufweist. Auf der Grundlage zahlreicher vorhergehender Bebauungsvarianten wurde ein Kompositionsprinzip erarbeitet, das sich auf der rhythmischen Verknüpfung räumlich entwickelter vielgeschossiger Wohngebäudegruppen gründet, die zu großen Komplexen vereint wurden und die um sich Gesellschaftsbauten niedrigerer Geschoßzahl konzentrieren.
Das Terrain gliedert sich kompositorisch und funktionell in zwei Hauptteile, wobei man durch Nutzung der geomorphologischen Struktur diese in einer Art fächerförmiger Terrassen gestalten konnte. Auf der oberen, nördlichen, größeren Terrasse wurden im Halbkreis die Wohnkomplexe angeordnet, die sich zur unteren, südlichen Terrasse hin öffnen, die mit Gebäuden gesellschaftlicher Bestimmung bebaut wurde.
Die natürliche Grenze zwischen diesen Zonen ist die Fußgängeresplanade mit den unter ihr angeordneten halbunterirdisch gelegenen Durchfahrten für den Lieferverkehr.
Die Wohnkomplexgruppen bestehen aus Scheiben von 11 bis 15 Geschossen und sich mit ihnen abwechselnden 20- bis 24-geschossigen Bauwerken. Jeder Komplex und die gesamte Komposition werden so gelöst, daß die günstige östliche und südliche Orientierung maximal genutzt wird und die Perspektive auf den gesellschaftlichen Bereich und den Naturpark freigelegt wird.
Inmitten der Grünflächen zwischen den Gebäuden werden Tageskindereinrichtungen angeordnet. Die Wochenkindereinrichtung wurde in dem malerisch gelegenen Tal des Flusses Tschertanowka, südlich des Bezirkes, angeordnet.
Eine Grünzone trennt die Bebauung von den Hauptstraßen, und eine breite Schlucht dient als Grenze zu den südlicher gelegenen Bauten Tschertanowo I. Diese Schlucht soll in ein mit allen notwendigen Einrichtungen ausgestatteten See umgestaltet werden, der sich organisch in die Erholungszone einfügt. Die unmittelbare Nähe des Bitzewsker Naturparks schafft zusätzliche Möglichkeiten für die Erholung der Bevölkerung. Solch ein Gesamtvorhaben ermöglicht die effektive Nutzung des Terrains, die Erhöhung der Bebauungsdichte, die rationelle Lösung bei der Schaffung funktioneller Zonen und bei der Herstellung von Wechselbeziehungen innerhalb des Bezirkes, die Einrichtung des Versorgungssystems, die Organisation des Verkehrs und der Müllbeseitigung, aber auch die Lösung von Aufgaben, wie der Werke der Kleinarchitektur, der Beleuchtung und der Werbung.
Eine der wichtigsten Aufgaben war die aktive Nutzung des unterirdischen Raumes,



3 Verschiedene technische Lösungen für die Nutzung des unterirdischen Raumes (unterirdische Warenanlieferung, technische Anlagen und Straßen, Garagen)



4

5

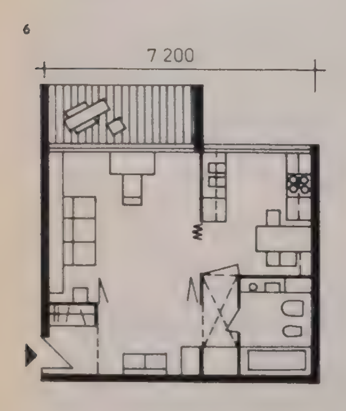
4|5
Grundrisse
für Vierraumwohnungen

6 7 8
Grundrißvarianten
für Ein- und
Zweiraumwohnungen

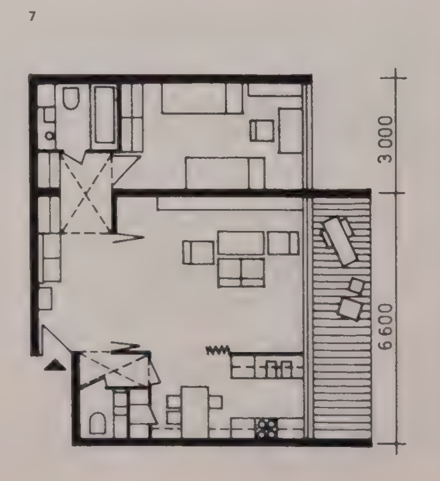
9|10|11
Grundrißvarianten
für Dreiraumwohnungen

seine organische Einbeziehung in die gesamte funktionelle und Verkehrsstruktur. Hier wird ein ganzer Komplex von Einrichtungen vorgesehen, der von ingenieurtechnischer Ausrüstung über verschiedene Arten von Garagen für PKW bis zu Hilfs- und Lagerräumen der Versorgungseinrichtungen reicht.
Die Garagen werden hauptsächlich unter den Wohngebäuden und den angrenzenden Flächen projektiert. Halb unterirdisch gelegene Einfahrten führen zu den Garagen.
So ermöglicht das Verkehrssystem in Verbindung mit den unterirdischen Bauten die Anwendung der Prinzipien, die den perspektivischen Aufgaben entsprechen, d. h. der maximalen Freimachung der Oberfläche für die Menschen, ihrer Erholung, für das Grün, den Sport, bei völliger Sicherheit für den Fußgängerverkehr innerhalb des Bezirkes.
Arbeitsmöglichkeiten innerhalb des Bezirkes bietet das Netz von Versorgungsbetrieben und -einrichtungen, die im Experimentalbezirk gelegen sind. Die Industriebetriebe liegen in unmittelbarer Nähe auf drei Seiten im Abstand von 2,5 bis 3 km. Der Berufsverkehr wird von den öffentlichen Verkehrsmitteln bewältigt.
Die Sorge um die Familie, um jeden Bürger, der den Wohnkomplex des Bezirkes bewohnt, beginnt bei der Organisation der Wohnzelle (Wohnungen und Zimmer) und wirkt sich auf alle Projektlösungen aus. Wie bereits erwähnt, wurden für den Experimentalbezirk Wohnflächen- und Nutzflächenparameter zugrundegelegt, die für das Ende des Rechnungszeitraumes des Generalplanes zur Entwicklung Moskaus vorgesehen sind. Es ist natürlich, daß je nach der Familiengröße das durchschnittliche Normativ entweder vergrößert (für kleine Familien) oder verkleinert wird (für größere Familien), d. h. die Normative werden differenziert angewendet, wobei optimale Bedingungen für jede Familie gewährleistet werden. Jedoch bestimmt nicht nur die Familiengröße den Charakter der Nutzung dieser oder jener Wohnung, sondern auch die Altersstruktur und die Zusammensetzung der Familie. Bei dem allgemein anerkannten Prinzip, jeder Familie soviel Zimmer zu geben wie es Familienmitglieder gibt (das ist bei einer durchschnittlichen Norm von 13,5 m² Wohnfläche pro Person möglich), sind vielfältige Planungslösungen vorgesehen, um entsprechend der Zusammensetzung einer jeden Familie die für sie günstigste Wohnungsvariante auszuwählen.
Der Experimentalbezirk wird etwa 7000 Familien beherbergen. Bei differenzierter durchschnittlicher Wohnfläche (nach der Familiengröße) werden für alle Wohnungstypen gleichwertige Bedingungen hinsichtlich der Parameter der einzelnen Zimmer, Küchen und Sanitärzellen eingehalten. Das ergibt für jede Familie praktisch gleichwertige Bedingungen hinsichtlich des Komforts, wobei sowohl die konstruktiven Parameter der Erzeugnisse als auch der eingebauten Wohneinrichtungen unifiziert sind.
Die raumplanerischen Lösungen variieren je nach Geschoßzahl, wobei Sektions- und andere Planungsstrukturen Anwendung finden.
Unabhängig von den Varianten werden alle Wohnkomplexe mit Elementen der gesellschaftlichen Versorgung versehen, die zur Verbesserung der Wohnbedingungen beitragen. So sind eine Art großer Vestibüle vorgesehen, die einige Sektionen umfassen. Solche gut überschaubaren Vestibüle werden Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen aufnehmen (Service-Büros), wie die Entgegennahme von Bestellungen verschiedenster Art, angefangen von Lebensmitteln und endend bei Theaterkarten. Dort werden auch Werkstätten eingerichtet. Das System gründet sich nicht auf Zersplitterung, sondern auf die Konzentrierung des Dienstleistungsnetzes, das in minimaler Entfernung von den Wohnungen gelegen ist.
Das Vorhandensein eines weitverzweigten, bis ins kleinste durchdachten und rationell organisierten Versorgungssystems wird dazu beitragen, den unproduktiven Zeitaufwand für Einkäufe und dergleichen, besonders der arbeitenden Frauen, bedeutend herabzusetzen. Tatsächlich wird man die Möglichkeit haben, vor der Arbeit die Bestellung aufzugeben und sie nach der Arbeit im Vestibül des Hauses abzuholen, d. h. unmittelbar in dem Haus, wo man wohnt oder gar in der Wohnung. Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, wieviel Zeit für kulturelle Tätigkeiten, für die Weiterbildung, für die Erziehung der Kinder, für

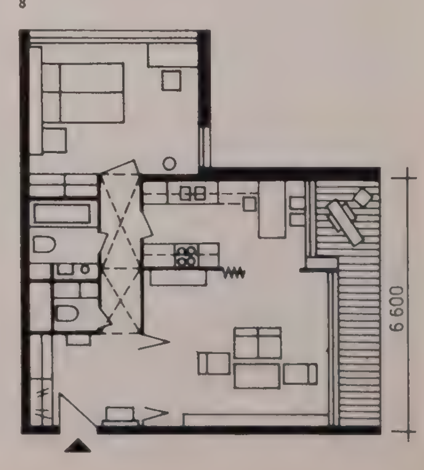
6

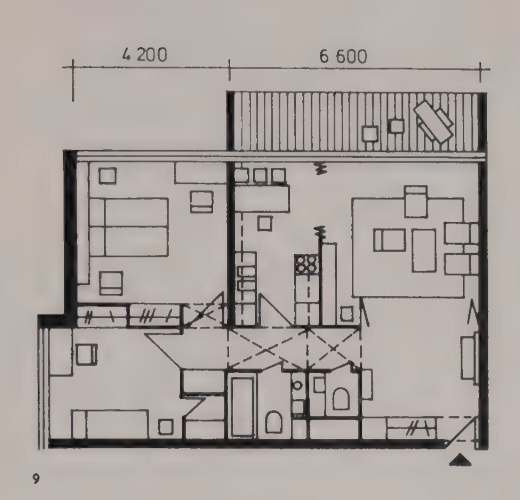


7

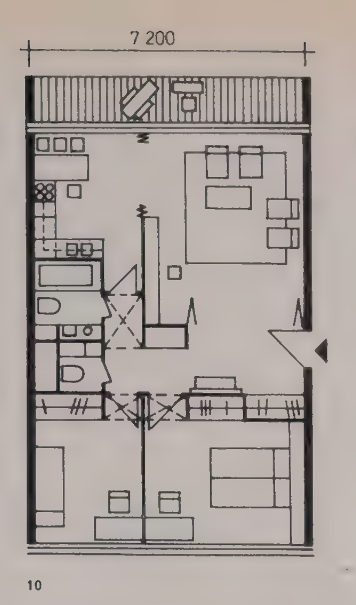


8





9



10



11

den Sport und für gesellschaftlich nützliche Aktivitäten frei wird. Im Bezirk gibt es dazu vielfältige Möglichkeiten. Eine davon ist das Kulturzentrum – ein neuartiges Objekt für die Nomenklatur unserer herkömmlichen Mikrorayons. Das Kulturzentrum wird ein Mittelpunkt der Muße, der kulturellen und Bildungstätigkeit, der Erholung und der Begegnung, des Spiels und der Zirkeltätigkeit darstellen.

Als gleichberechtigte Besitzer werden die Kinder und Jugendlichen in ihren Klub gehen.

Der Sportkomplex, in dem die Zwischenwände verschiebbar angeordnet sind, wird vielfältige Möglichkeiten der Körperkultur für die gesamte Bevölkerung bieten. Die Sportanlagen, zu denen auch Bäder gehören, werden tagsüber von den Schülern und abends von der Bevölkerung genutzt.

Die Einrichtungen des Handels und der Versorgung werden – neben dem Netz von Bestellpunkten und kleinen Filialen zum Verkauf der Erzeugnisse für den Alltag – auch wichtige Funktionen erfüllen. Diese Einrichtungen sind in einem Gebäude untergebracht, wo ein Restaurant, Cafés, Schnellgaststätten, eine Abteilung für Bestellungen usw. vorgesehen sind. Dieses Gebäude wird am Eingang zum Bezirk angeordnet und wird planerisch mit der U-Bahnstation verbunden, weiterhin hat es Zufahrtsrampen zu den Lagerräumen.

Die Projekte für Kindereinrichtungen und Schulen im Experimentalbezirk basieren auf dem ersten Perspektivprogramm. Es ist kein Geheimnis, daß es noch keinen Schulbau gibt, der den modernen Anforderungen an den Lehr- und Erziehungsprozeß genügte. Es wurde die Aufgabe gestellt, einen Schulkomplex neuen Typs zu schaffen und zu erproben, der den erhöhten Anforderungen entspricht. Die Schularchitektur soll eine bedeutende Entwicklung erfahren. All diesen Fragen wird jetzt bei der Erarbeitung der Projekte für zwei Schulen (jede kann 1200 Schüler aufnehmen) große Aufmerksamkeit gewidmet. Die Struktur der Vorschuleinrichtungen wird differenziert betrachtet. In unmittelbarer Verbindung mit den Wohnkomplexen werden drei Gebäude für den ganztägigen Aufenthalt der Kinder (Kindergärten und Krippen) errichtet, wovon jedes 280 Kinder aufnehmen kann. Neben den Tageskindereinrichtungen wird – wie schon erwähnt – ein ganzer Komplex von Wocheneinrichtungen für die Kinder vorgesehen.

Beim Bau aller Wohn- und gesellschaftlichen Gebäude werden die modernsten konstruktiven Lösungen, Produktionsmethoden, Bau- und Verkleidungsmaterialien und die neueste Ausrüstung angewendet.

Neben den Erzeugnissen des einheitlichen Katalogs für vielgeschossige Konstruktionen werden Stahlskelette und Ortbeton weitgehende Anwendung erfahren. Vielgeschossige Gebäude werden mit steifen Kernen, räumlichen monolithischen Skeletten, balkenlosen Decken u. a. versehen. Die steifen Monolithkerne werden mit Platten- und Skelettkonstruktionen kombiniert.

Große Bedeutung wird den leichten Außenwandplatten unter Verwendung von Aluminiumerzeugnissen, von Preßasbestzement und effektiven Wärmedämmstoffen beigemessen. Gleichfalls werden neue, komfortablere Typen von Sanitärzellen mit vervollkommneter Gestaltung und Ausrüstung vorgesehen.

Weiterhin werden Keramsitbeton, polymere Stoffe und Glaserzeugnisse verwendet. Die Palette von Verkleidungsmaterialien ist sehr groß.

Es wird nicht nur die aktive Beteiligung der Industriebetriebe Glawmospromstrojmaterialy und Glawmostroj, sondern auch der Ministerien für Baustoffindustrie der UdSSR und der RSFSR ins Auge gefaßt.

Große Arbeit gilt es auf dem Gebiet der technischen Ausrüstung des Terrains und der einzelnen Gebäude, der Elektrifizierung, der Automatisierung der sanitärtechnischen Einrichtungen und Systeme zu leisten. So wird z. B. vorgesehen, ein zentralisiertes System der pneumatischen Müllentfernung und teilweise der Staubentfernung einzurichten.

Die wissenschaftliche Begründung der Projektlösungen, der Baumethoden und die Ausarbeitung der Empfehlungen zur Verallgemeinerung der Bauerfahrungen werden eine der Hauptaktivitäten der Vereinigung sein. An den wissenschaftlichen Forschungen, die mit dem Bau des Experimentalbezirkes verbunden sind, sind ungefähr 20 Institute der Hauptstadt beteiligt. Dem Projekt werden die Ergebnisse der letzten Jahre zugrunde gelegt.

Mit den wissenschaftlichen Instituten von Gosstroj UdSSR und Gosgraschdanstroj wurde eine Zusammmenarbeit angebahnt. So werden die Empfehlungen des ZNIIEP für Wohnungsbau, das auch eine komplexe Expertise des Planungs- und Bebauungsprojektes angefertigt hat, bei dessen weiterer Verfeinerung und Projektierung der einzelnen Gebäude berücksichtigt.

Das NII für Bauwirtschaft hat die ökonomische Fundierung der Nutzung des unterirdischen Raumes übernommen und das ZNIIEP für Handel und öffentliche Versorgung die technologische Erarbeitung der Handelseinrichtungen.

Große Hilfe bei der Untersuchung der Probleme, die mit der Schaffung neuer Gebäudetypen, Schulen und Kindereinrichtungen verbunden sind, wird von Mosgorono und den Instituten der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften geleistet.

Die Architekten und Bauschaffenden des Experimentalbezirkes erwarten die aktive Mitarbeit der Bildhauer und Monumentalkünstler. Auch das Ingenieurtechnische Institut Kuybyschew übernahm eine Reihe von Forschungsaufgaben. So befaßt sich z. B. der Lehrstuhl für Heizungs- und Lüftungstechnik mit der Erzeugung optimaler mikroklimatischer Bedingungen in vielgeschossigen Wohngebäuden. An diesen Arbeiten beteiligt sich das NII für allgemeine und Stadthygiene der Akademie der medizinischen Wissenschaften „Sosin".

Jetzt, bei den Projektierungsarbeiten der Gebäude, ist es äußerst wichtig, den Projekten die konstruktiven Lösungen zugrunde zu legen, die eine optimale Nutzungsqualität garantieren. Das betrifft sowohl die Plattenfugen, den Schallschutz, die Qualität der Fensterblöcke, der Dachkonstruktion und der unterirdischen Anlagen usw. Hier finden die Wissenschaftler ein großes Betätigungsfeld. Die Vereinigung unternimmt alle Anstrengungen, um die Ergebnisse schöpferischer Forschungsarbeit in die Praxis umzusetzen.

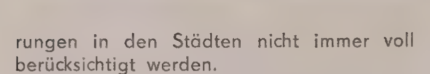
Projektierung und Bau des Experimentalbezirkes sollen in einem kurzen Zeitraum erfolgen. Daraus ergibt sich für alle Beteiligten eine große Verantwortung. 1972 wurde mit der Erschließung des Terrains und der Anlage von Straßen und des technischen Erschließungsnetzes begonnen.

Das in kurzer Zeit entstandene Kollektiv, das heute schon mehr als 300 Mitarbeiter umfaßt, wird von dem Architekten Posochin geleitet. Weiterhin gehören dem Kollektiv die Architekten Schapiro, Misoschnikow, Kegler und die Ingenieure Deminow, Bellawin, Kerschtein, Tscheremisinow u. a. an.

(Aus „Stroitelstvo i Architektura Moskwi", Nr. 9, 1972. Übersetzer: S. Leutzsch)

Städtebauliche Aspekte im rumänischen Wohnungsbau

Architekt Petre Derer, Bukarest



1

1972 hatte die Sozialistische Republik Rumänien über 20 Millionen Einwohner. Dank der großen Anstrengungen im Wohnungsbau lebt heute fast jeder dritte Bürger des Landes in einer nach 1945 errichteten Neubauwohnung. In den Jahren 1966 bis 1970 wurden in Rumänien durchschnittlich 132 000 Wohnungen im Jahr errichtet. Das entspricht etwa 6,5 Wohnungen je 1000 Einwohner. 49 Prozent der Wohnungen wurden im staatlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbau geschaffen, während 5 Prozent Wohnungen mit staatlicher Unterstützung und der Rest mit privaten Mitteln gebaut wurden.

Der größte Teil der von der Bevölkerung mit eigenen Mitteln gebauten Wohnungen wurde in ländlichen Gebieten errichtet. Der staatliche Einfluß konzentrierte sich deshalb auf die städtebaulichen Probleme, die bei der Einordnung des Wohnungsbaus in die Städte und deren vorhandener Bausubstanz auftraten.

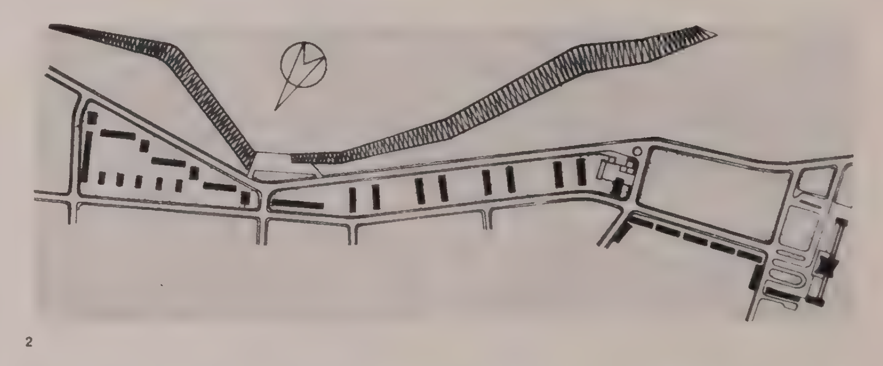
Ein Blick auf die verbreitetsten Formen der Einordnung des Wohnungsbaus in die Städte macht die Versuche der Architekten deutlich, den besonderen Gegebenheiten des Landes und Bedingungen der jeweiligen Entwicklungsetappe Rechnung zu tragen. Er zeigt aber auch gleichzeitig den Wandel und die Entwicklung der Vorstellungen über die Gestaltung des Wohnmilieus in der SR Rumänien.

Eine erste Form der städtebaulichen Einordnung des Wohnungsneubaus kam vor allem im ersten Jahrzehnt des Wiederaufbaus nach der Befreiung des Landes im Jahre 1945 zur Anwendung. In dieser Zeit wurden vor allem vorhandene Baulücken durch „Plomben" geschlossen und so ganze Straßenfronten und Plätze wiederhergestellt. Die Aufwendungen für die Erschließung waren durch Anschlüsse an die vorhandenen Versorgungsnetze minimal. Insofern war diese Form des Wohnungsbaus auf ihre Art durchaus zweckmäßig aber auch zeitbedingt. Es wurden auch einige allgemeine städtische Probleme auf diese Weise gelöst, aber die Berücksichtigung der komplexen und spezifischen Anforderungen an das Wohnen konnten ebenso wie notwendige Strukturveränderungen in den Städten nicht immer voll berücksichtigt werden.

In bezug auf die architektonische Integration dieser Bauten in die vorhandene Substanz, wie die harmonische Abstimmung des Rhythmus von Fläche und Öffnung, gab es einige gelungene Versuche, z. B. in Mures (Piata Trandafirilor), Bukarest (Bd. Anul 1948, Bd. Nicolae Balcescu) sowie in Cluj und Bacau.

Später, mit der Entwicklung der Projektierungskapazitäten und der Baukombinate, konnten bereits größere Vorhaben in Angriff genommen werden. So wurden wichtige städtische Magistralen mit Wohngebäuden neu bebaut.

Gleichzeitig wurden Wohnbauten auch in die Zentren einer Reihe von Städten, die rekonstruiert wurden, eingeordnet. Das geschah vor allem in solchen Städten, deren Kerne sich in einem schlechten Bauzustand befanden oder im Krieg schwer be-



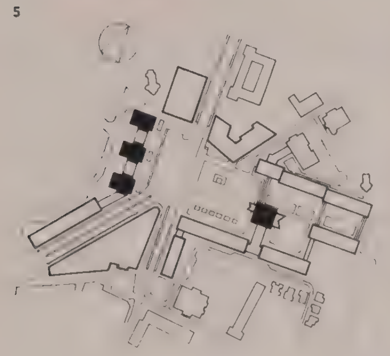
2

3



4

5



Wohngebiet am Boulevard der Republik in Constanza

1 Übersicht über das Wohngebiet
2 Lageplan
3 Blick in das Zentrum
4 Der Unirii-Platz in Jassy
5 Lageplan des Unirii-Platzes
6 Blick auf den Unirii-Platz mit dem angrenzenden Stadtgebiet
7 Blick in die Hauptmagistrale von Deva



6

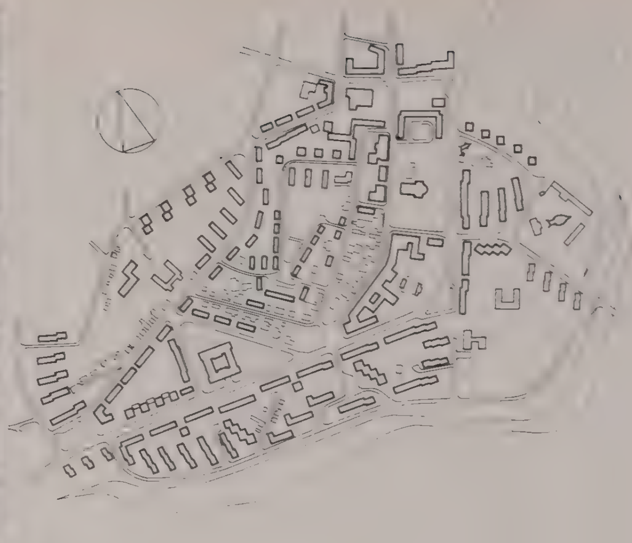
7



schädigt worden waren, wie z. B. Jassy, Suceava, Deva, Galati und Ploiesti. Auch diese Art der Wohnbebauung entsprach für eine Periode den objektiven Erfordernissen nach einer Wiederherstellung und qualitativen Verbesserung der Zentren und dem starken Wohnungsbedarf. Aber schon bald zeigte sich mit dem steigenden Lebensstandard und den zunehmenden Anforderungen an die Funktion der Zentren, daß wichtige Standorte der Stadt mit Wohngebäuden belegt waren, die durch ihre besondere Lage viel günstiger für eine Bebauung mit größeren gesellschaftlichen Gebäuden, wie Theater, Kulturhäuser, Warenhäuser, Sporthallen, Hotels oder Bürogebäude geeignet gewesen wären. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Errichtung von Gebäuden mit Wohnfunktionen in zentralen Bereichen der Stadt grundsätzlich abzulehnen wäre. Nach unse-



8



9

ren Erfahrungen geht es nur um die richtigen Proportionen und darum, hier spezifische Wohnbauten (z. B. Wohnungen für Ledige oder kleine Familien ohne Kinder) vorzusehen.

Gegenwärtig kommen sowohl Lückenbauten als auch flankierende Bauten längs der Verkehrsachsen nur in Ausnahmefällen für den Wohnungsbau zur Anwendung. Wo man aus örtlichen Gründen nicht darauf verzichten will, werden jedoch meist spezielle Wohnformen (z. B. Internate, Appartements u. ä.) vorgesehen. Vom Bau von Wohnungen in den Zentren größerer Städte ist man fast überall abgegangen.

Die zweite Art der Lokalisierung des Wohnungsbaus in der Stadt, der Bau von Wohnkomplexen oder Wohnvierteln, ermöglicht eine bessere Befriedigung der Wohnbedürfnisse ohne dabei die Lösung der generellen Probleme der Stadtentwicklung in Frage zu stellen.

Bereits kurz nach dem Kriege wurden in Brasov (Cartierul Steagul Rosu), in Bukarest (Cartierul Ferentari) und in anderen Städten kleinere geschlossene Wohngebiete mit Gruppen von mehrgeschossigen Wohngebäuden errichtet. Die Planungen stützten sich noch vorwiegend auf funktionalistische Auffassungen vom Städtebau. Die Wohngebäude wurden meist in Nord-Süd-Richtung aneinandergereiht, ohne dabei differenzierte städtebauliche Räume zu gestalten. Die Ausstattung mit gesellschaftlichen Einrichtungen erfolgte noch nicht nach einheitlichen Kriterien.

Anfang der fünfziger Jahre, etwa um das Jahr 1952, wurden erste Versuche unternommen, Wohngebäude in Form von Wohnquartieren, die von vier Straßen begrenzt waren, zu gruppieren. Solche Lösungen wurden jedoch nur vereinzelt angewendet, unter anderem in Baia Mare, in Bukarest und in der Stadt Gheorghe Gheorghiu-Dej. Der hierbei entstehende Formalismus konnte das Suchen der Architekten nach neuen Ausdrucksformen nicht befriedigen. Erste schüchterne Versuche zu neuen Lösungen, die aber den alten Strukturen doch noch sehr verwandt waren, be-

8
Überblick über das neue Stadtgebiet

9
Kleine Wohngruppen in der Nähe des Stadtzentrums von Suceava

10
Das Hauptzentrum des Wohnviertels „Tiglina" in Galati

11
Wohnensemble „Lunca Pomostului" in Resita

12
Lageplan des Wohnensembles „Lunca Pomostului"

13
Wohnensemble „Exercitiu" in Pitesti

10



gegnen wir in Suceava (Parcul Ana Ipatescu), in Bukarest (Catelu, Floreasca).
Heute haben sich in der städtebaulichen Praxis neue Prinzipien durchgesetzt. Vor allem für die Organisation der städtischen Wohnzonen wurden in Zusammenarbeit mit Soziologen, Ökonomen und Medizinern neue Gedanken entwickelt.
Nach diesen Prinzipien wurden die Städte je nach Größe und Charakter in bestimmte dem Rang nach abgestufte Einheiten gegliedert. Die städtebauliche Grundeinheit war der Mikrorayon, der heute als Wohnkomplex bezeichnet wird, mit einer Einwohnerzahl von 4000 bis 12 000 Einwohnern. Die Wohnkomplexe setzen sich aus einigen Wohngruppen mit je 800 bis 1200 Einwohnern zusammen und bilden ihrerseits Stadtviertel mit 30 000 bis 50 000 Einwohnern.
Diese neuen Grundsätze wurden zuerst in den Jahren 1959/1960 in Galati bei der Erweiterung des Stadtviertels Tiglina in die Tat umgesetzt. Die Wohngebäude werden hier Innenräume bildend gruppiert und umgeben die Freiflächen des Mikrorayons. Im Mittelpunkt wurde das Hauptzentrum angeordnet. Haupterschließungsstraßen umschließen das Gebiet, während die einzelnen Gebäude durch Stichstraßen erschlossen werden.
Gegenwärtig geht man immer mehr vom Bau kleinerer, im Stadtgebiet verstreut liegender Einheiten zur Errichtung neuer großer Wohngebiete am Rande der Städte auf bisher wenig oder nicht bebautem Gelände über. Die Konzentration eines großen Teils des Wohnungsneubaus auf am Stadtrand liegenden Gebieten zwischen den bereits bebauten Hauptverkehrsstraßen wurde durch eine Reihe unterschiedlicher Erwägungen begründet.
Einerseits will man dadurch erreichen, daß die Städte eine kompakte, organische Struktur erhalten, wobei gleichzeitig die historischen Zentren bewahrt bleiben. Zum anderen ergeben sich aus der Konzentration auf große Baukomplexe bessere Möglichkeiten für die Realisierung des Wohnungsbaus mit industriellen Bauweisen und für die komplexe stadttechnische Erschließung.
Nach dem Wohngebiet Tiglina in Galati wurde auch in anderen Städten der Bau großer Wohngebiete in Angriff genommen, so zum Beispiel des Nord-Viertels in Ploiesti, des Gebietes Grigorescu in Cluj, der Wohngebiete Sectorul Titan und Sectorul Drumul Taberei in Bukarest sowie der Wohnviertel Gheorghieni in Cluj, Tomig in Constanta, Tatarasi in Iasi und Cornisa Bistrittei in Bacau, die auf dünn bebauten Zonen oder unbebauten Gebieten am Stadtrand angelegt wurden.
Diese großen Wohngebiete sind bis in die Gegenwart die bedeutendsten Standorte des Wohnungsbaus, wo ein erheblicher Teil der staatlichen Investitionen und Kredite eingesetzt wird. Geplant nach einheitlichen städtebaulichen Prinzipien haben sie spürbar dazu beigetragen, die Lebensbedingungen der Einwohner in diesen Städten zu verbessern.
Allerdings ist mit der Konzentration der Bautätigkeit am Stadtrand auch ein neues Problem entstanden, das Problem nämlich, auch die alten Zentren der Städte zu modernisieren.
Vor kurzem wurde der Begriff des „Wohnrayons" verändert. Planungsgrundlage ist jetzt der „Wohnkomplex". Damit wird auch eine inhaltliche Veränderung zum Ausdruck gebracht. Die Normen für die Ausstattung mit gesellschaftlichen Einrichtungen wurden verbessert. Gleichzeitig wird im Interesse der intensiveren Nutzung



11



12

13

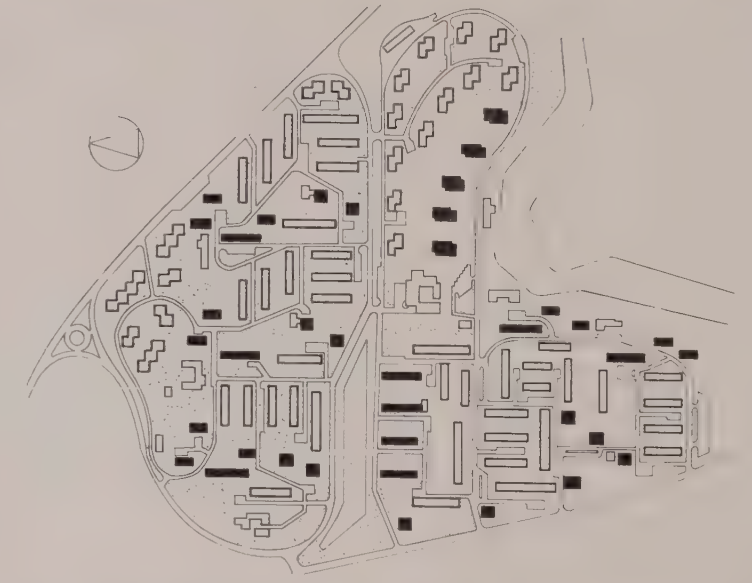


14

des Baulandes eine höhere Bebauungsdichte vorgesehen. Die neuen Richtlinien für den Bau von Wohnkomplexen orientieren auf eine höhere Wirtschaftlichkeit bei der Bebauung, auf eine rationelle Anlage und Nutzung der Netze der technischen Versorgung und eine zweckmäßige Mischung von mehr- und vielgeschossigen Bauten.
Schließlich wird ein bestimmter Anteil des Wohnungsbaus auf den Bau neuer Städte, wie Victoria, Gheorghe Gheorghiu-Dej und Orsova Noua, und auf die Entwicklung von neuen satellitenartig am Rand größerer Städte angelegter Siedlungen (z. B. bei Brasov, Bucaresti und Bacau) konzentriert.
In den vergangenen 20 Jahren seit der Entwicklung des sozialistischen Sektors im Bauwesen wurden in der SRR unterschiedliche Wege zur Lösung des Wohnungsproblems erprobt. Manche dieser Lösungen, wie die Bebauung von städtischen Hauptstraßen mit Wohnbauten, waren zeitlich und örtlich bedingt und haben ihre Bedeutung in der Gegenwart verloren. Andere Lösungen wieder, wie die Bebauung von Lücken mit Bauten, die mit Initiative der Bevölkerung errichtet wurden, und der Bau kleinerer Wohngruppen innerhalb bestehender städtischer Gebiete, wurden den heutigen Bedingungen angepaßt.
Die Gestaltung großer Wohnkomplexe und ganzer Wohngebiete hat sich jedoch für die Verbesserung der Wohnbedingungen als sehr wirksam erwiesen und wird auch in Zukunft als die Hauptrichtung des Wohnungsbaus anzusehen sein.

Literatur

Radu Laurian, Urbanismul, Bukarest 1965
Ignace Serban / V. Arvunescu, Locuinta urbanǎ 1961–1964, Bukarest 1964
Romeo Rau / Dan Mihutǎ, Unitǎti urbanistice complexe, Bukarest 1969
Grigore Ionescu / Petre Derer / Dinu Teodorescu, Arhitectura in România 1945–1969, Bukarest 1969



15

16



14
Wohnviertel „Gheorghieni" in Cluj

15
Lageplan des Wohnviertels „Gheorghieni" in Cluj

16
Blick auf das neue Wohngebiet



1

Neues Zirkusgebäude in Sotschi

Architekt J. W. Tschipigo, ZNIIEP

Autoren

Das Projekt wurde im ZNIIEP erarbeitet.
Institutsdirektor: Architekt J. Rosanow

Autoren des Projektes:
Architekt J. Schwarzbreim
Architekt W. Edemskaja
Entwurfsingenieur N. Topilin
Entwurfsingenieur A. Mejerson
Ing.-Technologe P. Schaburow
Bauingenieur P. Karpow

Die Autoren wurden für dieses Bauwerk mit dem Staatspreis der UdSSR 1972 ausgezeichnet.

Kennwerte

	m^3
Gesamtbauvolumen:	59 967
davon:	
Gebäude für Vorstellungen	40 521
Verwaltung und Werkstätten	13 046
Bereich unter der Erde	6 400
Bauvolumen Zuschauerraum	13 000
je Zuschauer	6,5
	m^2
Bebaute Fläche	5 250
Wirtschaftshof	1 100
Fahrzeugunterbringung	500

1
Neues Zirkusgebäude in Sotschi. Blick auf das Hauptfunktionsgebäude

Sotschi ist der bekannteste Kurort an der Schwarzmeerküste des Kaukasus. Nahezu 500 000 Urlauber und Erholungsuchende nehmen seine Sanatorien und Ferienheime, Pensionen und Hotels, Campingplätze und Motels in Anspruch. Seine Heime und Einrichtungen sind das ganze Jahr hindurch geöffnet. In dieser Gegend hat ein Jahr 200 Sonnentage und eine durchschnittliche Jahrestemperatur von 22 °C. In den zahlreichen Konzertsälen und Filmtheatern ebenso wie auf den Estraden in den Parkanlagen treten sowjetische und ausländische Theaterensembles, berühmte Sänger, Tänzer und Musiker auf. Estradenfestivals, Konzerte und Musikwettbewerbe sowie Ausstellungen aller Art werden in bunter Folge regelmäßig veranstaltet.

Der Kurort liegt auf einem schmalen Landstreifen, der sich längs der Küste, zwischen den Bergen und dem Meer hinzieht. Auf der untersten Ebene befinden sich die Badestrände und Plätze, von denen aus der Blick über das Meer schweifen kann. Die gesellschaftlichen Bauten stehen längs der Hauptmagistrale, dem Kurortprospekt. Weiter oben, an den Hängen der Berge, erheben sich die Bauten der Sanatorien und Ferienheime.

Im zentralen Bereich des immergrünen Seeparks, der von den meisten Menschen aufgesucht wird, hat man zwischen dem Frunse-Park und dem unteren Arboretum im Jahre 1971 den Zirkus von Sotschi errichtet. Organisch in seine Umgebung eingebettet, wurde das neue Gebäude rasch zu einem Wahrzeichen dieser Landschaft. Es fügt sich harmonisch in das vom Kurortprospekt zum Seepark hin abfallende Gelände ein.

Vom Kurortprospekt aus gesehen, bildet ein Panorama von Bäumen, Grünflächen und Meer den Hintergrund, von dem sich der Zirkus abhebt. Weite Treppen führen in das malerische Parterre vor dem Zirkus hinab. Der zylindrische Baukörper des Zirkus wird von dem frei schwebenden Dach und dem Faltkegel des Zeltes gekrönt. Von verschiedenen Standorten aus betrachtet, bietet das Gebäude dem Betrachter immer wieder neue und überraschende Ansichten.

Die Architekten haben es meisterhaft verstanden, die Besonderheiten und sogar die Nachteile des Standortes unterhalb der Hauptstraße des Kurorts zu nutzen. Das abfallende Gelände bot ihnen die Möglichkeit, die Nebenräume durch Einbau in den Hang den Blicken zu entziehen. Vor den Augen des Betrachters erhebt sich der schöne Baukörper zylindrischer Gestalt, befreit von den Nebengebäuden, die sich sonst meist an den eigentlichen Zirkusbau anschließen und den harmonischen Verlauf seiner Linien unterbrechen. Vor und hinter dem Zirkusgebäude befindet sich ein Garten, der in den Park übergeht. Im Hinblick auf den Eindruck, den der Bau von der Höhe des Kurortprospekts aus macht, strebte man danach, das Zelt möglichst geneigt anzuordnen, so daß der Blick darüber hinabgleiten kann. Mit hellem Aluminium-Rippenblech eingedeckt, das durch Zwischenlagen von verzinktem Stahlblech in seiner Wirkung verstärkt wird, neigt sich das Dach vom Gipfel des Kegels silbern glänzend in weichen Wellen nach unten. Die großen freitragenden Überhänge der Bedachung und das geneigte Zelt mit dem Oberlicht in seinem Gipfelpunkt schaffen eine bemerkenswerte Silhouette. Die architektonische Aussage des Gebäudes gründet sich auf die einwandfreie Darstellung der konstruktiven Idee und der besonderen Funktionsstruktur.

2

2 Wirtschaftstrakt: 1. und 2. Geschoß — Grundriß

1 Artistenzimmer
2 Verwaltungsräume
3 Büro des Direktors
4 Ruheraum
5 Speisesaal
6 Küche
7 Veterinärraum
8 Küche für Tierfutter
9 Requisitenlager
10 Wirtschaftslager
11 Werkstätten
12 Futterlager
13 Be- und Entlüftungskammer
14 Großtierstall
15 Raubtierstall
16 Tierboxen
17 Affenkäfig und Raum für Kleintiere
18 Lagerräume
19 Artistenabgang
20 Halle vor der Manege
21 Artistenhof
22 Wirtschaftshof
23 Garage und Parkplatz für Kraftfahrzeuge

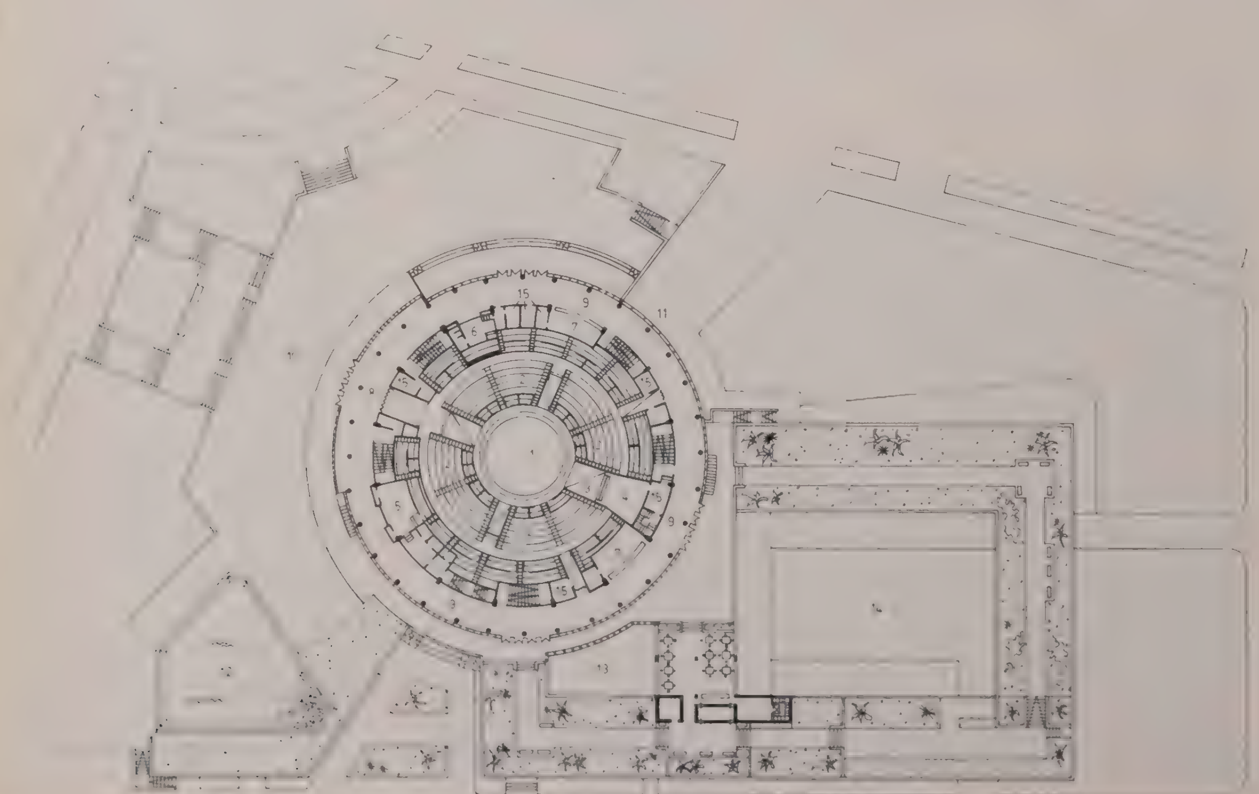
3 Ebene, Haupteingang und Dach des Wirtschaftstraktes — Grundriß

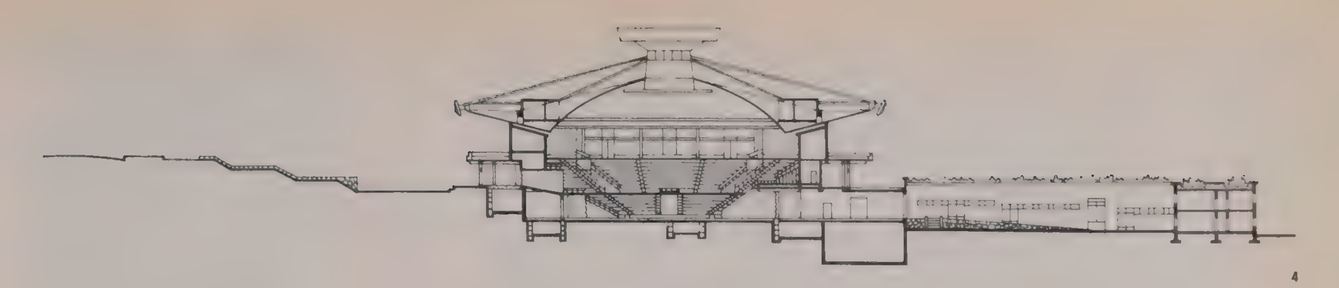
1 Manege
2 Sitzreihen im Amphitheater
3 Artistenabgang
4 Estrade
5 Loge
6 Direktionsloge
7 Büfett
8 Vestibül
9 Foyer
10 Haupteingang
11 Eingang zum Kassenraum
12 Bassin
13 Artistenhof
14 Wirtschaftshof
15 Diensträume

4 Zirkusgebäude und Wirtschaftstrakt — Schnitt

5 Blick vom Prospekt des Kurortes auf das neue Zirkusgelände

3





4

Der zylindrische Baukörper wird durch Mosaikwände belebt, die mit Mattglasflächen abwechseln. Drei dieser Wände sind auf den Kurortprospekt gerichtet. In einem Triptychon sind Themen aus der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft des Zirkus gestaltet. Ein Fries zeigt 16 symbolische Tierdarstellungen.

Auf dem von der Magistrale stark abfallenden Gelände sind die Plastik des Baukörpers, die Ausgewogenheit und Ausdruckskraft der Konstruktionen mit den hervortretenden Bauelementen und die dekorative Flächengestaltung besonders bemerkenswert. Der Dachüberhang, bei herkömmlichen Zirkusbauten gewöhnlich hoch angehoben, ist hier niedrig angeordnet und schützt nicht nur das Gebäude vor der Sonne, sondern auch die Zirkusbesucher gegen Sonne und Regen.

Die Verwaltungs-, Neben- und Wirtschaftsräume sind in einem Nebengebäude untergebracht, dessen oberer Abschluß in einer Ebene mit dem Platz vor dem Zirkus liegt. Von der Seite der Haupteingänge aus ist dieses Nebengebäude nicht wahrnehmbar; sein Dach erscheint als ein leicht angehobener Teil des Parks. Auf dem Dach hat man einen Garten mit Rasen, niedrigem Buschwerk, Steingruppen, Blumenrabatten und Wegen aus Betonplatten angelegt sowie ein Sommer-Café gebaut. Das Dach ist in mehrere Ebenen gegliedert, die durch Stufen untereinander verbunden sind. So wurde der Eindruck eines Reliefs geschaffen, das allmählich in die umgebende Landschaft übergeht. Die Niveauunterschiede sind durch den inneren Aufbau des Gebäudes bedingt: Die Ställe befinden sich im obersten Geschoß, die Verwaltungsräume im ersten Obergeschoß und die Wirtschaftsräume im untersten Geschoß. Der Wirtschaftshof kann von den Zirkusbesuchern nicht eingesehen werden, er ist durch eine Betonwand abgedeckt.

Vom Kurortprospekt aus erscheint der Zirkus dem Betrachter als ein in der Luft schwebendes, zweistufiges Bauwerk. Von der Seeseite aus sieht man ein dreistufiges Gebäude mit einem in das Geländerelief übergehenden Sockelgeschoß. Aus der gleichen Blickrichtung gesehen, liegen in der unteren Ebene die Kassen. So können die vom Strandbad zurückkehrenden Besucher gleich ihre Eintrittskarten kaufen. Wenn man vor dem Kassenraum steht, erscheint das Gebäude als ein wuchtiger Baukörper, dessen Stützwände mit behauenen Steinen verkleidet sind.

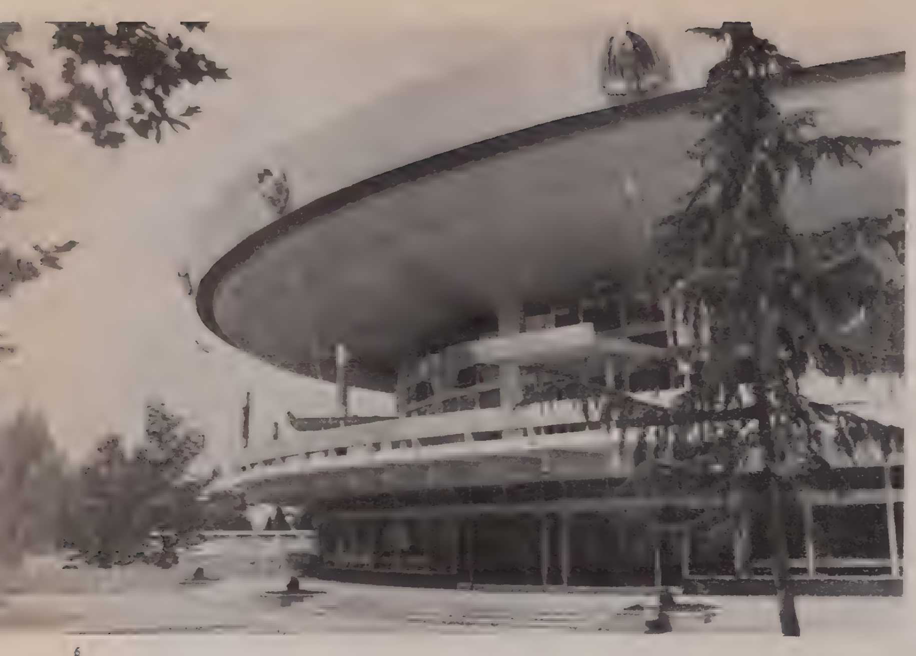
Man hat mit größter Sorgfalt auf die Erhaltung des vorgefundenen Landschaftsbildes und der großen alten Bäume geachtet. Bäume und Sträucher wurden in großer Zahl angepflanzt. Gepflegte Rasenflächen, leuchtende Blumengruppen und Ziersträucher vereinigen sich mit dem neuen Zirkusgebäude zum farbenprächtigen Parkensemble dieser südlichen Stadt. Ungeachtet seiner großen Dimensionen fügt sich der Zirkusbau, der 2000 Zuschauer aufnehmen kann, harmonisch in den Park ein. Er tritt in keiner Hinsicht in Widerspruch zur architektonisch-landschaftlichen Umwelt des Kurort-Prospekts.

Der Wasserspiegel des vor dem Gebäude angelegten, eine Fläche von 4000 m² bedeckenden Bassins wird durch Gruppenkompositionen aus Natursteinen, Springbrunnen und Wasserfällen belebt. Das Bassin dient gleichzeitig als Sprühelement im System einer Klimaanlage. Die zum Meer hin abfallenden Hänge sind durch Stützmauern befestigt, hinter denen ein Umspannwerk und ein Pumpwerk angeordnet sind.

In den Abendstunden wird der Zirkusbau von einer Gruppe von Scheinwerfern angestrahlt. 16 Standleuchten sind auf der Balkonwand aufgebaut worden. Die Decke des Hängedachs und die über das Gesims verteilten Tiermasken werden mit gerichtetem Licht aus den Standleuchten angestrahlt. Standreklamen und ein Ring von Leuchttafeln am Fuß der Beleuchtungsanlage im Gipfelpunkt der Kuppel informieren über das Programm des Zirkus.

Der terrassenförmige Abfall des Geländes zum Meer hin stimmt auf natürliche Weise mit der gestuften Konstruktion des Gebäudes überein und entspricht dessen Funktionsstruktur. Die Besucher gelangen durch den Haupteingang in den Zirkus und in das verglaste ringförmige Foyer, das auf dem Niveau der mittleren Reihen des

5



6



7

Amphitheaters angeordnet ist. Über breite Treppen gelangt man von dort aus in den Halbring des Vestibüls mit den Garderoben oder über an Seiten aufgehängte Treppen auf den Balkon. Zum Dachgarten auf dem Verwaltungs- und Wirtschaftsblock gelangt man durch den Haupteingang und das Foyer.

Die Räume des Südgebäudes sind frei und nach außen offen, so daß man sofort in den umgebenden Park gelangen kann. Das Haus kann den Zuschauerstrom sehr rasch aufnehmen, und alle Besucher können es innerhalb von 10 Minuten verlassen haben. Die Pausen können die Zuschauer, wenn sie es wünschen, im Freien verbringen und sich am Anblick des Meeres erfreuen. Aus den oberen Reihen gelangen sie auf den Balkon, von den unteren aus auf den Dachgarten.

Die anziehendste Besonderheit des Zirkusgebäudes in Sotschi ist aber der verglaste Umgang unter der Kuppel, der den Zuschauersaal mit der Umgebung verbindet. Die Proben finden in einer von der Sonne erleuchteten Arena statt. Vom Zuschauerraum aus sieht man die Baumgipfel und den Himmel, und abends kann man aus dem dunklen Park oder vom Kurortprospekt aus die Artisten sehen, die unter der Zirkuskuppel ihre Leistungen zeigen. Das ist eine wirkungsvolle Werbung. Wenn es erforderlich ist, kann der Zuschauerraum durch einen mechanisch betätigten Vorgang rasch verdunkelt werden. Die Kuppel erscheint als ein leicht strukturiertes Gebilde. Der Eindruck der Leichtigkeit wird noch dadurch verstärkt, daß die Säulen, die das Amphitheater tragen, vom Umkreis des Gebäudes um neun Meter gegen das Zentrum verschoben sind.

Die Zuschauer betreten und verlassen den Zuschauerraum in der Ebene des Vestibüls und der Manege. Dem Vestibül entspricht der Ringumgang im Zuschauerraum. Von diesem Ringumgang ist das gesamte Amphitheater sichtbar, dessen oberer und unterer Bereich sich gleich schnell füllen. Die gesamte Breite der Ausgänge aus dem Zuschauerraum beträgt auf dem Manegenniveau 17 m und in der Höhe des Ringumgangs 24 m. Im Amphitheater sind die Plätze in kurzer Reihe gruppiert. 20 Prozent der Sitzreihen haben eine Sitzanzahl von 20 bis 23 Plätzen. Der Abstand zwischen den Sitzreihen beträgt 40 bis 50 cm, die Breite der Sessel 50 cm. Der Steigungswinkel des Amphitheaters ist so berechnet, daß das Blickfeld gegenüber den vorhergehenden und folgenden Reihen um 10 bis 12 cm überhöht ist. Der Abstand von der Manegenumrandung bis zur ersten Sitzreihe ist 1,5 m.

Die Bühne für das Orchester (und gleichzeitig auch die Garderobe der Orchestermitglieder) ist gegenüber dem Hauptartistenabgang angeordnet. Über diesem Abgang befindet sich eine Konzertestrade, von der man eine transportable Leiter von 6 m Breite in die Manege hinablassen kann. Unter der Manege sind unterirdische Gänge für die Zirkustechnik untergebracht.

Verchromte Handläufe, die die Eingangsdurchlässe abgrenzen, Paneele aus eloxiertem Aluminium, das Metall der Leuchten, die rote Polsterung der Sessel, das natürliche Licht und die weiße Kuppel — alles das schafft den Eindruck einer hochmodernen Zirkusanlage und stimmt den Zuschauer auf das Zirkusmilieu ein.

Die Kuppel des Zirkus dienst als Umrahmung und Hintergrund für die Vorstellungsnummern, darum ist ihre Konstruktion mit einem weißen Glasgewebe abgeschlossen. Ihr Gipfelpunkt liegt in einer Höhe von 20 m über der Manege. Hinter der Kuppel ist an einer Aufhängung die technische Galerie befestigt. Hier befinden sich auch Vorrichtungen für die Befestigung von Geräten für Luftnummern. Die Galerie enthält ferner Belüftungskammern, Räume für Funkanlagen und den Ring der Unterkuppelbeleuchtung. Eine Filmvorführungsanlage mit zwei Apparaten kann von hier aus für die Realisierung von Regieeffekten, aber auch für die Vorführung regulärer Kinofilme auf einem über der Estrade aufgehängten Breitwandschirm genutzt werden. Die Sitzplatzeinbuße im Zuschauerraum bei der Vorführung von Spielfilmen beträgt 40 bis 50 Prozent. Außerdem sind Bildschirme für zwei Kinoprojektoren vorhanden, die ausschließlich für Regiezwecke verwendet werden.

Ein 18 m über der Manege angeordnetes Rostgitter von 13 m Durchmesser ist mit der Durchgangstreppe zur technischen Galerie verbunden.

Der umbaute Raum des Zuschauerraums mit der Kuppel beträgt 13 000 m^3. Das schallabsorbierende Glasgewebe, das die Kuppel bedeckt, ist über ein Stahlgitter mit dem Traggerüst verbunden. Auf dem Gitter liegen Matten aus Mineralwolle in Phenolbindung, die in Gaze eingehüllt sind. Die Dicke der Matten und ein Luftspalt wechselnder Größe hinter ihnen vergrößern die Schalldämmung bei niedrigen Frequenzen. Diese akustischen Maßnahmen schwächen die Konzentration des von der Kuppel zurückgeworfenen Schalls. Zur Geräuschdämpfung im Zuschauerraum hat man die Ausrüstung der Lüftungskammern auf Dämpfer gesetzt und durch Einsätze von biegsamen Schläuchen an die Lüftungskanäle und Rohrleitungen angeschlossen. Im Zuschauerraum wurden Schalldämpfer aufgestellt.

Um im Bereich des Amphitheaters eine Temperatur von 25,7 °C und eine relative Luftfeuchtigkeit von 60 Prozent bei einer errechneten Durchschnittstemperatur von 28,7 °C ohne künstliche Kühlung konstant aufrechterhalten zu können, wären je Person 130 m^3 Luft je h erforderlich gewesen. Das in der hier beschriebenen Anlage verwendete System der Luftkühlung gewährleistet angenehme klimatische Bedingungen im Zuschauerraum — eine Temperatur von 25 °C und eine relative Feuchtigkeit der Luft von 53 Prozent bei einer Außentemperatur von 30,4 °C und beansprucht hierfür nur 53,5 m^3 zugeführte Außenluft je Person und Stunde.

In den Räumen vor dem Zuschauerraum wird die zugeführte Frischluft durch eine spezielle Anlage sofort erwärmt. Im Hinblick auf die unwesentlichen Temperaturverluste im Zuschauerraum erwies es sich als zweckmäßig, die vorhandenen Aggregate im Winter für die Heizung und im Sommer für die Belüftung des Raums unter der Kuppel zu nutzen.

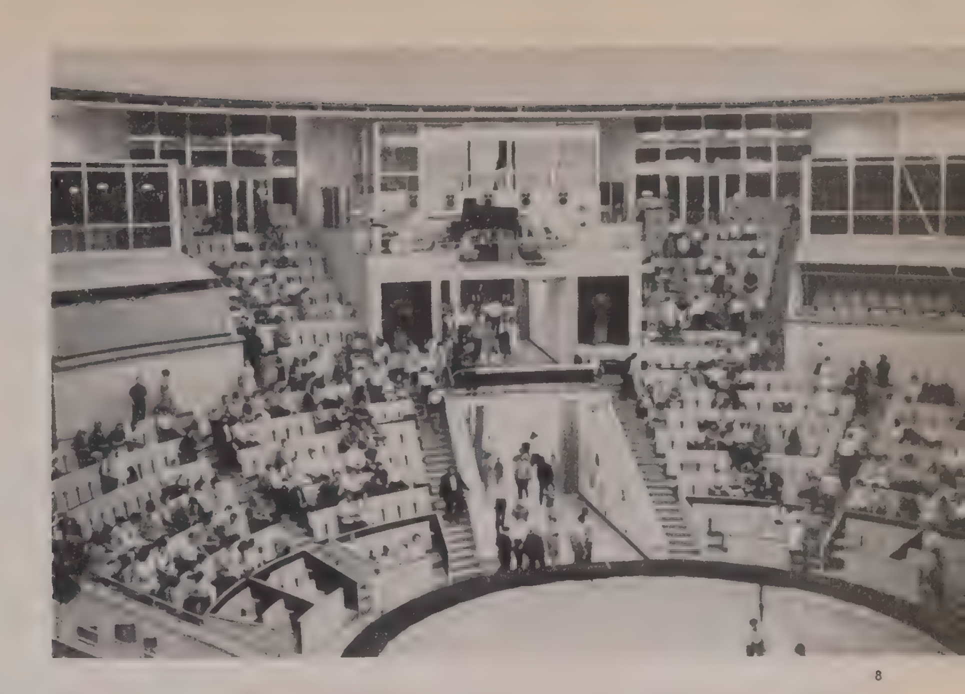
Zur technischen Ausrüstung dieses Zirkus gehören — um nur die wichtigsten Anlagen zu erwähnen — das komplizierte und besonders für diesen Zweck geschaffene System für die Beleuchtung des Gebäudes, elektrische Kraftanlagen, die Beleuchtung der Manege (von oben, von der Seite, transportabel), eine Anlage für die Zeichengebung der Regie, ein Vierprogrammregler mit Magnetverstärker, die Filmvorführanlage, eine Funksprechanlage, das Fernsprechsystem, eine Brandwarnanlage, sowie die Notbeleuchtung für Zuschauer- und Imbißraum durch Batteriespeisung.

6
Eingangssituation von der Promenade

7
Hauptfunktionsgebäude – Detail

8
Blick in den Zuschauerraum

9
Vestibül und Garderobe



8

Im Dienstgebäude rund um den Innenhof sind die Verwaltungsräume, Werkstätten, Volieren und Tierställe untergebracht. Dazu gehört außerdem ein Maschinenraum, der die Klimaanlagen und die Kältemaschinen aufnimmt. Die Räume der Artisten sind über einen Nebensaal, der auch zu Probezwecken benutzt werden kann, in zweckdienlicher Weise mit der Arena verbunden. Diese Raumgruppe schließt auch die Künstlertoiletten, Duschräume und Garderoben ein. Ein Klubraum und ein Speisesaal sind durch eine verschiebbare Glaszwischenwand so voneinander abgegrenzt, daß sie erforderlichenfalls auch zu einem großen Raum vereinigt werden können. Die Ställe und Volieren, in denen die Tiere untergebracht sind, können auch von den Zuschauern besucht werden. Sie befinden sich nahe am Zugang zur Arena und haben Ausgänge zum Hof. Die Anordnung des Dienstgebäudes auf dem gleichen Niveau mit der Arena ist für den Funktionsablauf optimal.

Der Wirtschaftshof mit einer Fläche von 1600 m² ist mit Schutzabdeckungen für die Fahrzeuge und für Requisiten gastierender Truppen versehen.



9

Hier steht auch eine Hebeeinrichtung für das Auf- und Abladen von Käfigen und Requisiten zur Verfügung. Der Wirtschaftshof hat einen Ausgang zum überdachten Parkplatz und zu einem neu eingerichteten Durchgang. An der Seite des neuen Durchgangs befindet sich ein zweigeschossiger Abschnitt des Dienstgebäudes mit Werkstätten und Lagern. In den Räumen des technischen Komplexes sind eine Warmwasserheizanlage und eine Abluftentlüftung mit mechanischer Alarmanlage, die bei Störungen im Luftstrom anspricht, untergebracht. Auch die Tierboxen sind mit einer Zu- und Abluftventilation ausgerüstet.

Das Gebäude wurde mit Hilfe von zwei Turmdrehkranen errichtet. Einer von ihnen wurde als stationäre Anlage im Mittelpunkt der späteren Arena aufgestellt. Der zweite Kran wurde außen aufgestellt und konnte auf einem Schienenring – entsprechend dem Fortgang der Arbeiten – bewegt werden.

Der Konstruktion wurden die Betriebsbedingungen in einem Gebiet mit einer Erdbebenintensität von 7 Magnituden zugrunde gelegt. Die die Kuppel tragenden Säulen und die sie umhüllenden Ringfriese wurden aus monolithischem Stahlbeton hergestellt. Die erforderliche Festigkeit wird durch das Zusammenwirken der monolithischen Säulen, der Kuppelstützringe und der monolithischen Deckenplatten gewährleistet. Für das Kuppeldach wurden Stahlbinder verwendet. Bei der Berechnung der Kuppel legte man die Möglichkeit zugrunde, daß die bei einer Vorführung auftretende Gesamtlast in jedem Punkt der Kuppel 3 t erreichen kann. Das Dach aus Aluminiumblech und verzinktem Stahlblech ruht auf einer Schicht, die auf einer im Niveau ausgeglichenen Fläche von Asbestzementplatten verlegt ist. Zwischen der Heizeinrichtung und den Stahl- und Aluminiumblechen befinden sich Luftdurchlässe. In den Fußboden des Foyers sind Mosaikornamente mit Messingfugen eingelegt. Dieses Bodenmosaik wurde nach einer Schablone aus hellem und dunklem Marmor zusammengefügt. Für jede Einlage wurde nur ein Motiv verwendet.

Die Tragwände der Werkstätten sind monolithisch ausgeführt. Das Dach besteht aus Stahlbetonplatten, die für eine Belastung von 4 t je m² ausgelegt sind. Erdbebenschutzbänder wurden eingebaut; die Deckenplatten hat man mit Trägern, Riegeln und Gurten eines Stahlbetonskeletts verankert. In das Ziegelmauerwerk wurden Bewehrungen eingelegt.

Die geologischen Bedingungen des gewählten Standortes wurden sorgfältig untersucht. An dem Ort, der für das Verlegen der Fundamente vorgesehen war, fand man Diluvialtone und Geröll mit Bodendrücken von 2,6 und 6,0 kp je cm². Nicht aggressive Grundwässer standen in einer Tiefe von 7 bis 8 m unter der Oberfläche zur Verfügung. Rutschungen wurden nicht beobachtet. Die monolithischen Stahlbetonsäulen ruhen auf einem Fundament aus monolithischem Stahlbeton der Güte M-150. Die Kellerwände sind durch eine Spezial-Hydroisolierung und besondere Abschirmungsblöcke mit Ringentwässerung geschützt.

1

Kulturhaus „Bergkristall" in Waldau

Architekt BdA/DDR Heinz Luther

Entwurf:	Architekt BdA/DDR Heinz Luther
Konstruktion:	Bauingenieur KDT Peter Bochus
Kostenplanung:	Bauingenieur KDT Dieter Anschütz
Haustechnik:	Ingenieur KDT Helmut Hartmann
Elektroanlage:	Dipl.-Ing. KDT Manfred Cordes

2

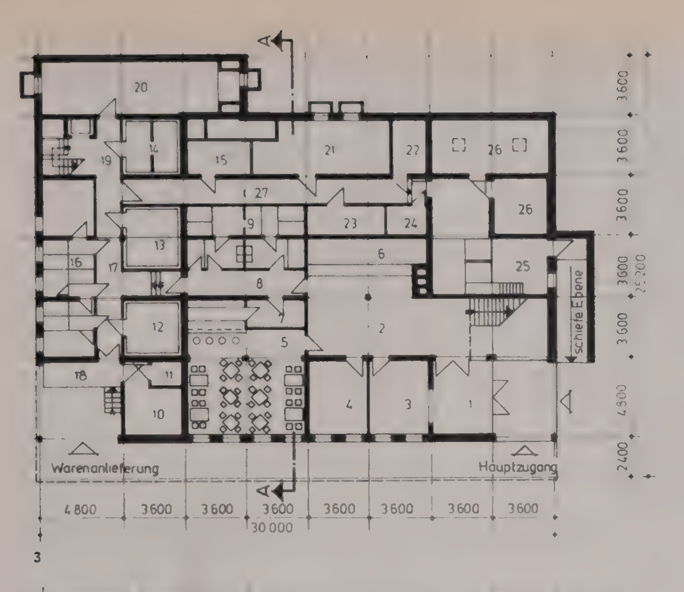


Das Kulturhaus ist ein besonderer Anziehungspunkt für die im Ort beherbergten Urlauber, die Einwohner von Waldau und Schönbrunn sowie für die durchreisenden Touristen.

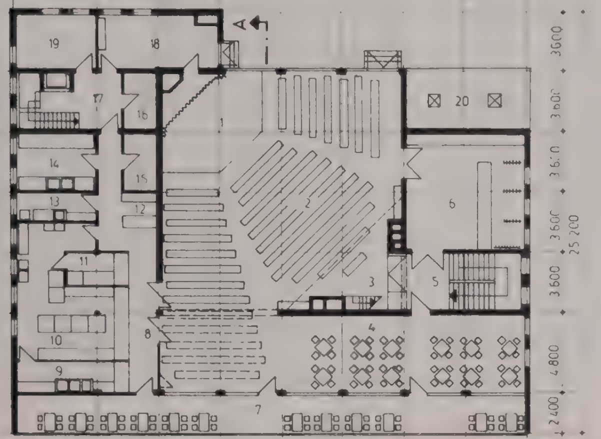
Der Baukörper wurde der landschaftlichen Hanglage und den funktionellen Erfordernissen entsprechend aus gut proportionierten Gebäudeteilen zusammengefügt. Durch das Zurücksetzen des Sockelgeschosses talseitig ist eine markante Gliederung und durch die Verwendung von eigenständigen Materialien (Naturstein und Holz) in klaren Formen eine recht gute Einfügung in die Landschaft erzielt worden.

Dies ist besonders so wichtig, da der Standort von vielen Punkten der Umgebung erlebbar ist.

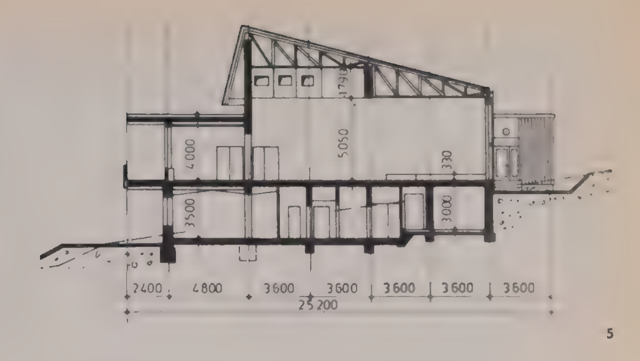
Der Baukörper wurde zweigeschossig gestaltet. Durch gutes Ordnen der einzelnen Bereiche wurde eine sehr flexible und ökonomische Ausnutzung der Hauptnutzflächen erzielt. Der Saal wird von den übrigen Gasträumen so umschlossen, daß durch entsprechende Verbindungen der einzel-



3



4



5

1 Außenansicht des Kulturhauses

2 Lageplan 1 : 3000

3 Sockelgeschoß 1 : 400
1 Windfang
2 Halle
3 Andenkenverkauf
4 Büro
5 Weinstube – Bar
6 Garderobe
7 Handlager
8 Flur
9 WC Gäste
10 Leergut
11 Abfälle
12 Faßbierlager
13 Getränkelager
14 Fleischkühlraum
15 Kühlmaschinen
16 Umkleide Personal
17 Flur
18 Rampe
19 Treppenraum
20 Kartoffel, Gemüse
21 Lüfterzentrale
22 Batterieraum
23 Elektroverteilung
24 Anschlußraum
25 Heizung
26 Kohlenkeller

4 Obergeschoß 1 : 400
1 Podium
2 Saal
3 Balkon
4 Gaststätte – Saalerweiterung
5 Treppenraum
6 Foyer, Garderobe, Klubraum
7 Balkonterrasse
8 Kellnergang
9 Spüle
10 Warme Küche
11 Kalte Küche
12 Theke
13 Fleischvorbereitung
14 Gemüsevorbereitung
15 Getränkelager
16 Lebensmittellager
17 Treppenraum, Aufzug
18 Stuhlmagazin, Nebenbühne, Künstlergarderobe
19 Personalaufenthaltsraum, Ruheraum
20 Kohlenbunker

5 Schnitt 1 : 400

6 Blick von Süden auf die Terrasse

6



nen Räume möglich ist, die verschiedenartigsten Veranstaltungen zu organisieren. Die Kapazität des Saales reicht beispielsweise von 160 Tischplätzen bis zu 290 Reihenplätzen je nach Bedarf und Anordnung der Bestuhlung und Zuordnung der angrenzenden Räume.
Im Saal können folgende Veranstaltungen durchgeführt werden:

- Kulturveranstaltungen mit Tanz- und Gesangsensembles
- Politische Veranstaltungen einschließlich Einwohnerversammlungen
- Vorträge
- Lichtbild- und Filmvorführungen
- Urlauber-Verpflegung
- Betriebsfeiern aller Art

Zur Durchführung der Veranstaltungen stehen Bühnenscheinwerfer und eine transportable Tonanlage zur Verfügung.

Sockelgeschoß

Das Gebäude wird auf der Talseite durch den Haupteingang betreten. Der Eingangshalle sind die Garderoben, die WC-Anlagen, die Räume der Objektleitung, ein Souvenirverkauf und die Weinstube (40 Plätze) zugeordnet. Außerdem wird von hier aus über eine Treppe das Obergeschoß erschlossen. Die Anlieferung der Lebensmittel und Getränke erfolgt ebenfalls von der Talseite über die Rampe der Warenannahme. Die Lager und technischen Räume sind an der Hangseite angeordnet.
Der Kern des Obergeschosses wird durch den Saal gebildet. Um diesen Zentralraum liegen die Küche, die Gaststätte mit 64 Plätzen, die Balkonterrasse mit 48 Plätzen, ein Clubraum mit 39 Plätzen und die Treppe. Der Clubraum muß je nach Ver-

7
8

9

7 Blick in den Klubraum im Obergeschoß

8 Die Weinstube im Sockelgeschoß

9 Die Gaststätte ist durch eine Schiebetür mit dem Saal verbunden

10 Blick in den Saal

Kapazität

Saal:	160 Tischplätze oder 247 Reihenplätze bei Erweiterung 290 Reihenplätze
Gaststätte:	64 Tischplätze oder bei Saalerweiterung 40 Tischplätze
Clubraum:	39 Tischplätze oder Foyer oder Garderoben
Balkonterrasse:	48 Tischplätze
Weinstube:	40 Tischplätze
Gesamtkapazität:	303 Tischplätze und 48 Tischplätze Terrasse oder 370 Reihenplätze und 48 Tischplätze Terrasse.

anstaltungsart verwendet werden – mit dem Saal verbunden als Foyer, Garderobe, Saalerweiterung und vom Saal getrennt als Lese- und Fernsehraum, Club- oder Schulungsraum. Dem Podium sind Vorbereitungsräume und ein Möbelmagazin zugeordnet. Das Anliefern von Instrumenten, Anlagen und Kulissen und die Beschickung der Kohlen- und Gemüselager erfolgt entsprechend der Hanglage bergseitig im Obergeschoß. Gleichzeitig erhielt auch der Saal einen zweiten Zugang, der ebenerdig angelegt werden konnte.

Konstruktion und Bauweise

Entsprechend der individuellen Raumforderung, der Hanglage und den Möglichkeiten der Bauausführung, wurde das Gebäude in monolithischer Bauweise errichtet. Zum Teil wurden tragende Ziegelwände errichtet und zum Teil Stahlskelette gesetzt. Die Decken bestehen ausschließlich aus Stahlträgern mit Stahlbetonhohldielen und Vergußbeton (Handmontage, keine Schalung). Die Hallenfläche wurde mit U-Holzdachbindern und einem Hauptträger aus Stahlbeton überspannt. Die Stabilisierung des Gebäudes und vor allem der Stahlskelettbereiche erfolgte durch Wandscheiben, Deckenscheiben und Ringankerbalken. Das Dach des Saales ist als Kaltdach ausgebildet, der Flachkörper ein Warmdach mit Innenentwässerung.

10



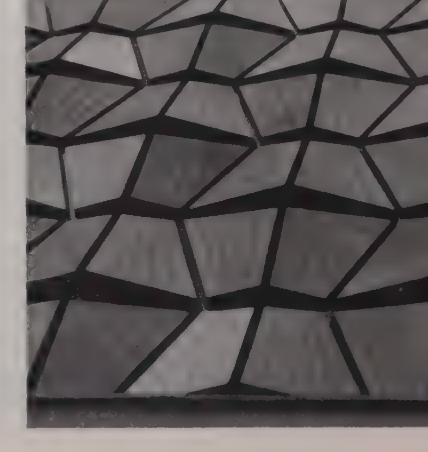
1

„CENTRUM"-Warenhaus in Schwedt (Oder)

Dipl.-Ing. Karl-Heinz Dochow, Architekt BdA DDR
Wohnungs- und Gesellschaftsbaukombinat Frankfurt (Oder)
Betrieb Projektierung

Generalprojektant:	WGK Frankfurt (Oder), Betrieb Projektierung
Gesamtleitung:	Dipl.-Ing. Karl-Heinz Dochow, Architekt BdA DDR
Entwurf:	Bauingenieur Werner Krause Innenarchitekt Dietrich Kloppstech, BdA DDR Bauingenieur Hans-Joachim Steinicke Architekt BdA DDR
Statik:	Bauingenieur Sigrid Weiland
Heizung:	Ingenieur Georg Heide
Sanitär:	Ingenieur Georg Heide
Starkstrom:	Dipl.-Ing. Horst Seliger, Günter Nitschke
Bauwirtschaft:	Bauingenieur Emil Schulze
Nachauftragnehmer:	
Vorhangfassade:	Atelier Achim Kühn, Berlin
Handelstechnologie	GBH Dresden
Klimatechnik	VEB Lufttechnische Anlagen Berlin Treptow
Schwachstrom	VEB Fernmeldeanlagenbau Dresden Betrieb Cottbus
Feuerlöschanlagen	VEB Feuerlöschgerätewerk Apolda
	Die Projektierung erfolgte auf der Grundlage einer Aufgabenstellung vom VEB Leipzigprojekt
Verantwortlicher Leiter	Architekt BdA DDR Siegfried Sommerfeld
Generalauftragnehmer:	BMK Ost, Betrieb Schwedt

2



Das Warenhaus dient der Versorgung der Einwohner der neuen Chemiearbeiterstadt Schwedt. Es hat darüber hinaus einen Einzugsbereich bis nach Angermünde und Prenzlau. Es ist vorgesehen, durch eine allseitige Umbauung des Anlieferhofes das Bauwerk zu erweitern und diesen Gebäudeteil dann als „Einrichtungskaufhaus" zu nutzen. Die technischen Einrichtungen des Hauses berücksichtigen weitgehend diese Erweiterung.

Gestalterische Lösung

Der Baukörper hat eine horizontal dreigeteilte Fassade.

- Schaufenster und Eingänge im Erdgeschoß
- Vorhangfassade aus Alu-Elementen im ersten Obergeschoß
- Fensterband im zweiten Obergeschoß

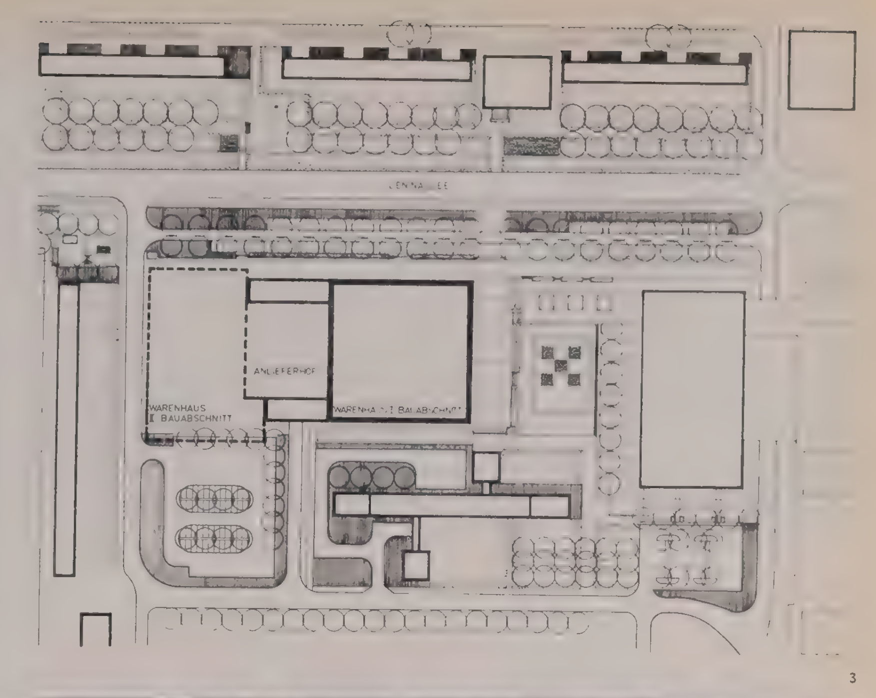
Diese horizontale Betonung wird durch die zurücktretende vertikale Sprossenteilung im Schaufensterbereich, durch das weit auskragende Dach über den Schaufenstern sowie durch die hervortretende Gesimsblende unterstützt. Die damit gleichzeitig erreichte Plastizität der Fassade wird wohltuend empfunden.

Funktion

Die Anlieferung der Waren erfolgt vom Anlieferhof im Kellergeschoß. Im Erdgeschoß befinden sich vorwiegend Verkaufseinrichtungen und Einrichtungen für den Kundendienst, unter anderem ein Kinderaufenthaltsraum. Durch eine Fahrtreppe wird das Erdgeschoß mit dem Verkaufsraum im ersten Obergeschoß verbunden. Den Kunden steht zur Erfrischung eine Moccabar im ersten Obergeschoß sowie ein Kundenrestaurant im zweiten Obergeschoß zur Verfügung. Für die Betreuung des Personals des Hauses ist neben den erforderlichen Sanitäreinrichtungen ein Speiseraum, eine Teeküche, Damen- und Herrenfriseur und eine Arztpraxis vorhanden.

Technische Ausrüstung

Das Haus ist mit umfangreichen technischen Einrichtungen versehen. Verkaufs-, Lager- und fensterlose Aufenthaltsräume werden vollklimatisiert. Für den Brandschutz ist in allen Verkaufs- und Lagerräumen sowie in den gastronomischen Räumen eine Sprinkleranlage installiert, und



3



4

5



1
Blick von der Leninallee auf das Centrum-Warenhaus

2
Fassadenausschnitt

3
Lageplan 1 : 3000

4
Die Haushaltswarenabteilung im Erdgeschoß

5
Blick in die Rundfunk- und Fernsehabteilung. Im Hintergrund die Schallplattenabteilung

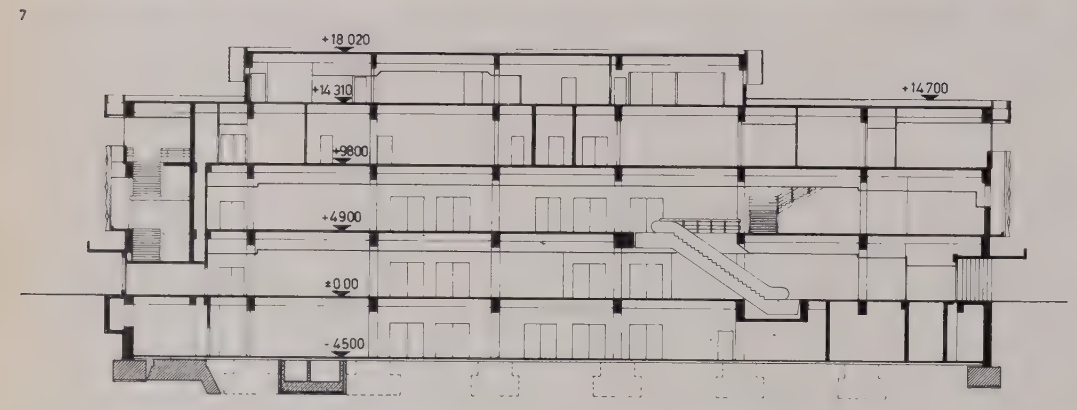
Kennwerte

Hauptfunktionsfläche	5 714,00 m²
davon Verkaufsraumfläche	5 345,00 m²
Nebenfunktionsfläche	4 417,00 m²
Hauptfläche	10 131,00 m²
Nebenfläche	4 869,00 m²
Nutzfläche	15 000,00 m²
Verkehrsfläche	1 694,00 m²
Nettofläche	16 694,00 m²
Konstruktionsfläche	1 252,00 m²
Umbauter Raum	86 336,00 m³



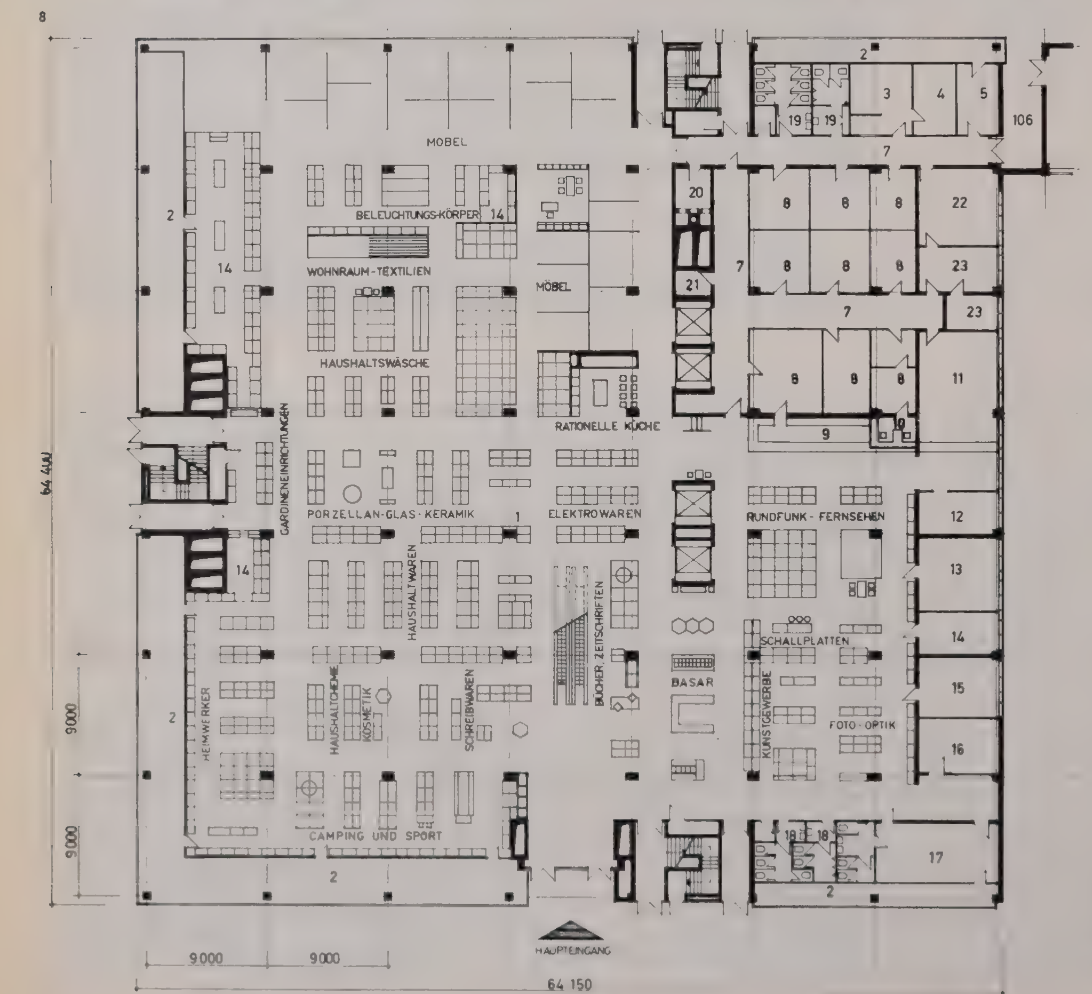
6
Der Haupteingang von der Leninallee

7



7
Schnitt 1 : 500

8



8
Erdgeschoß 1 : 500

1 Verkaufsraum
2 Schaufenster
3 Pförtner
4 Aufenthaltsraum
5 Hausmeister
6 Personaleingang
7 Flur
8 Büro
9 Sammelkasse, Information
10 Sparkasse
11 Technischer Kundendienst
12 Wohnraumberatung
13 Fernsehvorführraum
14 Lager
15 Vorführraum, Foto – Optik
16 Garderobe – Kinderwagen
17 Kinderspielraum
18 WC Kunden
19 WC Personal
20 Müllraum
21 Abstellraum
22 Personal-Warenausgabe
23 Werkstatt

9
2. Obergeschoß 1 : 500
1 Lager
2 Werbeatelier
3 Flur
4 Büro
5 Konferenzraum
6 Umkleideraum
7 Waschraum
8 Duschraum
9 WC Kunden
10 WC Personal
11 Teeküche
12 Küche
13 Kühlräume
14 Vorbereitungsräume
15 Spüle
16 Abfälle
17 Müllraum
18 Arztstation
19 Ruheraum
20 Friseur
21 Speise- und Besprechungsraum
22 Personalspeiseraum
23 Kundengaststätte

10
1 Obergeschoß 1 : 500
1 Verkaufsraum
2 Mokkabar
3 Spüle
4 Vorbereitungsraum
5 Lager
6 Schneiderei, Bügelei
7 WC Personal
8 WC Kunden
9 Müllraum
10 Brandschleuse
11 Abstellraum
12 Büro
13 Flur

11

11 12
Verkaufsabteilung im ersten Obergeschoß.
Die zweckmäßige Anordnung der Warenträger bietet dem Kunden eine gute Übersicht über das Angebot.

13
Die Mokkabar im ersten Obergeschoß bietet dem Kunden Gelegenheit zu einer kleinen Erfrischung.

14
Aufgang zum zweiten Obergeschoß.

15
Blick in den Personalspeiseraum

16
Das Kundenrestaurant im zweiten Obergeschoß

12



13





14



15

hinter der Vorhangfassade befindet sich eine automatische Rauchklappenanlage.

Für Werbezwecke sorgt ein Werbefunk mit einem kleinen Werbestudio und einer Lautsprecheranlage im Haus und außerhalb des Hauses. In der Kragplatte über den Schaufenstern sind Scheinwerfer für eine Festbeleuchtung zur Anstrahlung der Fassade eingebaut. Als äußerst zweckmäßig hat sich die Hettalflex-Decke als Unterhangdecke in den Verkaufsräumen bewährt.

Diese Decke ist in einfachster Form abklemmbar, so daß ohne große Aufwendungen der Zutritt zu den im Zwischendeckenbereich installierten umfangreichen technischen Einrichtungen geschaffen werden kann. Dadurch war es auch möglich, zusätzlich eine variable Elektroanschlußverteilung im Zwischendeckenbereich zu installieren und somit eine weitgehende Flexibilität der handelstechnologischen Ausrüstung zu erreichen.

Konstruktion

Für das Bauwerk wurde eine monolithische Stahlbetonkonstruktion mit Stockwerksrahmen mit einem Grundraster von 9000 mm × 9000 mm und monolithischen Zwischendecken mit einer zulässigen Verkehrslast von 750 kp/m^2 vorgesehen. Die Stockwerksrahmen gewährleisten eine Steifigkeit in beiden Richtungen. Die Grundwasserverhältnisse erfordern für alle unterhalb des Kellerfußbodens liegenden Konstruktionsteile wie beispielsweise Anlieferhof, Luftkanäle und Aufzugsschächte eine Wannenausbildung.

Die Zwischenbauten am Anlieferhof berücksichtigen eine Aufstockung beim Bau des zweiten Bauabschnittes. Die Gesimsplatten über dem Fensterband des zweiten Obergeschosses wurden als Fertigteile an den auskragenden Rahmenriegeln montiert.

16



1

Mensa der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt

Architekt BdA DDR Wolfgang Sehm

Funktionell-technische und gestalterische Angaben

Für die Erweiterung der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt ist ein Gelände von rund 95 Hektar vorgesehen, das an der Reichenhainer Straße liegt.

Im Osten wird es von der Vetterstraße begrenzt, im Süden von der Wartburg- und Werner-Seelenbinder-Straße, im Westen vom Reichsbahngelände und im Norden von der Dittesstraße.

Auf diesem Gelände sollen Hochschulanlagen für 10 000 Studenten entstehen. Die Reichenhainer Straße stellt die Mittelachse der gesamten Anlage dar. Landwärts gesehen auf der rechten Seite befindet sich die Lehr- und Forschungszone mit allen Institutsbauten, Hörsälen und Bibliotheksgebäuden. Auf der linken Seite sind die Wohn- und Sportobjekte untergebracht.
Die Mensa wurde auf der Ostseite der Reichenhainer Straße zentral zwischen den Internatsbauten errichtet. Sie wurde als individuelles Projekt erarbeitet.
Das Bauwerk wurde als Kompaktbau projektiert und hat eine Abmessung von 60,0 m × 48,0 m (Systemmaße). Es besteht aus dem Erd- und dem ersten Obergeschoß.

Im Erdgeschoß befinden sich:

eine Konsumverkaufsstelle mit geschlossenem Sortiment außer Fischwaren (Verkaufsfläche 195 m²);
eine zentrale Annahmestelle für den Dienstleistungsbetrieb „Bewa" (Betriebsfläche 30 m²);
eine Buchhandlung (Verkaufsfläche 30 m²);
ein Damen- und Herrenfrisiersalon mit 10 Frisierplätzen für Damen und 4 Frisierplätzen für Herren;

HAN:	BMK Süd, BT Karl-Marx-Stadt
Autor:	Architekt BdA/DDR Wolfgang Sehm
Mitarbeiter:	Architekt BdA/DDR Peter Ansorge Architekt BdA/DDR Maria Lämmel Innenarchitekt BdA/DDR Ernst Lucha
Statik:	Dipl.-Ing. Christian Weise
Bauwirtschaft:	Bauingenieur Gerhard Schmidt Techniker Wilhelm Müller
Heizung, Lüftung:	Ingenieur Gottfried Becher
Sanitäranlagen:	Ingenieur Fritz Hösel
Elektrotechnik:	Meister Harald Storch
Betrieb:	VE WBK „Wilhelm Pieck" Betrieb Projektierung Karl-Marx-Stadt

Werke der bildenden Kunst

Metallwand in der Treppenhalle des Obergeschosses:	Bildhauer Johann Belz, Karl-Marx-Stadt
Wandbild in Lasurtechnik:	Kunstmaler Rudolf Kraus, Karl-Marx-Stadt

2

1
Mensa der TH Karl-Marx-Stadt – Ansicht von Südwesten

2
Hauptzugang zur Mensa

3
Mensa – Obergeschoß 1 : 600

1 WC
2 Abfälle
3 Besenkammer
4 Vorbereitung Gemüse
5 Vorbereitung Fisch
6 Vorbereitung Geflügel
7 Vorbereitung Fleisch
8 Küchenchef
9 Küche
10 Anrichte
11 Spüle
12 Kalte Speisen
13 Hochschulgaststätte
14 Treppenhalle
15 Tageskühlraum
16 Tagesvorratsraum
17 Speiseraum
18 Frauenruheraum
19 Wäschelager
20 Lagerraum
21 Kühlraum Kalte Küche
22 Kantine Selbstbedienung
23 Brotraum
24 Kalte Küche
25 Stuhllager
26 Klubraum
27 Speisesaal Angestellte
28 Podium
29 Mensa

4
Mensa – Erdgeschoß 1 : 600

1 Büro
2 Abfälle
3 Warenannahme
4 Transportgeräte
5 Hausmeister
6 Kühlmaschinen
7 Reinigungsgeräte
8 Reinigungskräfte
9 Umkleiden
10 Waschraum
11 WC
12 Vorraum
13 Garderobe
14 Treppenhalle
15 Bierkühlraum
16 Eigenbedarf
17 Zwiebeln
18 Naßgemüse
19 Konserven
20 Vorkühlraum
21 Wurst/Speck
22 Fleisch
23 Geflügel
24 Tiefkühlraum
25 Obst und Feingemüse
26 Molkereiprodukte
27 Biervorbereitung
28 Nährmittel
29 Kühlmaschinen
30 Haustechnik
31 Anschluß Haustechnik
32 Schrankraum
33 Treppenhalle
34 Warenannahme
35 Lagerraum
36 Spüle
37 Aufenthaltsraum
38 Zentrale Lüftung
39 Kühlraum
40 Lebensmittelverkauf
41 Dienstleistungen
42 Bücherei
43 Verkaufsraum
44 Mixkabine
45 Friseur – Herren
46 Friseur – Damen
47 Eingangshalle
48 Möbel
49 Verkauf Essenmarken
50 Windfang

5
Eingangshalle im Erdgeschoß

Kennziffern

Kapazität: Vollverpflegung 3000 Teilnehmer
Mittagsverpflegung 1000 Teilnehmer
m³ umbauter Raum: 36 074,22 m³
Baukosten je Kapazitätseinheit: rund 1620,00 M
Baukosten je m³ umbauter Raum: 179,40 M



3

4

5

sämtliche Lagerräume für die im ersten Obergeschoß angeordnete Küche und die erforderlichen technischen Räume.
Im ersten Obergeschoß sind untergebracht: eine Küche mit einer Kapazität von 3000 Essenteilnehmern an der Vollverpflegung und von 1000 Teilnehmern an der Mittagsverpflegung;
eine Studentenmensa mit 580 Plätzen;
eine Angestelltenmensa mit 200 Plätzen;
eine Hochschulgaststätte mit 76 Plätzen;
ein Klubraum mit 37 Plätzen.

Durch einen Windfang mit einer öffentlichen Fernsprechzelle gelangt der Student oder Gast in die Eingangshalle. Hier ist eine Garderobenanlage und der Schalter für den Essenmarkenverkauf angeordnet. Die Hallendecke wurde schallschluckend ausgebildet. Ein 300 mm hoher Raster (Rotterdamer Decke) verdeckt die Sicht in die Leuchtstofflampen und die Be- und Entlüftungskanäle.

Neben einzelnen Sitzgruppen mit Kunstlederpolster sind Vitrinen und transportable Tafeln für Bekanntmachungen aufgestellt. Ein großes Pflanzenbecken mit Hydrokultur soll dem Raum Atmosphäre geben und die Verbindung zum Außengrün herstellen, da die Verglasung der Halle nach der Südseite bis 30 cm über den Fußboden reicht. Die freistehenden Stützen sowie die Rückwand des Pflanzenbeckens wurden mit einem weißen Waschputz versehen. Als Fußboden wurden großflächige weiße Terrazzoplatten ausgewählt.

Über eine repräsentative Treppe erreicht man die Studentenmensa und die Hochschulgaststätte. Die Treppenhalle des Obergeschosses erhielt als Schmuck eine von Johann Belz gestaltete Metallwand. Die Hochschulgaststätte wird in den Abendstunden und am Wochenende als öffentliche Gaststätte genutzt. Die Einrichtung wurde dieser Mehrfachnutzung angepaßt. Für die Beleuchtung wurden Faltkartonpendelleuchten gewählt. Ein ganzflächiges Wandbild in Lasurtechnik von Rudolf Kraus rundet den Raumeindruck ab. Die eingebaute Faltdecke besteht aus Fertigteilstuckplatten mit einseitigen Schallschlucköffnungen. Als Fußboden wurde Parkett verlegt.

Für die tägliche Ausgabe von 4000 Essenportionen mußte ein leistungsfähiger Küchentrakt projektiert werden. Der Küchentrakt wurde als Endküche geplant, das bedeutet, daß täglich vor Beginn des Kochprozesses die Halbfabrikate angeliefert werden. Deshalb mußten sämtliche Speiseräume und die Küche in einer Ebene angeordnet werden. Dadurch werden Zwischentransporte der Speisen und ein höherer Aufwand an Arbeitskräften vermieden.

In der Mensa wird Wahlessen verabreicht. Die Studenten und Angestellten müssen sich selbst bedienen; sie holen ihre Speisen an der Ausgabe ab und setzen beim Verlassen des Speiseraumes am jeweiligen Ausgang das Geschirr auf ein Transportband, das über zwei Ebenen läuft, zur Spüle ab. Die Mensa selbst kann durch Harmonika-Türen in der Nähe des Podiums in einen Bereich für die Studenten und einen Bereich für Angestellte geteilt werden.

Hinter dem Ausgabeschalter für Warm- und Kaltspeisen wurde ein Selbstbedienungsbereich für Kuchen, kalte Speisen, Eis, Kaffee, Bier und akoholfreie Getränke angeordnet.

Aufgrund der geforderten Mehrzwecknutzung der Mensa als Speiseraum, als Raum für kulturelle Veranstaltungen (Laienspiele,



6



7

Film, Konzert) und als Hörsaal (Ausweichlösung) waren komplizierte schalldämmende Maßnahmen erforderlich.
Dieser Mehrzwecknutzung entsprechend mußte die Ausstattung variierbar sein. Neben verschiedenen bühnentechnischen Einrichtungen wurde besonderer Wert auf eine gute Beleuchtung gelegt.
Dem System der Binder entsprechend war die Sägezahnschnittdecke aus Gipsfertigteilen mit Schallschluckflächen die günstigste Lösung, um die Mitschreibebeleuchtung und das erforderliche Notlicht sowie die Lautsprecher unterzubringen.
Um den Weg von der Laienspielgarderobe im Erdgeschoß zum Podium zu erleichtern, sind seitlich des Podiums Garderobenschränke und ein Naßraum angeordnet. Um den Studenten die Möglichkeit zur Kontrolle selbst zu geben, sind an den Stützen, welche mit weißem Waschputz versehen sind, drehbare Garderobenständer angebracht.
Der Klubraum ist von der Angestelltenmensa aus erreichbar und dient als Beratungsraum. Die Beleuchtungskörper wurden auf Grund der Raumhöhe in der unteren Zone installiert. Ein beleuchtetes Großfoto oberhalb der Sitzbänke rundet das Gesamtbild ab.
Die in der Erdgeschoßzone angeordneten Handels- und Dienstleistungseinrichtungen sollen dem Studenten lange Wege in das Stadtinnere ersparen. Die Raumanordnung sowie die Möblierung entsprechen den Erfordernissen und wurden mit den Nutzern abgesprochen und bestätigt. Um auch die Anwohner auf diese Einrichtungen hinzuweisen, wurde über dem Markisendach eine Neon-Leuchtwerbung angebracht. Die Warenanlieferung ist wegen der Trennung der Haftungsbereiche auf den Fluren mit Transportkarren möglich.
Die Küche wird von einem Wirtschaftshof über eine Rampe beliefert.
Für die äußere Gestaltung ist die vorgehängte Fassade mit Thermoverglasung und blau-grünem Überfangglas mit natureloxierter Aluminiumverleistung an der Nord-, West- und Südseite dominierend. Die Ansichtsflächen im Erdgeschoß erhielten eine Natursteinverblendung des weißen Cottaer Sandsteins. Die Ostansicht wurde in beiden Geschossen als Putzfassade aus-

6 Buchhandlung im Erdgeschoß

7 Damen- und Herrenfriseur

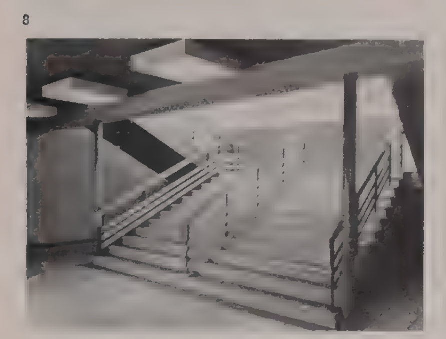
8 Hauptaufgang zum Obergeschoß

9 Studentenmensa mit Speisenausgabe

10 Die moderne Endküche der Mensa

11 Hochschulgaststätte.
Das Wandbild gestaltete Rudolf Kraus

8





9

gebildet und ist mit einem roten und weißen Kieselputz versehen. Der Haupteingang hat eine Verkleidung aus Rollkiesplatten. An der Süd- und Westseite wurden als Sonnenschutz natur-eloxierte Leichtmetall-Jalousien angebracht.

Die Konstruktion des Gebäudes wurde vom gestellten Raumprogramm bestimmt, das auf einen rationellen technologischen Ablauf bei der Nutzung des Gebäudes ausgerichtet war. Durch die starke Gliederung des Erdgeschosses und den geforderten Hallencharakter des Obergeschosses ergaben sich im Prinzip zwei unterschiedliche Konstruktionsformen, die auf Anwendung der Skelettbauweise hinzielten. Daraus ergab sich die Komplettierung der 2 Mp-Skelett-Montagebauweise mit der Bauweise nach dem TBE-Sortiment für Hallenbauten.

Für die beiden äußeren und die mittlere Stützenreihe (Abstand 24 m) wurden durchgehende, im Fundament eingespannte Hallenstützen gewählt, die die Spannbeton-Parallelfachwerkbinder (Spannweite 24 m) aufnehmen. Die Riegel, entlang dieser Stützen zur Deckenauflage der Erdgeschoßdecke, werden von Stahlkonsolen, die an den Hallenstützen angebracht sind, aufgenommen. Das Konsol trägt rund 30 Mp. Für die Zwischenstützen und Riegel im Erdgeschoß wurde die 2 Mp-Skelettbauweise gewählt. Hierfür wurden zusätzliche Riegel mit Öffnungen zur Durchführung der Lüftungskanäle und Rohrleitungen entwickelt.

Das System Dachbinder, Hallenstützen und Erdgeschoßdecke wurde in Gebäudequerrichtung als statisch unbestimmtes System betrachtet. Die Ermittlung der Schnittkräfte erfolgte mit dem ZRA 1. Dadurch ergaben sich nur geringe Einspannmomente für die Hallenstützen und andererseits eine rationelle Ausnutzung der in ausreichendem Maße vorhandenen Wandscheiben im Erdgeschoß. In Längsrichtung erfolgt die Aussteifung sinngemäß. Die Zwischendecke aus Gipsfertigteilen wird von Stahlgitterträgern (in Leichtbauweise) getragen, die auf dem Untergurt der Spannbetonbinder aufliegen. Als Erdgeschoßdecke wurde eine Schlackenplattendecke und als Dachdecke Kassettenplatten verwendet. Die Umfassungs- und Zwischenwände bestehen aus Ziegelmauerwerk.



10

11



1

Westufer Gotthardteich in Merseburg

Dipl.-Ing. Gerhard Berndt, Architekt BdA/DDR

Projektierung: Hauptplanträger Rekonstruktion des Stadtzentrums Merseburg beim Rat des Kreises Merseburg
Leiter: Ing. Max Kurzawa
und Arbeitsgruppe der KDT beim Kreisvorstand Merseburg
Leiter: Dipl.-Ing. Erich Scheibe

Entwurf: Architekt BdA DDR
Dipl.-Ing. Gerhard Berndt
Kreisarchitekt

Gartengestaltung: Gartenarchitekt BdA/DDR
Franz Mengel

Gestaltung Eingangstür Planetarium: Dipl.-Grafikerin
Hannelore Heise, VBK DDR

Statik und Konstruktion: Dipl.-Ing. Arthur Heidl
Dipl.-Ing. Erhard Geißler
Bauing. Rüdiger Müller
Ing. Winfried Fuhrmann
Ing. Herbert Müller

Bauwirtschaft: Dipl.-Ing. Erich Scheibe
Ing. Karl-Heinz Lätsch

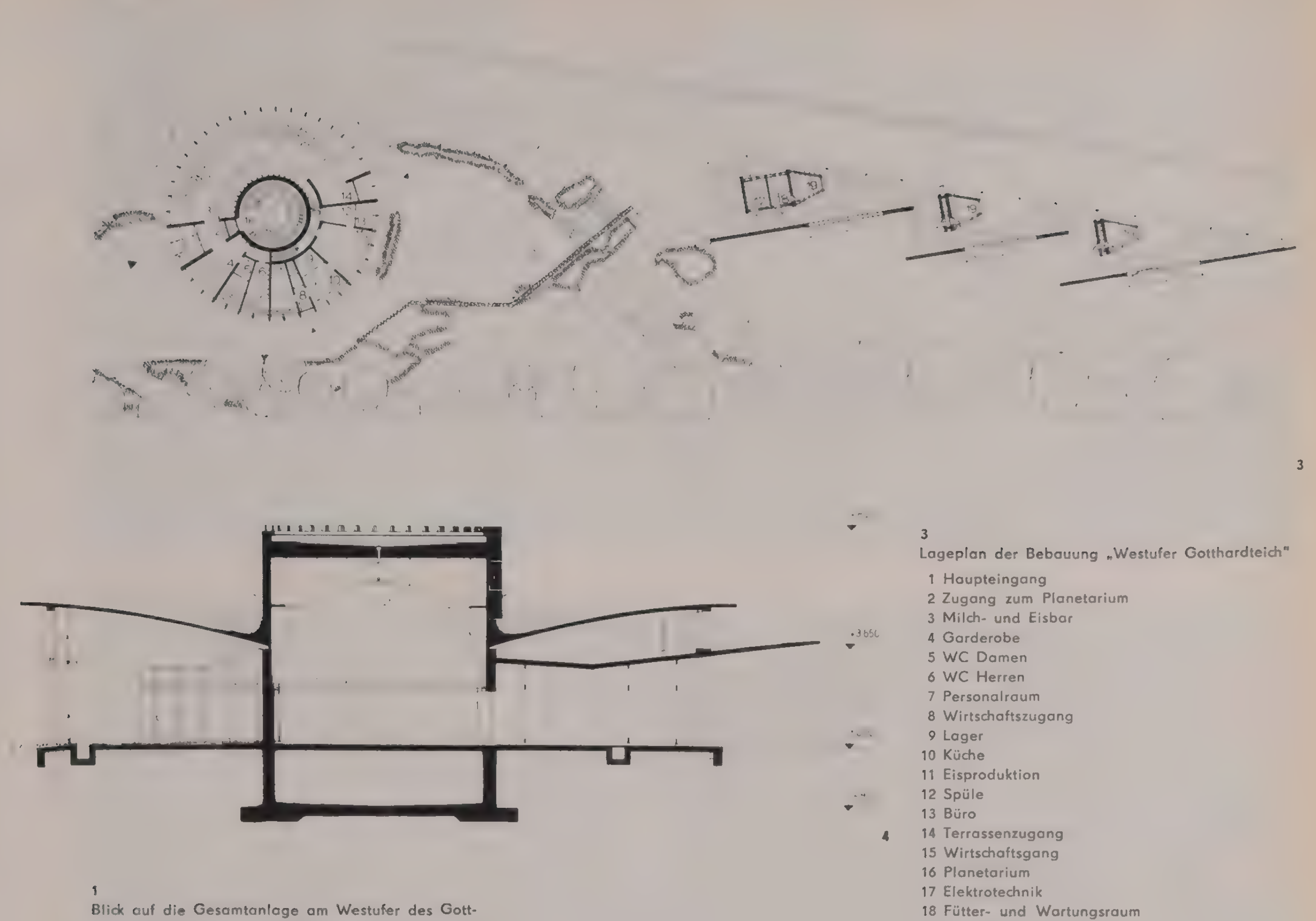
Sanitär und Heizung: Ing. Schmalfuß

Elektro: Ing. Inge Fuhrmann

Hauptauftragnehmer: Unter Leitung des Hauptauftraggebers beim Hauptplanträger waren im Initiativprogramm hauptsächlich beteiligt:
VEB Wohnungsbaukombinat Halle, Betrieb 2
VEB Betonkombinat Halle, Sitz Merseburg
PGH „Geiseltal" Merseburg
PGH „Holz und Glas" Merseburg
PGH „Raum und Farbe" Merseburg
PGH „Bauhütte" Merseburg
PGH „Landschaftsgestaltung" Merseburg
VEB Leunawerke

2





1
Blick auf die Gesamtanlage am Westufer des Gotthardteiches mit Planetarium, Milch- und Eisbar und mit Wasserspielen

2
Blick von der Pavillonterrasse zum Stadtzentrum

3
Lageplan der Bebauung „Westufer Gotthardteich"

1 Haupteingang
2 Zugang zum Planetarium
3 Milch- und Eisbar
4 Garderobe
5 WC Damen
6 WC Herren
7 Personalraum
8 Wirtschaftszugang
9 Lager
10 Küche
11 Eisproduktion
12 Spüle
13 Büro
14 Terrassenzugang
15 Wirtschaftsgang
16 Planetarium
17 Elektrotechnik
18 Fütter- und Wartungsraum
19 Volieren
20 Terrasse (maximal 250 Plätze)

4
Planetarium Schnitt 1 : 250

In dem vom Büro für Städtebau und Architektur Halle erarbeiteten Generalbebauungsplan für die Kreisstadt Merseburg spielte der im unmittelbaren Zentrum der Stadt gelegene Gotthardteich eine wichtige Rolle bei der Entwicklung des Zentrums der Stadt und der Anlagen für die Naherholung.
Die Rekonstruktion des Stadtzentrums umfaßte neben dem Flächenabriß der Altbausubstanz auch die Umgestaltung vorhandener Anlagen. Vor allem war es notwendig, ausgehend von den beschlossenen Festlegungen des Generalbebauungsplanes, Funktionen neu zu ordnen und ihnen die richtige Zuordnung zu anderen städtebaulichen Räumen zu geben.
Es war die Aufgabe gestellt, das West- und das Nordufer des Gotthardteiches umzugestalten. Während das Nordufer, parallel zur Dr.-Wilhelm-Külz-Straße gelegen, ein reiner Fußgängerweg ist, hatte das Westufer mit einigen Kleintiergehegen bereits einen gewissen Anziehungswert für die Bevölkerung.
Diese Anlagen waren aber willkürlich entstanden und hatten nicht den gestalterischen Reiz, der einer im Zentrum der Stadt gelegenen Anlage zukommt.
Die keilförmige Fläche zwischen Ufer und dem Reichsbahndamm wird im Norden von einem Hügel begrenzt, der aus Resterdstoffen beim Bau des Bahndammes entstanden war.
Durch den teilweisen Abtrag dieses Hügels an der Nordwest-Ecke des Teiches war von der städtebaulichen Einordnung her ein idealer Standort für einen runden Baukörper gegeben. Gleichzeitig sollte nach den ersten Gestaltungsgedanken die nach Süden sich verengende Fläche durch das Gestaltungsprinzip des „fließenden Raumes", durch eine „gebaute" Gestaltung funktionell interessant gemacht werden und dem in den nächsten Jahren am gegenüberliegenden Ufer entstehenden Zentralen Platz (das Lenin-Denkmal als Bestandteil des Platzes wurde im Jahre 1971 bereits errichtet) ein optisches Gegenüber geboten werden.

Pavillon – Funktion, Konstruktion und Gestaltung

Das Objekt besteht aus einem runden Kern mit einem Innendurchmesser von acht Metern. Auf diesem Kern liegen Deltaschalen auf. Diese Deltaschalen sind an der Außenseite auf Stahlbeton-Fertigteilstützen aufgelagert.
Der innere Kern, dessen Eingang an der Nordseite angeordnet wurde, beinhaltet das Planetarium mit einer Platzkapazität von 55 Plätzen.
Um den Kern herum gruppieren sich der Gastraum und die Wirtschaftsräume der Milch- und Eisbar.
Planetarium und Milchbar haben einen gemeinsamen Haupteingang, von dem aus der Gastraum an der Ostseite und die Garderobe und Toiletten an der Westseite zu erreichen sind.
Der Gastraum hat einen zweiten Zugang an der Südseite des Gebäudes von der Terrasse aus. Zwischen diesem Nebeneingang und den Toiletten befinden sich der Personalraum, die Personaltoilette, die Küche und der Produktionsraum für Eis, ein Lagerraum, die Spülküche und das Büro.
Der innere Kern ist unterkellert. Der Keller wird vom Wirtschaftsteil aus erschlossen und beinhaltet den Heizanschluß, die Aggregate für Be- und Entlüftung, die Kühlaggregate für die Eisproduktion und den Hausanschluß für Elektroanlagen. Die exponierte Lage dieses Gebäudes zum Stadtzentrum und die durch die Verwendung von Deltaschalen geschaffene Charakteristik des Baukörpers ermöglichten es, das Konstruktionsprinzip auch zum Gestaltungsprinzip zu machen. So wurde der innere Kern sehr massiv gehalten und durch Kunststeinlamellen gegliedert, die Außenstützen des Gebäudes so klein wie möglich dimensioniert und die Schalen stark nach innen geneigt eingebaut.
Eine wirksame Außenbeleuchtung des Gebäudes in den Abendstunden unterstützt diese Gestaltungsgrundsätze.
Der Kern ist auf einer Stahlbetonplatte gegründet. Die Stützen sind in Hülsenfundamente eingespannt. Der Kern ist monolithisch ausgeführt. Stützen, Delta-HP-Schalen und die Lamellen am Kern



5



6

7



sind als Fertigteile montiert. Die Zwischenwände sind gemauert. Die Vordächer sind örtlich betoniert. Die Decke und die Dachdecke sind ebenfalls in Stahlbeton ausgeführt.

Die Innenausstattung wird ebenfalls von der Strukturform des gesamten Gebäudes bestimmt. Die bewußte Radialwirkung der Konstruktion ist auch innen ablesbar. Die Gestaltung der Fenster als Verbundfenster unterstützt mit ihrer jeweils zwischen den Außenstützen nach innen eingewinkelten Form die architektonische Struktur, garantiert von innen einen spiegelungsfreien Ausblick und reduziert die Überschneidungen beim Durchblick. Von außen erhält das Gebäude durch die differenzierte Staffelung der Fenster eine kristalline Lichtspiegelung, die die Plastizität des Gebäudes wesentlich unterstützt.

Die beiden Vordächer sind auch innen ablesbar in die Konstruktion eingeschoben und vermitteln leicht nach innen abfallend mit der Krümmung der Dachvorderkante, die der Rundung des Gebäudes mit gleichem Radius entgegengesetzt gekrümmt ist, ein einladendes Moment.

Die Haupteingangssituation wird durch das weit ausladende Vordach und durch die Gestaltung der Eingangstür zum Planetarium bestimmt. Hier ist das Sonnensystem in ornamental-symbolischer Form dargestellt. Die Symbole für die Planeten und für die Tierkreiszeichen sind in Blattgold ausgelegt. Die Farbskala reicht von Gelb über Orange und Rot bis zum tiefen Schwarz-blau. Diese Arbeit wurde von H. Heise, Halle-Neustadt, entworfen und in Ei-Tempera und Blattgold mit Lacküberzug gefertigt. Nach den Beobachtungen wirkt diese Gestaltung nicht nur einstimmend auf das Erlebnis Planetarium, sondern wirkt ebenso auf die Besucher der gastronomischen Einrichtung.

Die runden Tische der Milch- und Eisbar sind fest eingebaut. Die Korbgeflechtstühle haben blau und rot bezogene Schaumgummi-Polster. Der Tresen ist in hellem Holz furniert und mit weißem Sprelacart belegt. Die Unterschicht der HP-Schalen ist sandsteingrau gestrichen. Die Leuchten sind in Gegenrichtung zu den nach außen ansteigenden Dachschalen gehängt, um zusammen mit dem indirekt angeleuchteten violetten Vorhang, der in 3,10 m Höhe (Auflagerhöhe der Schalen 5 m) ange-

bracht ist, in den Abendstunden dem am Tage auf Sicht nach außen orientierten Raum eine intime Wirkung zu geben.

Der Fußboden ist mit geschliffenem Kalksandstein ausgelegt. Sämtliche Holzteile an Fenstern und Türen sind naturlasiert. Der Innenraum des Planetariums ist mit einer Rabitz-Halbkugel (Durchmesser: 8 Meter) überspannt. An der Horizontlinie ist die Stadtsilhouette angebracht. Unterhalb der Silhouette ist die Wand akustisch absorbierend ausgekleidet.

Die Außenstützen haben einen weißen Anstrich, ebenso wie die als horizontale Gliederung wirkenden Verkleidungen des Lichtbandes.

Sitzterrassen mit Volieren

Die langgezogene Horizontale der vorderen Begrenzung der Pergolen steht in Korrespondenz mit den feingliedrig aufstrebenden Stützen des Pavillons, der charakteristischen Traufform der HP-Schalen und der darüber liegenden Wiederholung der Stützenstruktur der Lamellen. Unterstützt durch die Führung der Terrassenmauer und der gestaffelt angeordneten Wände der Sitzterrasse ist damit ein funktionell und ästhetisch zusammenwirkendes Ensemble entstanden.

Die Abgrenzung der Sitzterrassen zum dicht begrünten Hang des Bahndammes geschieht durch drei parallel gestaffelte Mauern, die teilweise durch Durchbruchrelief-Teile unterbrochen sind. An den Überschneidungen dieser Wände sind rechtwinklig zu diesen jeweils Doppelwände gestellt, zwischen denen sich die Wetterschutzräume für die Vögel und die Eintrittsschleuse zum Betreten der südlich diesen Wänden vorgelagerten Volieren befinden.

Durch die Staffelung der Wände und die rechtwinklige Zuordnung der Funktionselemente entstehen zusammen mit den stark plastischen, durch die Lichteinwirkung sich ständig verändernden Strukturelementen den schmalen Grünraum zwischen Bahndamm und Ufer perspektivisch vergrößernde Durchblicke, die auf kleiner Fläche ein interessantes Erlebnis vermitteln.

Die Stahlbetonbalken der Pergola sind rechtwinklig zu den Rückwänden und im Bereich der Überschneidung der Wände parallel zu diesen angeordnet. Damit entsteht auch hier eine optisch interessante Wirkung.

Am nördlichen Ende der Terrasse sind die Doppelwände auseinandergezogen, um einen Futter- und Wartungsraum für die Vögel und den Elektroanschluß- und Schaltraum für das Wasserspiel auf dem Gotthardteich, das zum Gestaltungsprogramm dazugehört, unterzubringen.

Die gestaffelten Wände sind mit roten, geschliffenen Vorsatzplatten verkleidet, die Strukturelemente sind schalungsrauh versetzt, die Wände an den Volieren haben einen sehr rauhen ockerfarbigen Waschputz erhalten, die Stützen sind graugrün dunkel gestrichen und alle Betonbalken der Pergola haben einen weißen Anstrich.

Das Gebäude für Schalt- und Futterraum ist zwischen den ockerfarbenen Giebelwänden in dunkelrotem Farbton gehalten. Das gesamte Ensemble wurde aufgrund der speziellen städtebaulichen Situation und der Funktionsvorgabe völlig neu projektiert.

Der Pavillon wurde vom VEB Betonbaukombinat Halle, Sitz Merseburg, als Wiederverwendungsprojekt in den Angebotskatalog aufgenommen und im Rahmen des Uni-HP-Schalen-Systems publiziert.



8



9

10



5
Südansicht des Pavillons

6
Milch- und Eisbar im Pavillon

7
Sitzterrasse mit Durchbruch-Reliefwand und Pergola. Blick auf Neubauten im Zentrum

8
Sitzterrasse mit Volieren

9
Detail der Durchbruch-Reliefwand

10
Eingangstür zum Planetarium.
Gestaltung: Hannelore Heise, Halle-Neustadt







Rekonstruktion des Kursker Bahnhofs in Moskau

Entwurf: Architekten G. Woloschinow, W. Jewstignew, N. Patschenko

Die starke Entwicklung des Eisenbahnverkehrs erforderte die Rekonstruktion und Erweiterung eines der größten Bahnhöfe in der Sowjetunion. Nach seiner Rekonstruktion werden den Kursker Bahnhof täglich 150 000 Reisende und 550 000 Menschen im städtischen Nahverkehr benutzen.

An das vorhandene Gebäude wurde ein Trakt mit 230 000 m³ Kubatur angebaut, der vorwiegend für Aufenthaltsräume der Passagiere bestimmt ist. Im Untergeschoß befindet sich die Gepäckaufbewahrung, vom Untergeschoß aus sind die Bahnsteige über Fußgängertunnel zu erreichen.

Der Anbau ist mit 45 m langen Trapezfalten abgedeckt, die Spannweite beträgt 27 m.

(Aus „Architektura SSSR", Heft 2 73)

1 Hauptansicht

2 Schnitt 1 : 1000

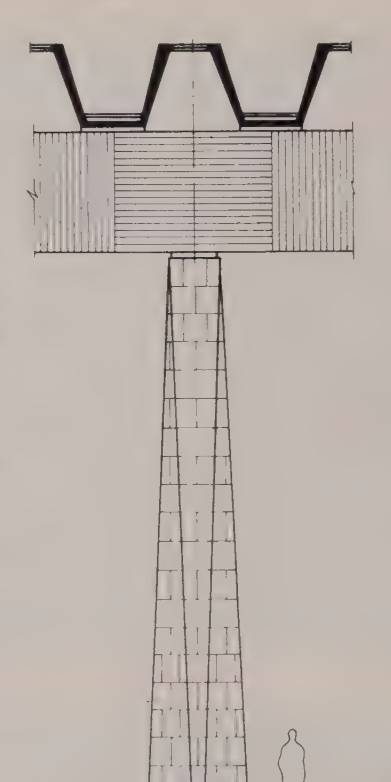
3 Blick in den großen Aufenthaltsraum

4 Längsschnitt 1 : 125

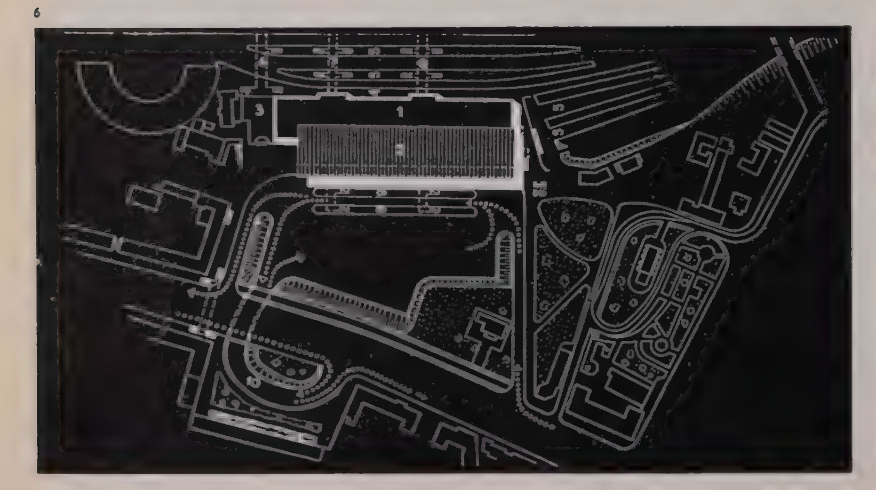
5 Fassadendetail

6 Lageplan
1 Rekonstruiertes altes Gebäude
2 Anbau
3 Metrostation
4 Fernverkehrsbahnsteige
5 Städtische Nahverkehrsbahnsteige
6 bis 8 Fußgängertunnel
9 Busbahnsteige
10 Geplante Autoabfahrt

7 Blick gegen die rekonstruierte Kassenfront











1

Untergrundbahn für Sofia

Entwurf: Architekt D. Muschew, Sofprojekt

Der Ministerrat der Volksrepublik Bulgarien hat die von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von Dipl.-Ing. Tschutschkow entwickelte Metro für Sofia bestätigt. Über 60 Fachleute haben an diesem Entwurf mitgearbeitet, Spezialisten, die sowohl theoretisch als auch praktisch mit den spezifischen Problemen des U-Bahn-Baus in der Sowjetunion, in Brüssel, Budapest und in einigen anderen Ländern sehr gut vertraut sind. Bei der Projektierung und beim Bau wurden die Erfahrungen der Moskauer Metro-Erbauer als die für bulgarische Bedingungen am geeignetesten erachtet.

In ihren Entwürfen haben die Projektanten als Lösung für den Massenverkehr eine Stadt-U-Bahn neuen Typs gefunden, die erhöhte Parameter für Geschwindigkeit und Fassungsvermögen aufweist. Gegenwärtig befördert die Straßenbahn in einer Stunde bei einer Geschwindigkeit von 13 bis 14 km/h (7 bis 8 km/h in den Spitzenzeiten) 16 000 Fahrgäste. In der Perspektive werden im Jahr 2000 in der gleichen Zeit etwa 30 000 Personen in einer Richtung befördert. Die projektierte Metro wird eine Beförderungskapazität von ungefähr 50 000 Personen in einer Stunde und in einer Richtung sowie eine durchschnittliche Verkehrsgeschwindigkeit von 38 bis 40 km/h aufweisen und eine eigene Streckenführung haben. Nach ihrer endgültigen Fertigstellung wird die Metro eine Gesamtstrecke von nahezu 100 km befahren. Die erste Bauetappe wird in der West-Ost-Richtung verlaufen und eine Strecke von 21,5 km umfassen. Der Abstand zwischen den einzelnen Stationen wird durchschnittlich 800 m, mindestens aber 520 m betragen. Die Bahnsteige sollen eine Länge von 120 m haben oder für 6 Wagen ausgelegt sein, und jeder Wagen soll 176 Fahrgäste befördern. Die eigentlichen Bahnsteige befinden sich auf der gleichen Höhe wie die Wagen und gestatten ein bequemes Ein- und Aussteigen.

Auch zur Gestaltung der künftigen Metro-Stationen vertreten bereits die Architekten vom Planungs- und Projektierungsinstitut „Sofprojekt" die Auffassung, daß die Metro-Stationen architektonisch anders gestaltet sein sollten als die bisher üblichen.

Die Skizzen von Architekt Detelin Muschew, dem Leiter der Entwurfsabteilung für dieses Projekt, zeigen, daß die Stationen im Zentrum Sofias auf Grund des kulturhistorischen Wertes der archäologisch reichhaltigen Bodenschichten auf besondere Art und Weise gestaltet werden müssen. Sie werden eher Ausstellungssälen ähneln, wo durch Brücken, Stege und besondere Beleuchtung die einzigartigen Denkmäler von mittelalterlichen Ruinen zu sehen sind, und darunter kann man die Schichten des Sofia aus der Zeit der Römer ablesen.

Dort, wo die Möglichkeit besteht, bleiben Mosaik-Fußböden sichtbar und vollständig erhalten, ja es kann sogar sein, daß in dieser Tiefe noch Fragmente der thrakischen Kultur oder gar des Paläolithikum gefunden werden.

Alle diese Ruinen, die von Leuchtpilzen angestrahlt werden, und die Stützpfeiler-Gewölbe im Raster von 20 m × 20 m vermitteln dem Besucher eine typische Atmosphäre. Auf den freien Flächen oder den Luftbrücken werden Cafés, Zeitungskioske, Souvenirläden und andere kleine Geschäfte eingerichtet. An besonderen Ständen werden alte Münzen, geschmiedete Kupfergefäße — Nachbildungen mittelalterlicher Originale — sowie Gewebe und Trachten der bulgarischen Volkskunst angeboten.

Der Raum wird die Menschen der modernen Großstadt aufnehmen, wird in einem mit allen technischen Finessen ausgestatteten Gewölbe untergebracht sein, das einer unterirdischen Burg ähnlich scheint; er wird dazu beitragen, daß die Sofioter diese Schönheiten genießen.

Auf einem gesonderten Platz zwischen dem Lenin-Denkmal und Haus der Partei kann man von den beiden schon vorhandenen sowie einigen im Norden und Westen geplanten Fußgängertunneln aus zu zwei „doppelstöckigen"-Metrostationen mit je zwei Bahnsteigen gelangen. Ein charakteristisches Merkmal wird sein, daß die Vorhalle der Metro-Station mit Bahnsteigen auf Höhe 9,50 m in ein Museum mit Exponaten von archäologischen Denkmälern übergeht.

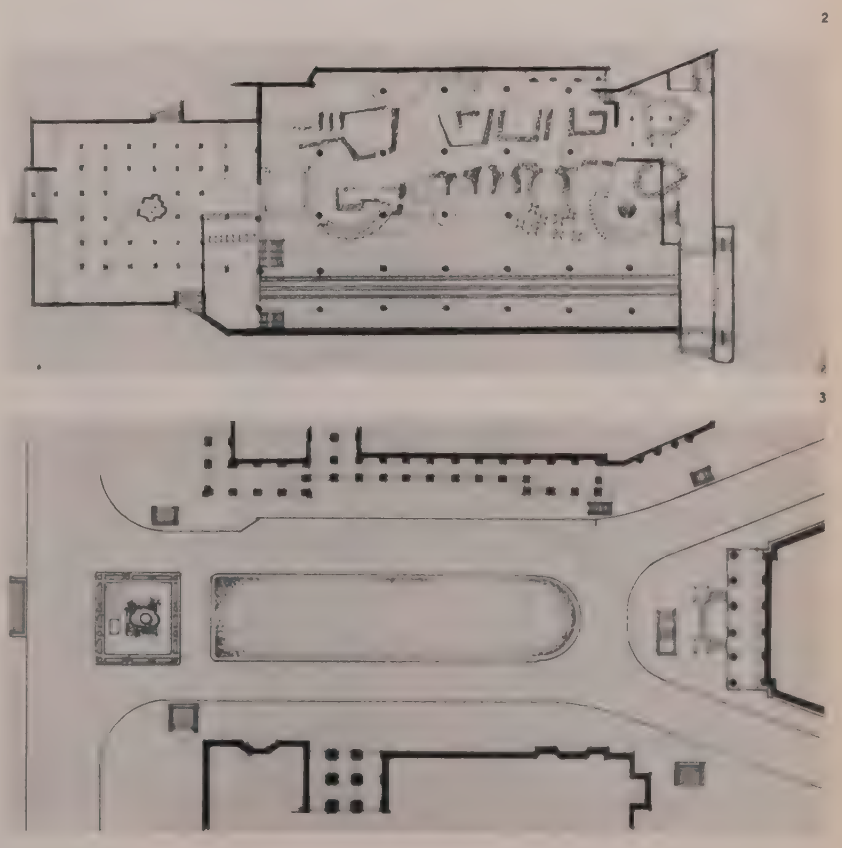
N. Hadshiewa

1 Zentrumsbahnhof der Sofioter Metro

2 Untergeschoß

3 Erdgeschoß

2



3

1

Neue Gebäude am alten Arpad

Im Generalplan von Moskau spielt die Rekonstruktion des Zentrums eine wesentliche Rolle. Der historische Teil der Hauptstadt soll seinen unverwechselbaren Charakter nicht verlieren. Das erforderte, daß für jeden Stadtbezirk spezifische Lösungen gefunden werden mußten. Im Gebiet zwischen Starokonsche und Majakowskistraße wurden für den Wohnungsbau individuelle Projekte erarbeitet.
Die getypten Wohnungsgrundrisse (Block-Wohnungen) können in vielfältiger Weise gruppiert werden und sind so die Voraussetzung für interessante städtebauliche Ensembles.
Die Wohnungsgrundrisse bauen sich aus zwei Segmenten auf, einem Wohnzimmer mit Flur und Küche und einem Schlafzimmerteil mit Bad.
(Aus „Stroitjelstwo i Architektura Moskwy", Heft 11 1972)

Architekten A. Schapiro und J. Swiridowa

1 Perspektive

2 Einbettzimmer 1 : 250

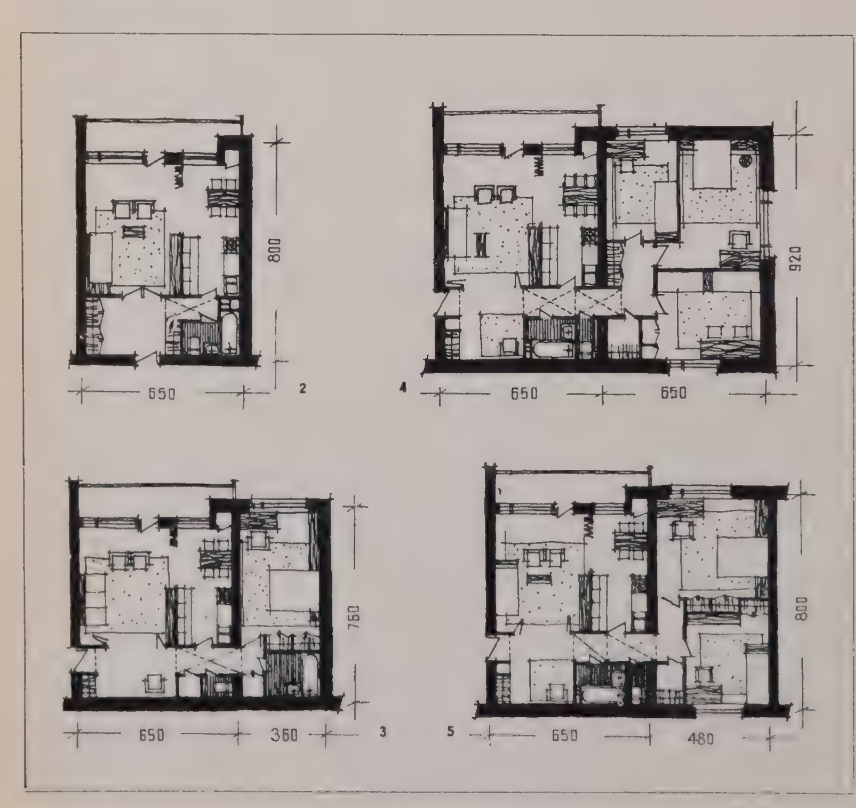
3 Zweibettzimmer 1 : 250

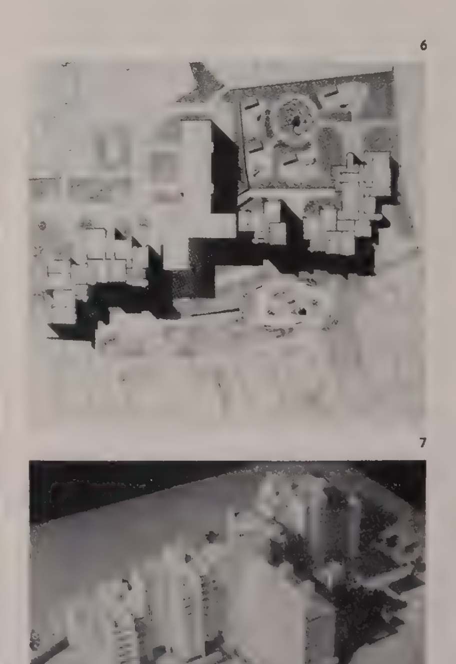
4 Vierbettzimmer 1 : 250

5 Dreibettzimmer 1 : 250

6 Lageplan

7 Modellfoto




6
7

Nyhavn Hotel in Kopenhagen

Entwurf (Umbau und Restaurierung):
Architekten Flemming Hertz und
Ole Ramsgaard Thomsen

1

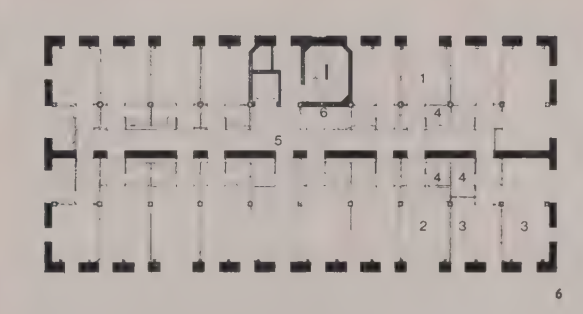




5

2



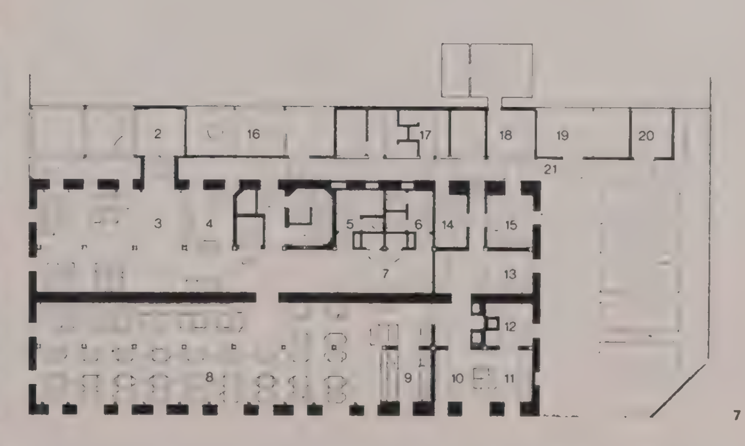


6

1 Foyer und Rezeption
2 Blick in ein Hotelzimmer
3 Grill im Restaurant
4 Hotelrestaurant
5 Ansicht

3





7

4



Das im Jahre 1805 errichtete Lagergebäude, das unter Denkmalschutz steht, wurde 1970 bis 1971 in ein Hotel mit 80 Zimmern (140 Betten) umgebaut. Die Zimmer liegen in den vier Obergeschossen und zwei Dachgeschossen. Hotelrestaurant (100 Plätze), Rezeption und Foyer sind im Erdgeschoß angeordnet. Die bestehende tragende Konstruktion (Holzbalken und -stützen) wurde lediglich sandgestrahlt, bleibt in allen Räumen sichtbar und verleiht dem Hotel seinen eigenartigen Reiz. Neu verputzt sind nur die Deckenfelder zwischen den Balken. Brand- und Schallschutzmaßnahmen am Fußbodenaufbau waren aber erforderlich.
Das Äußere des Gebäudes blieb erhalten, die ursprünglichen Öffnungen belassen.

(Aus „Arckitektur" 9, 1972)

6 Normalgeschoß 1 : 400

1 Einbettzimmer
2 Zweibettzimmer
3 Suite
4 Sanitärzelle
5 Flur
6 Etagenservice

7 Erdgeschoß 1 : 400

1 Haupteingang
2 Windfang
3 Foyer
4 Rezeption
5 6 Toilette
7 Garderobe
8 Restaurant
9 Grill
10 Warme Küche
11 Kalte Küche
12 Schwarzspüle
13 Weißspüle
14 Gemüsevorbereitung
15 Fleischvorbereitung
16 Warmwasserversorgung
17 Personalaufenthaltsraum
18 Warenannahme
19 Lüftungszentrale
20 Trafo
21 Abfallrückführung

Stadtzentrum von Andover

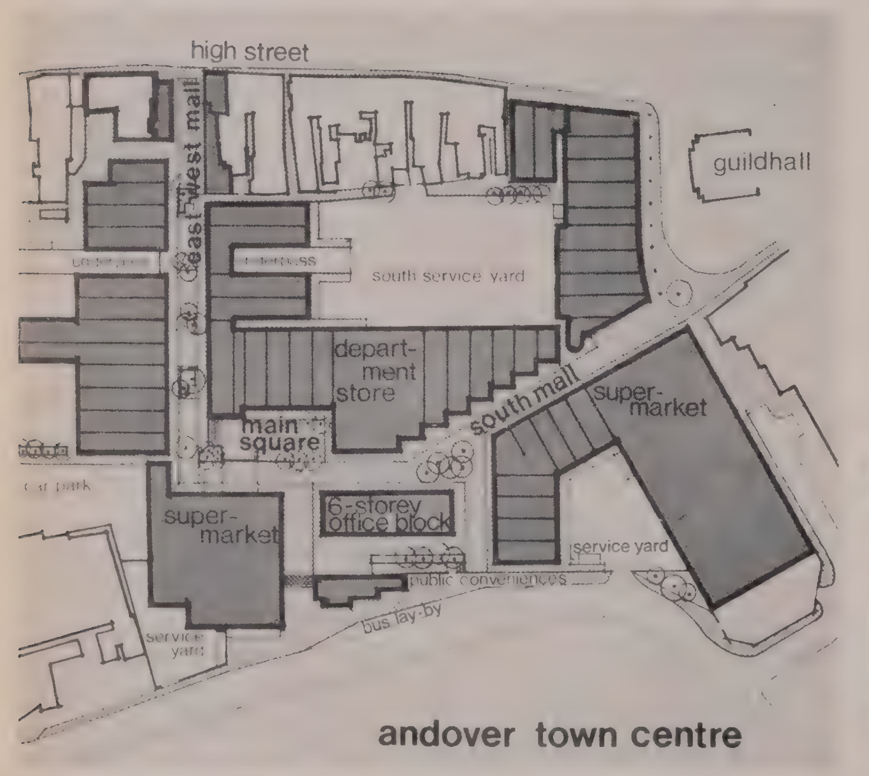


1

Entwurf: Architekten R. Walters, H. Benett, N. Englebach

Andover, eine Vorstadt von London mit gegenwärtig 25 500 Einwohnern, hat ein neues Stadtzentrum erhalten, da zu erwarten ist, daß sich bis 1980 die Einwohnerzahl verdoppeln wird. 6000 Neubauwohnungen werden errichtet, 2000 sind bereits gebaut.

Das Stadtzentrum von Andover ist z. Z. das einzige in Großbritannien, das mit öffentlichen Mitteln finanziert wurde. Es wurde vorwiegend zweigeschossig errichtet; in den mehrgeschossigen Gebäuden sind zumeist Büros untergebracht. Eine Stadthalle, Geschäfte, eine Bibliothek und andere gesellschaftliche Einrichtungen sind von dem großzügig angelegten Fußgängerbereich günstig zu erreichen. Hervorzuheben ist der angenehme städtebauliche Maßstab; die neuen Gebäude fügen sich harmonisch in die alte Bebauung ein. Die Anlage eines großen Parkplatzes ist für die nächsten Bauetappen vorgesehen.



2

1 Südseite des Hauptplatzes

2 Lageplan

3 Blick auf den Hauptplatz

4 Fußgängerzone East-west-mall

5 Biergarten Angels Inn

6 Einkaufsstraße im Zentrum



5



3



4



6

Architektenporträt





Josef Kaiser

Im Jahre 1972 wurde Professor Dipl.-Ing. Josef Kaiser im Rahmen einer würdig gestalteten Feierstunde die Emeritierungsurkunde mit der Abberufung von seinen Pflichten als ordentlicher Professor für Allgemeinen Hochbau der Hochschule für Architektur und Bauwesen überreicht. Sein Ausscheiden aus dem Wirkungskreis und aus den Verpflichtungen einer mit großem Idealismus ausgeübten Arbeit gibt Veranlassung, seine jahrelange erfolgreiche Tätigkeit als Architekt, Städtebauer und Hochschullehrer zu würdigen.

Prof. Dipl.-Ing. Kaiser wurde am 1. Mai 1910 in Celje Jugoslawien geboren und diplomierte 1935 an der Technischen Hochschule Prag. Seine berufliche Tätigkeit war über Jahrzehnte mit der Lösung bedeutender Aufgaben der Architektur und des Städtebaus und in den letzten Jahren mit der Weiterbildung leitender Architekten der DDR am Weiterbildungsinstitut der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar verbunden.

In seinen erfolgreichsten schöpferischen Jahren wurde Prof. Kaiser vor neue, große und schöne Aufgaben gestellt, die sich aus den tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen beim Aufbau des Sozialismus in unserer Republik ergaben.

Diese Aufgaben erforderten ständigen Einsatz bei voller Ausprägung seiner schöpferischen Persönlichkeit und Bewährung seines fachlichen Könnens.

Sein beruflicher Werdegang ist unter anderem gekennzeichnet durch Forschungsarbeit auf dem Gebiet der Typisierung und Standardisierung in der Grundrißplanung des Wohnungsbaus, durch Industrieprojektierungen mit der Entwicklung vorgefertigter Montagebauweisen und durch das Streben nach einer Synthese von Städtebau, Architektur und bildender Kunst in seinen Projekten.

Prof. Dipl.-Ing. Kaiser zählt zu den Schrittmachern einer sozialistischen Architektur unserer Republik und ist auf Grund seiner Leistungen ein über die Grenzen der DDR hinaus anerkannter Architekt.

Unter seiner verantwortlichen Leitung bewährter Architektenkollektive, durch seine schöpferische Mitarbeit und durch hervorragende Einzelleistungen von der Planung und Projektierung bis zur Fertigstellung von Bauten und städtebaulichen Ensembles sind bedeutsame progressive Leistungen des Städtebaues und der Architektur erreicht worden:

- der Wohnkomplex II der ersten sozialistischen Stadt der DDR – Eisenhüttenstadt,
- die Umstellung der Wohngebäudetypen von Längs- auf Querwandsystem mit entsprechenden Grundrißbearbeitungen für eine industrielle Fertigung,
- die Erstentwicklung von 10- und 17geschossigen Wohngebäuden in 5 mp-Plattenbauweise,
- das Filmtheater „Kosmos",
- die Bauten der Karl-Marx-Allee vom Straußberger Platz bis zum Alexanderplatz, wie Hotel Berolina, Gaststätte Moskau, Filmtheater International und mehrere Ladenbauten,
- der Umbau der Werner-Seelenbinder-Halle für den VII. Parteitag der SED,
- das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR als Erstentwicklung der 5 mp-Stahlbeton-Skelettbauweise in der DDR,
- das Warenhaus am Alexanderplatz u. a. m.

Ausgehend von der gesellschaftlichen Aufgabenstellung und der Erkenntnis der engen Verknüpfung gesellschaftlicher und fachlicher Notwendigkeiten wuchsen seine Erfolge im architektonischen Schaffen. Seine langjährige verdienstvolle Tätigkeit fand ihre Würdigung in hohen und höchsten Auszeichnungen, wobei besonders der Nationalpreis 2. Klasse für Kunst und Wissenschaft hervorgehoben sei.

Die fachliche Tätigkeit von Prof. Kaiser war eng verbunden mit einer umfangreichen gesellschaftlichen Arbeit im Bundesvorstand des BdA DDR, als korrespondierendes Mitglied der Bauakademie der DDR, in der Sektion Internationale Arbeit und in der Sektion Hochbau der Bauakademie der DDR sowie im Vorstand des Klubs der Kulturschaffenden Berlin.

Seine aufrichtige Verbundenheit zur Deutschen Demokratischen Republik, seine humanistische Bildung, seine vielseitig bewährte fachliche und musisch-künstlerische Begabung sowie seine Zielstrebigkeit in der Durchdringung theoretischer Probleme führten zu seiner Berufung als ordentlicher Professor für Allgemeinen Hochbau an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar.

Reiche Erfahrungen als Leiter von Kollektiven vorrangig in der Projektierungspraxis wie auch in der Forschungsarbeit gaben ihm für die Arbeit am WBI ein breites und solides Fundament.

Im Weiterbildungsinstitut für Städtebau und Architektur übernahm Prof. Dipl.-Ing. Kaiser den Aufbau des Fachbereiches III – Leitung der Projektierung und sozialistische Architekturentwicklung – und trug von 1969 bis 1971 als Hochschullehrer insbesondere mit Vorlesungen über „Theorie und Praxis architektonischer Gestaltung" zur Qualifizierung leitender Architekten unserer Republik bei.

Bis zum 11. Grundlehrgang der Weiterbildungslehrgänge für leitende Architekten in Städtebau und Architektur war Prof. Kaiser verantwortlich für den Lehrkomplex „Wohnungsbau und Industriebau".

Schöpferische gesellschaftliche und fachliche Tätigkeit für die Entwicklung der sozialistischen Ordnung und die Stärkung unserer Republik, die daraus gewonnenen Erkenntnisse für die großen gesellschaftspolitischen Zusammenhänge, reiche Erfahrungen und Spezialkenntnisse im Fachgebiet sowie eine enge Verbindung von Forschung, Lehre und Praxis – das alles charakterisiert das Wirken des verdienstvollen Architekten und Hochschullehrers Josef Kaiser.

Seine reiche schöpferische Tätigkeit, sein steter Einsatz, sein erfolgreiches Wirken und seine hervorzuhebenden Leistungen finden durch die vom Minister für Hoch- und Fachschulwesen ausgesprochene Emeritierung und die vom Rektor der Hochschule für Architektur und Bauwesen überreichte Hochschulplakette für besondere Verdienste als Hochschullehrer volle Anerkennung.

Dipl.-Ing. H. Schultz
Weiterbildungsinstitut für
Städtebau und Architektur Weimar



1 Warenhaus „CENTRUM" am Alexanderplatz in Berlin
(in Zusammenarbeit mit Architekt Kuhnert)

2 Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten am Marx-Engels-Platz in Berlin

3 Kino „International" in der Berliner Karl-Marx-Allee



Die „Charta von Wien" oder der Ruf nach einer heilen Umwelt für eine kranke Gesellschaft

Dr. Gerhard Krenz

Schon seit längerer Zeit ist zu beobachten, daß sich besorgte und ernstzunehmende Stimmen mehren, die die Krise der städtischen Umwelt in den kapitalistischen Ländern oder zumindest deren Erscheinungsformen kritisch beleuchten und nach Auswegen suchen.

Sowohl in der Einschätzung der Probleme, in der Analyse der Ursachen als auch in den Schlußfolgerungen weichen solche Stimmen natürlich sehr weit voneinander ab, je nachdem, von welcher ideologischen Position sie ausgehen.

Zu den zahlreichen Deklarationen zur Rettung der urbanen Umwelt ist jetzt eine weitere dazugekommen, die allerdings von ihrem Autoren gleich einen so außergewöhnlich anspruchsvollen Titel erhalten hat, daß man glaubt, hohe Erwartungen stellen zu können.

Der Titel der 29 Manuskriptseiten umfassenden Schrift ist „Die Charta von Wien". Ihr Autor ist Victor Gruen, der Chef der „Victor Gruen Foundation for Environmental Planning" in Los Angeles und deren europäischer Zweigstelle, des „Zentrums für Umweltplanung" in Wien.

Victor Gruen, als Planer und Autor zahlreicher Publikationen über Probleme der Umweltgestaltung international bekannt geworden, schreibt in der Zusammenfassung der „Charta von Wien": „Die Charta stellt einen Versuch dar, die Probleme der städtischen Gesellschaft unserer Zeit und ihrer Organisationen darzustellen und Richtlinien und Leitbilder für Lösungen anzuführen."

Dieser an sich begrüßenswerte Versuch wird aber gleich so hoch gestochen, weil, wie der Autor sagt, „die neue Charta eine Weiterführung der 'Chartre d'Athenes'" darstellen soll.

Die Charta von Athen, deren geistiger Inspirator Le Corbusier war und die 1933 vom CIAM herausgegeben wurde, hat nicht nur auf die Entwicklung des modernen Städtebaus über Jahrzehnte hinaus einen ungewöhnlichen Einfluß ausgeübt. Sie war auch in der Zeit ihres Entstehens als ein progressives Dokument zu werten, das die Mißstände der kapitalistischen Städte, von denen vor allem das Proletariat betroffen wurde, erkannte und forderte: „Stadtplanungsdenken muß immer auf menschlichen Bedürfnissen und auf menschlichem Maßstab basieren."

Die Charta von Athen war in vieler Hinsicht außerordentlich weitblickend. Manche ihrer Thesen, wie die Forderung nach einer Trennung der Verkehrsflächen von anderen Bereichen, haben sogar im Laufe der Zeit zunehmende Bedeutung erlangt. Zweifellos haben aber andere Thesen ihre Aktualität verloren oder sogar zu Fehlentwicklungen im Städtebau geführt. Dazu ist zum Beispiel die Forderung nach einer Trennung städtischer Funktionen zu zählen, die zu einer der Ursachen der heutigen Verkehrsprobleme in vielen großen Städten wurde.

Seit der Charta von Athen sind genau 40 Jahre vergangen. Deshalb scheint es an der Zeit zu sein, neue richtungsweisende Ideen für den Städtebauer der Zukunft herauszuarbeiten und zur Diskussion zu stellen. Jeder Beitrag, der dazu geliefert wird, verdient ernstgenommen zu werden, wenn er dem Charakter unserer Epoche Rechnung trägt.

Prüfen wir also völlig unvoreingenommen, ob die „Charta von Wien" dem hohen Anspruch, die Charta von Athen weiterzuführen, gerecht wird.

Die „grundlegenden Thesen"

Victor Gruens „Charta von Wien" umfaßt neben einer Einleitung und einer Zusammenfassung sieben Kapitel.

Im Vorwort geht der Autor auf die Charta von Athen ein, hebt ihre Bedeutung hervor und versucht, auch ihre Grenzen darzustellen, um daran die Notwendigkeit neuer Zielsetzungen abzuleiten. So stellt er fest, daß in der heutigen Zeit durch Überschallflug und moderne Kommunikationsmittel die Entfernungen zusammengeschrumpft sind und sich das geographische Ausmaß der urbanen Probleme dementsprechend ausgeweitet hat.

Während sich die Charta von Athen vorwiegend auf die Analyse europäischer Städte stützte, sei eine Überbetonung europäischer Erfahrungen heute nicht mehr zu akzeptieren. Die unterschiedlichen Bedingungen in den verschiedenen Teilen der Welt ließen es unmöglich erscheinen, einheitliche Richtlinien für die Zukunft zu entwickeln. Die neue Charta versuche deshalb, „nur jene philosophischen Gedanken festzulegen, die einer Diskussion und Übereinstimmung bedürfen, wenn wir eine tragfähige Grundlage der urbanen Planung für die voraussehbare Zukunft erarbeiten wollen."

Dazu stellt Victor Gruen im Abschnitt I „grundlegende Thesen" auf, die hier im Wortlaut wiedergegeben werden sollen. Sie lauten:

„A. Im Mittelpunkt aller Planung und Architektur steht der Mensch!

B. Das erste Ziel der Planung und Architektur muß deshalb die Erfüllung menschlicher Bedürfnisse und menschlicher Hoffnungen sein.

C. Die Errungenschaften von Wissenschaft und Technologie sollen herangezogen werden, um das gesetzte Ziel – eine höhere Erfüllung menschlichen Lebens – zu erreichen.

D. Es gilt, Wissenschaft und Technik nicht zum Selbstzweck werden zu lassen. Sie dürfen die Menschheit weder unterdrücken noch tyrannisieren.

Das klingt doch gut. Das sind Forderungen, die uns vertraut erscheinen und in zumindest ähnlicher Weise auch schon bei uns formuliert wurden, die vor allem aber auch heute auf der Grundlage der vom VIII. Parteitag der SED gesteckten Hauptaufgabe in der DDR realisiert werden.

Wirtschaftliches Wachstum und Qualität

Im Abschnitt II mit der Überschrift „Die globale Umweltkrise" warnt der Autor vor den Gefahren, denen heute die Umwelt ausgesetzt ist. Er schreibt darin unter anderem: „Wir sind heute imstande, Luft, Wasser und Land schneller zu verpesten, als die Natur sie wieder reinigen kann. Wir können Tiere und Pflanzen schneller verzehren, als sie sich vermehren können. Wir konsumieren Sauerstoff in einem größeren Ausmaß, als alle Gewässer und Wälder ihn ersetzen können."

Tatsächlich hat erst in unserer Zeit diese Problematik so ernstzunehmende Ausmaße angenommen, daß der Schutz der Umwelt und die Sicherung des ökologischen Gleichgewichts zu einem internationalen Problem geworden sind, an dem keine städtebauliche Zielsetzung vorbeigehen kann.

Sicher ist auch die allgemeine Feststellung Gruens richtig, daß nicht die Wissenschaft und Technik für die Probleme der Umwelt verantwortlich zu machen seien, „sondern ihre kurzsichtige und falsche Anwendung durch den Menschen." Wenn er aber fordert, die Rangordnung der Werte von „Wachstum und Quantität" auf „Humanismus und Qualität" umzustellen, so stellt er Begriffspaare gegenüber, die keineswegs einen Gegensatz darstellen brauchen, denn ohne wirtschaftliches Wachstum können viele dringende humanitäre Aufgaben überhaupt nicht gelöst werden. Das Problem besteht doch darin, wirtschaftliches Wachstum wirklich in den Dienst humanitärer Ziele zu stellen und dafür die notwendigen gesellschaftlichen Bedingungen zu schaffen.

Hier zeigt sich bereits, daß seine Erfahrungen mit Krisenerscheinungen in der kapitalistischen Welt einfach verallgemeinert und als globale Problematik dargestellt wurden.

Alles soll beim alten bleiben

Der Abschnitt III trägt die Überschrift „Die Bedürfnisse und Hoffnungen der Menschen". Da Gruen ja als Grundthese die Forderung aufstellt, die Bedürfnisse der Menschen zu erfüllen, ist man neugierig zu erfahren, welche Veränderungen in den Bedürfnissen und welche neuen Bedürfnisse, die auf die Architektur Einfluß haben, zu erwarten sind.

Statt dessen aber erfährt man: „Die Bedürfnisse und Hoffnungen des Menschen sind in seiner Biologie begründet, die sich in 80 000 Jahren kaum geändert hat."

Wenn dem so wäre, warum sollte sich dann in den nächsten 20, 30 Jahren etwas ändern? Und so kommt der Autor der neuen Charta auch zu dem Schluß: „Im Hinblick auf die Bedürfnisse und Hoffnungen der Menschheit sind also keinerlei Änderungen zu beobachten."

Gruen zählt aber dann auch die „grundlegenden menschlichen Bedürfnisse" auf: „Schutz vor feindlichen Naturgewalten, vor wilden Tieren und vor Krankheiten; Vorsorge für Nahrung, Wohnplatz und Gesundheit. Zusätzlich begehrt der Mensch individuelle Ausdrucksmöglichkeit, Vergnügen, Weitergabe des Lebens, sexuelle Befriedigung und Langlebigkeit."

Daß zum Beispiel das Bedürfnis der Menschen nach Bildung und Kultur, nach ge-

genseitiger Achtung und Liebe wächst, scheint dem Autor, vielleicht bedingt durch Beobachtungen seiner Umwelt, entgangen zu sein. Kein Wort auch davon, daß unter sozialistischen Bedingungen das schöpferische Tun des Menschen, die Arbeit, zu einem unentbehrlichen Bedürfnis wird. Kein Wunder, daß deshalb auch die Arbeitsumwelt fast völlig außerhalb der Betrachtungen der „neuen Charta" steht.

Es wird aber von einem „stark entwickelten Erwerbstrieb" gesprochen und davon, daß im „modernen Menschen der westlichen Zivilisation der überentwickelte Instinkt der Gewinnsucht stärker sei als der Überlebenstrieb."

Der ganze Abschnitt enthält nur Feststellungen, Behauptungen und ungerechtfertigte Verallgemeinerungen, aber keine Schlußfolgerungen, nicht eine einzige. Die großen gesellschaftlichen Prozesse, die in unserer Epoche die Welt verändern, bleiben bei Gruen außer Betracht.

Wer ist schuld an der „Anti-Stadt"

„Das Wesen der Urbanität" ist der Abschnitt IV überschrieben. Darin macht der Autor auf den bekannten Trend zur Verstädterung aufmerksam, der unvermindert anhält. Die Städte würden „durch Ausbreitung, Zerstreuung und Zersiedlung" weiter wachsen und weite Landschaftsgebiete zerstören. Es entstehe „ein neuer Bevölkerungstyp", der in einem Niemandsland lebe, das weder die Vorteile des offenen Landes noch die der Stadt bietet.

Das Wesen der Urbanität beruht nach Gruens Auffassung „auf dem Streben nach persönlicher Freiheit", dem die Stadt durch ein vielfältiges Angebot an Möglichkeiten Rechnung tragen müsse. Dieses Angebot werde aber wertlos, wenn seine Nutzung unzumutbare Opfer an Zeit, Nerven, Gesundheit und Sicherheit fordert.

Um die Urbanität in der städtischen Umwelt aufrechtzuerhalten, stellt er drei „Grundbedingungen":

„1. Kompaktheit
2. größtmögliche Integration aller menschlichen Funktionen
3. größtmögliche Trennung aller mechanischen und dienenden Funktionen von allen menschlichen Funktionen ..."

Solche Forderungen sind uns nicht neu. Sie sind in der DDR ebenso wie in anderen sozialistischen Ländern Bestandteil vieler städtebaulicher Planungen. Der Generalplan von Moskau ist geradezu ein Musterbeispiel dafür.

Aber während sich der sozialistische Städtebau keineswegs auf diese Forderungen beschränkt, sind sie offensichtlich unter kapitalistischen Bedingungen nicht oder nur partiell realisierbar. Das sagt Gruen, weil es nicht in seine „globale" Konzeption paßt, aber ein Schuldiger für die Misere im Städtebau muß gefunden werden, und er wird gefunden: „die Planungsbürokratie".

Ihr widmet der Autor den ganzen Abschnitt V. Gruen beklagt, daß „die Stadt in übergroße ‚Ghettos'" zerstückelt wird und die „Gesetzgebung" eine „soziale Separierung der gesamten städtischen Bevölkerung nach Klasse, Einkommen und ethischer Herkunft" fördert. Er kritisiert mit Recht die „krebsartige Ausbreitung der verbauten Gebiete", „die Vernichtung von Natur und Landschaft" und den „wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Zerfall der Stadtkerne."

Schuld an diesen Erscheinungen, die ja zum Beispiel haargenau auf die Städte in den USA zutreffen, ist aber nach Gruens Ansicht nicht etwa die Bodenspekulation oder die Kapitalverwertung. Schuld ist die „Planungsbürokratie".

Schlußfolgerung: „Das Arsenal der Planungsbürokratie zeugt die ‚Anti-Stadt'. Die Macht der Planungsbürokratie muß gebrochen werden." Das soll durch eine neue „Planungsphilosophie", die das öffentliche Gewissen aufrüttelt, erreicht werden. Hier wird nicht nur an den objektiven gesellschaftlichen Verhältnissen völlig vorbeigeredet. Das ist einfach eine Verschleierung der wirklichen Probleme, deren Ursache in den Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft zu suchen ist.

Rezepte für den „Wohlfahrtsstaat"

„Das Wesen der Architektur" heißt der VI. Abschnitt. Auch er beginnt mit einem Klagelied. Der Beruf des Architekten befinde sich in einem „chaotischen Zustand". Viele Architekten sehnten sich immer noch „nach dem idealen Klienten, der gewillt ist, Denkmäler bauen zu lassen". Die Zahl derartiger Klienten habe aber stark abgenommen und sei keine solide Basis für die Tätigkeit der Architekten. Die Architekten hätten es heute mit einem neuen Klienten zu tun, „mit der menschlichen Gesellschaft". Dem kann man eigentlich nur zustimmen. Es fragt sich nur, wie der Architekt für die ganze Gesellschaft wirken soll, wenn eben doch die wesentlichen Auftraggeber nicht Vertreter der Gesellschaft, sondern kapitalistische Großunternehmen sind, die nach ihren eigenen Maßstäben über die Umwelt verfügen.

Hier bleibt der Autor den Architekten die Antwort schuldig und begibt sich lieber zum Abschnitt VII: „Neue Möglichkeiten, Mittel und Wege".

Hier erfahren wir, daß die „Privatwirtschaft" „nur für die oberen Einkommensschichten entsprechenden Wohnraum schaffen" kann, das heißt für sich selbst. Deshalb soll der Wohnungsbau mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden.

Der ganze Abschnitt besteht eigentlich aus mehr oder weniger praktikablen Rezepten ohne logische Folge oder Wertigkeit.

Es werden unter anderem empfohlen

- der Bau von zwei- bis dreigeschossigen Wohneinheiten
- die Anwendung flexibler Innenwände in Wohnungen
- eine höhere Dichte (mindestens 200 bis 300 Personen pro Hektar)
- Separierung des Verkehrs von menschlichen Funktionen
- Fußgängerschutzgebiete, Fußgängerhilfsverkehrsmittel
- dreidimensionale Planung und Mehrzwecknutzung des Landes
- Absonderung der störenden Funktionen aus dem Stadtgebiet
- eine Hierarchie von multifunktionalen Zentren
- die historischen Städte als Beispiele zu betrachten
- die Erhaltung der Natur und die Begrenzung der städtischen Gebiete

Das sind alles Gedanken, die man wohl überlegen kann, aber die doch recht mager sind für den Anspruch, den der Autor selbst an seine Schrift stellt.

Victor Gruen – und das ist der Kern der Kritik – hat Überlegungen angestellt, die von einer Position ausgehen, die in keiner Weise der Realität in der heutigen Welt Rechnung trägt und ihn selbst in offensichtliche Widersprüche bringt.

Er kann nicht umhin festzustellen, daß sich in den Städten, von denen er spricht, nach wie vor eine soziale Separierung der Klassen herausbildet. Aber er verschweigt, daß dies nur für die Städte in den kapitalistischen Ländern zutrifft. Das muß er auch, da er ja in seiner Einleitung behauptet, der „Hochkapitalismus mit seinen krassen Gegensätzen zwischen den untätigen Reichen und dem unterdrückten ‚Proletariat' ist verschwunden. Der ‚Wohlfahrtsstaat', die ‚Überflußgesellschaft' ..., haben an Einfluß gewonnen."

Da schaut denn die bürgerliche Ideologie mitsamt ihrer Konvergenztheorie so deutlich heraus, daß man sich doch fragen muß, an wen sich der Autor eigentlich wendet, was er mit seiner Schrift bewegen und verändern will.

Die Klassengegensätze sind bei Gruen verschwunden. Die Gesellschaft lebt in Wohlstand und Überfluß. Die sozialen Verhältnisse sind kerngesund, nur die arme Umwelt ist aus den Fugen geraten. Also ruft er auf, sie zu reparieren. So einfach ist das bei Gruen, der den Zusammenhang zwischen einer überlebten, von tiefen sozialen Gegensätzen zerrissenen Gesellschaft und einer kranken städtischen Umwelt anscheinend übersieht.

So bleibt seine „Charta von Wien" denn der Ruf nach einer heilen Umwelt für eine kranke Gesellschaft oder auch ein weiterer untauglicher Versuch, den Kapitalismus über seine Umwelt zu heilen. Gruen hat damit weder der Welt noch seinem eigenen Ansehen einen Dienst erwiesen.

Selbst für Architekten in den kapitalistischen Ländern ist diese Schrift keine Hilfe, sondern eine Fehlorientierung, weil sie an den Hauptproblemen ihrer Länder elegant vorbeigeht.

Und für die Architekten in den sozialistischen Ländern kann sie nur als Beispiel dafür dienen, wo man hinkommt, wenn so große Probleme wie der Städtebau außerhalb der gesellschaftlichen Realität betrachtet werden.

Für eine Charta des sozialistischen Städtebaus

Wenn hier der Auseinandersetzung mit der Gruenschen Schrift doch soviel Raum beigemessen wurde, so eigentlich aus einem anderen Grunde. Es scheint mir an der Zeit zu sein, jetzt 40 Jahre nach der Charta von Athen aus den reichen Erfahrungen des Städtebaus in der Sowjetunion und den anderen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft, aber auch aller progressiven Erkenntnisse aus der ganzen Welt eine Charta für die Gestaltung der Umwelt der sozialistischen Gesellschaft abzuleiten.

Eine solche Charta könnte schon heute klare realisierbare Ideen für die Zukunft der sozialistischen Stadt und ihrer Umwelt als eine echte Alternative darlegen. Der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse erlaubt es uns, schrittweise die Stadt und das gesamte Siedlungssystem umzugestalten. Die Aufhebung der wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land, die Beseitigung der sozialen und funktionellen Zerrissenheit der Stadt, die schrittweise Schaffung gleichwertiger Arbeits- und Lebensbedingungen für die ganze Gesellschaft, die Herausbildung einer harmonischen, auf alle Bedürfnisse abgestimmten Struktur der Stadt und des Siedlungsnetzes mit Zentren des gesellschaftlichen Lebens sind einige solcher Orientierungen, die der Stadtentwicklung eine echte Perspektive geben.

Wir alle wissen, daß die sozialistische Stadt nicht im Selbstlauf, sondern nur durch bewußte, zielstrebige Planung entstehen kann. Eine Charta des sozialistischen Städtebaus, die sich auf die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse stützt, könnte hierbei von unschätzbarem Wert sein.

Könnte dies nicht vielleicht auch ein lohnendes Objekt der freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Architektenverbänden der sozialistischen Länder sein?

Zur Anwendung von logisch-mathematischen Methoden bei der Projektierung

Dr.-Ing. Zbigniew Pininski, Warschau

Einen Investitionszyklus kann man allgemein in Phasen auf folgende Weise darstellen:

1. Formulierung des Bedarfs (Programmierung der Investition)
2. Beschreibung der Realisierung (Projektierung)
3. Realisierung des Systems (Ausführung)
4. Inbetriebsetzung des Systems (Nutzung)
5. Anpassung des Systems (Rekonstruktionen und Modernisierungen)
6. Physischer und moralischer Verschleiß des Systems
7. Abbau des Systems (Verschrottung)

Das metabolische Verfahren zur Gestaltung der industriellen Systeme geht in die Relationen vom Charakter der Rückkopplungen mit den einzelnen Phasen des Investitionszyklus ein.

Eine derartige Relation tritt nicht nur in der ersten Phase – Formulierung des Bedarfs – auf. In geringerem Maße findet sie in der siebenten Phase – Zerlegung des Systems – statt. In der letzten Phase, bei der Zerlegung des Systems, besteht bei metabolischem Charakter lediglich eine gewisse Wahrscheinlichkeit einer größeren Wiedergewinnung der Elemente und der Materialien als in traditionellen Systemen, weil, wie wir es wissen, die Struktur und Wirkung des metabolischen Systems hauptsächlich auf die Verwertung von demontierbaren und vielseitig verwendbaren Elementen zielt, die nach dem Abbau in einer anderen Zusammensetzung wieder verwendet werden können. Im zweiten Stadium, also bei der Projektierung, ist diese Zusammenstellung besonders intensiviert.

Der Komplikationsgrad bei der Planung erhöht sich, wenn die Zeit als Faktor in Betracht gezogen wird, denn dieser Faktor bildet die Grundlage der metabolischen Betrachtung des Bauens. Alle grundsätzlichen Rückkopplungen müssen vor allem im Planungsprozeß berücksichtigt werden. Sie entscheiden in besonderem Maße über den Prozeß und die Struktur des Investitionszyklus.

Allgemein betrachtet, ist die Planung einer der Wege im üblichen Prozeß der Lösung der Probleme, über die Ackhoff wie folgt schreibt.

„... Die Lösung eines Problems, eines einfachen oder zusammengesetzten, beruht auf der Auswahl der besten Methode aus den vorhandenen. Es ist selbstverständlich, daß wir uns, um die maximale und beste, die optimal beste Lösungsform des Problems, oder auch die größte Annäherung an das gewünschte Ziel zu erreichen, darüber klar sein müssen, was unter dem Begriff optimal zu verstehen ist. Bei der Festlegung, was eine solche Lösungsart ist, interessiert uns die Auswahl, die der Entscheidungsberechtigte treffen soll, nicht aber die, welche er üblicherweise zu treffen pflegt."

Wir können feststellen, daß die beste Auswahl mit der Genauigkeit und Komplexität der angenommenen Kriterien wie auch mit den Planungsmethoden und den Informationsbasen zusammenhängt. Zu diesen Methoden müssen vor allem die logisch-mathematischen Methoden gerechnet werden. Das allgemeine Schema des Planungsprozesses kann man als eine Schleife darstellen, in der sich die Funktionszyklen dauernd wiederholen, in der wie üblich die Planung als Grundzyklus bezeichnet wird und aus den nachstehend angeführten Etappen besteht:

- Analyse
- Synthese
- Begutachtung.

Die Analyse umfaßt
die Beschreibung des Problems und Formulierung der Ziele,
die Tätigkeit auf Grund der Informationen, Komplettierung, Begutachtung und Aufzeichnung und
die Untersuchung des Problems und Gestaltung eines allgemeinen mathematischen Modells.
Bei dem Planungsprozeß von Industrieobjekten spielt die Analyse eine besondere Rolle. In der bisher üblichen Investitionspraxis verlief sie zufällig und berücksichtigte nicht das Kollektiv, das die Investition plante.
Dank dessen, daß bei der Analyse jetzt systematische Methoden angewandt werden, haben wir einerseits die Möglichkeit einer exakten Identifikation und Beschreibung des Problems, andererseits aber die Möglichkeit, die Ergebnisse der Analyse mehrmals bei analogen Themen der Planung anzuwenden, z. B. eine geplante Themengruppe für spezielle chemische Fachgebiete bilden einen Problemkreis, eine Problemfamilie.
Das allgemeine mathematische Modell umfaßt:

- mathematische Aufzeichnung der Funktion des Zieles,
- mathematische Aufzeichnung der äußeren objektiven Begrenzungen.

Die Synthese umfaßt den ikonischen Modellbau im physischen Raum (dreidimensional) auf Grund der vorher vorgenommenen Analyse des Problemes.
Diese Phase besteht aus:

- Bestimmung der Modelle (patterns), Zusammenstellung des Planungsprinzips
- Schaffung der allgemeinen Raumkonzeption.

Die Anwendung der „patterns"-Zusammenstellung geht aus der semiotischen Auffassung der schöpferischen Phase des Planungsprozesses hervor.
So ein Vorgehen gestattet es dem ganzen Kollektiv, das den entsprechenden Industriezweig projektiert, eine gemeinsame „Planungssprache" zu gestalten (Architekten, Technologen und Fachgebietsprojektanten). Die Bildung einer solchen „Sprache" schafft eine einheitliche Verständigungsbasis für die Teilnehmer des Investitionsprozesses.
Die Begutachtungsphase umfaßt:

- Repräsentation der Lösungen
- Prüfung, Messung und Optimierung
- richtige Bewertung und Entschluß.

Die Repräsentation umfaßt das formale Vorlegen der Lösungen auf der Grundlage des allgemeinen mathematischen Modells (aufgebaut während der Analysenphase) und zusätzlichen Einschränkungen, die aus der angenommenen Raumkonzeption hervorgehen. Daraufhin sind Festlegungen der Bemessungseinheiten und die Durchführung von Prüfungen der Ausführung unbedingt erforderlich.
Diese Untersuchungen werden bei Ausnutzung der numerischen, optimalen, zeitlichen und prognostischen Methoden durchgeführt. Reihenfolge: Analyse – Synthese – Begutachtung – wiederholen sich in den nachfolgenden Projektierungsphasen.

- in der Phase der Bestimmung der allgemeinen Lokalisierung,
- in der Phase der detaillierten Bestimmung der Lokalisierung,
- in der Phase der Bearbeitung des Hauptplanes,
- in der Phase der detaillierten Planung, der „metabolischen Moduleinteilung", mehrdimensionaler, kubisch-technologischer Raumsysteme.

Der Planungsprozeß verläuft innerhalb von zwei Richtungen. Die eine bestimmt den Gegenstand der Planung, und bezeichnet durch seine Entwicklungsphase eine bestimmte Planungsstruktur. Die zweite stellen die planenden Subjekte dar, die mittels besessener, erworbener und ausgenutzter Informationen diesen Prozeß steuern. Im Laufe der Entwicklung der Entscheidungssituationen, erarbeiten sich die Planungssubjekte ein bestimmtes Wertsystem, wodurch die Steuerung des Prozesses erfolgt. Auf diese Weise stellen, gemäß den gefaßten Kriterien und entsprechender Begutachtung der Eigenschaften des Kollektivs, die Wertsysteme die Grundlage der Erwägungen dar, und sind somit die Grundlage zur Einschätzung der Richtigkeit der Planungslösung.

Die Eigenschaften werden nach bestimmter Forderungszusammenstellung ausgewählt, sie können einen Qualitäts-, Quantitäts-, als auch Einheits- und Komplexcharakter haben. Mit jedem einzelnen Wertsystem sind Wertkriterien verbunden. Bei der Planung werden verschiedene Systeme der Werte und Kriterien angewandt, z. B. ökonomische, technische, psychologische.

Bei der ökonomischen Werteinschätzung, deren synthetische Kennziffer z. B. die Kosten sind, wird die ökonomische Rechnungsweise angewandt.

Der technische Wert basiert auf einer größeren Anzahl der Kriterien als auf dem ökonomischen Wert. Die technische Lösung erfüllt die geforderten Bedürfnisse.

Die Erfüllung dieser Bedürfnisse, die die Richtigkeit der technischen Lösungen darstellen, werden mit den Effekten der Anwendung und der Wirkung gemessen. Das Wertsystem ist somit der Regulator der Informationen, die sich aus den allgemeinen Erfahrungen und Beobachtungen (Prüfungen) zusammensetzen und im besonderen das geplante System betreffen.

Das Resultat des Funktionierens der zu projektierenden Systeme – das ein konkretes physisches System werden soll, ist unmittelbar adäquat der Gesamtheit und Verbundenheit der geschaffenen Wertsysteme, und in der Konsequenz von der vorgenommenen Selektion der Ziele, angenommenen Kriterien und der Auswahl, abhängig. Der Ort und die Rolle des Planungsprozesses ist deshalb unter diesem systematischen Aspekt zu sehen.

Übereinstimmend mit so einer Auffassung, umfaßt das geplante architektonische System eines Industrieobjektes.

- das Vorbereitungssystem der Planung (Planungsprozeß, sein Beginn und sein Ende)
- Vorbereitungssystem des Baues
- Vorbereitungssystem der Exploitation und Benutzung
- Vorbereitungssystem zur Adaption durch den Menschen (Benutzer)

Das Vorbereitungssystem der Planung spielt im Zusammenhang mit der Rückkopplung zu den anderen Vorbereitungssystemen eine wichtige Rolle bei der Steuerung des architektonischen Systems.

Die Stadt als Bestandteil der Territorialstruktur

Beiträge zur Stellung der Stadt im sozialistischen Reproduktionsprozeß

Dipl.-Ök. Bauing. Kurt Weinrich, Architekt BdA/DDR

Die Stadt in der sozialistischen Gesellschaft

In den Artikeln 41 und 43 der Verfassung der DDR wird die sozialistische Stadt als eigenverantwortliche Gemeinschaft der Bürger charakterisiert, man kann sie folglich als politisch organisierte soziale Gemeinschaft bezeichnen.

Eingebunden in die Gesamtgesellschaft ist die sozialistische Stadt ein Ensemble ökonomischer, sozialer, politischer und ideologischer Verhältnisse wie auch Ausdrucksform der gebauten räumlichen Umwelt ihrer Bürger. Die Entwicklung der Stadt wird folglich von den gesamtgesellschaftlichen Erfordernissen der Produktivkräfte, der auf der ökonomischen Basis beruhenden sozialen, politischen und ideologischen Struktur der Gesellschaft sowie den in der Stadt wirkenden spezifischen Entwicklungsbedingungen in enger Wechselwirkung bestimmt.

Jede Stadt hat neben diesen allgemeinen Erfordernissen spezifische Aufgaben zu erfüllen, die sich aus ihrer bisherigen historischen Entwicklung sowie aus den planmäßig zu realisierenden Zielstellungen des sozialistischen Aufbaues ableiten und sich wiederum in ökonomischen, politischen, sozialen und geistig-kulturellen Funktionen niederschlagen. Die ihnen entsprechenden Organisationsstrukturen (Betriebe und Einrichtungen) machen die Stadt zum territorialen Schwerpunkt im Siedlungsnetz, wobei die Größe und Art der Organisationsstrukturen sowie die Zahl ihrer Einwohner die Bedeutung und Stellung im Territorium des Staates wie auch für das Umland bestimmen. Da die Organisationsstrukturen ein unterschiedliches Gewicht haben, prägen sie das spezifische Profil der Stadt; die bauliche Struktur und Einordnung in die umgebende Landschaft bestimmen letztlich das unverwechselbare Antlitz der Stadt.

In der DDR wohnen etwa Dreiviertel der Bevölkerung in Gemeinden über 2000 Einwohnern, zwei Drittel der Menschen leben in Gemeinden über 5000 Einwohnern; d. h., der Prozeß der erweiterten Reproduktion konzentriert sich auf die Städte in allen seinen Phasen der Produktion, Distribution, Zirkulation, Konsumtion und allen Wechselbeziehungen. Da die materielle Struktur der Volkswirtschaft fast ausnahmslos an das Territorium gebunden ist, erfaßt folglich der – vornehmlich in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Volkswirtschaft vertikal organisierte – Prozeß der erweiterten Reproduktion das Territorium mit seinen Strukturelementen. Zu diesen Strukturelementen gehören die Städte (und Gemeinden) innerhalb ihrer politischen Grenzen als kleinste politische Struktureinheiten (1).

Innerhalb des sozialistischen Reproduktionsprozesses kommt dem Territorium die Aufgabe zu, die territorialen oder auch standörtlichen Bedingungen der Produktion zu sichern, wobei mit den sozialistischen Warenproduzenten ein enges Wechselverhältnis dahingehend zu entwickeln ist, daß die territorialen Bedingungen mit ihren Potenzen in einem hohen Maß an Sparsamkeit in Anspruch genommen, nach Möglichkeit erhalten oder vermehrt und systematisch gestaltet werden.

Innerhalb der Städte konzentriert sich ständig zunehmend die Industrie, die ihrerseits die Bevölkerungsagglomeration stimuliert. Verbunden damit ist die Konzentration der infrastrukturellen Anlagen, die gleichermaßen die Bevölkerungsagglomeration fördert. Die durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt bedingte Abnahme der Landbevölkerung und die Anziehungskraft der Städte mit ihrem Arbeitsplatzangebot und den in der Regel besseren Arbeits- und Lebensbedingungen führen zu dem Schluß, daß „unsere sozialistische Gesellschaft notwendig eine überwiegend urbanisierte Gesellschaft sein (muß), in der die große Mehrheit ihrer Mitglieder in Städten oder Siedlungen städtischen Typs arbeiten und leben wird ...“ (2).

Innerhalb dieses Entwicklungsprozesses ergeben sich eine Reihe von Aufgaben für die Stadt, deren effektive Lösung sich in der Ökonomie der Stadt niederschlägt.

Zur Ökonomie der Stadt

Die Ökonomie der Stadt selbst hat zwei unterschiedlich geartete Bezüge:

- einmal werden innerhalb der Stadt ökonomische Beziehungen wirksam und
- zum anderen besitzt die Stadt äußere – über die politischen Grenzen hinausgehende – ökonomische Beziehungen.

In der Zielfunktion sind alle inneren und äußeren Beziehungen so zu gestalten, daß sie sich einem Optimum in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im Sinne der Kostenminimierung annähern und die nicht quantifizierbaren Größen sich günstig auf die Entwicklung der Arbeitsproduktivität sowie die Arbeits- und Lebensbedingungen auswirken.

Unter gleichem Aspekt ist die Rolle der Stadt in ihrer Aufgabe zu sehen, Standort von Betrieben und Einrichtungen zu sein und den Prozeß der erweiterten Reproduktion der einzelnen Zweige oder Bereiche der Volkswirtschaft zu fördern sowie als territoriale Struktureinheit die gebietlichen Differenzierungen in den Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung zu überwinden oder die territoriale Wirtschaftsstruktur zu verändern. Man kann die genannten ökonomischen Beziehungen und Aufgaben der Stadt letztlich im Rahmen der Entwicklung der horizontalen Gliederung der Zweige und Bereiche der Volkswirtschaft sowie im Rahmen der vertikalen Entwicklung des Territoriums auf

- die Ökonomie der Stadtentwicklung und
- die Ökonomie der Stadtnutzung

reduzieren.

Die planmäßige Entwicklung der Stadt, ihrer Funktionen sowie baulichen Struktur und Gestalt kann nur im Rahmen der Gesamtökonomie der Gesellschaft erfolgen; daß heißt, daß die Ökonomie der Stadt mit der Ökonomie der Gesellschaft eng verflochten ist.

Dabei ist die Einordnung eines Betriebes oder eines Zweiges in das Territorium bzw. die Betrachtung ihrer Wirksamkeit mit Hilfe des gebietswirtschaftlichen Gesamtaufwandes (3) ein wesentliches und zwingendes Verfahren zur Beurteilung der volkswirtschaftlichen Effektivität einer vorgesehenen oder laufenden Produktion; sie ist aber nicht ausreichend, da die Effektivität nur aus der Sicht eines Zweiges der Volkswirtschaft erfaßt und dabei die Komplexität der Gebietsentwicklung in der ihr immanenten Städte und Gemeinden nicht in ihrer Ganzheit beachtet wird. Dies kann nur im Rahmen eines Modells zur Bestimmung der optimalen Territorialstruktur einschließlich der territorialen Produktionsstruktur erfolgen. Aufbauend auf Arbeiten von RITSCHKE und KIND (5) wurde im Büro für Territorialplanung bei der Bezirksplankommission Cottbus ein „Modell

Standortökonomie der Produktion
Standortbedingte Kosten der Produktion
Struktur des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens
Kommunikationsvorteile der Beschäftigten

Ökonomie der baulich-räumlichen Umwelt
Ökonomie der Erhaltung
Soziale Infrastruktur
Technische Infrastruktur
Produktionsstruktur
Ökonomie der Herstellung
Nachholebedarf | Erweiterungsbedarf
Soziale Infrastruktur | Soziale Infrastruktur
Techn. Infrastruktur | Techn. Infrastruktur
Produktionsstruktur
[illegible]
Laufende Kosten | Städtebaulich-architektonische Kriterien
Soziale Infrastruktur
Techn. Infrastruktur
Produktionsstruktur

Ökonomie der natürlichen Umwelt
Nutzungswert nicht bebauter Flächen (Flächenpotenz)
Versorgungswert nichtbebauter Flächen
Erholungswert der Landschaft
Landschaftszustand als Einflußfaktor auf das Klima

zur Optimierung der Territorialstruktur" als Modellsystem entwickelt (6). Dieses Modellsystem hat die Zielfunktion, „bei optimaler Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen für die Bevölkerung im Bezirk entsprechend den gesamtvolkswirtschaftlichen Möglichkeiten zum entsprechenden Zeitpunkt den höchstmöglichen Saldo des verfügbaren Nettoproduktes als Summe aller Einrichtungen zum Territorium des Bezirkes zu erreichen." (7)

Dieses Modellsystem vereint in sich einmal aus zentralen Direktiven zu übernehmende Orientierungen über die Standortverteilung der Produktivkräfte, die Bevölkerungsentwicklung einschl. das gesellschaftliche Arbeitsvermögen, die territorialen Konzentrationspunkte im Siedlungssystem (Makrostruktur), die Verteilung der Investitionen für die Infrastruktur und über die territoriale Baubilanzierung und zum anderen die qualifizierbaren territorialen Ressourcen im Sinne eines bilanzierbaren Angebotes des Territoriums; außerdem erfaßt es zusätzlich Faktoren, welche Beziehungen zwischen den Standorten herstellen (Bevölkerungsbewegungen, Netze der technischen Infrastruktur). Die territorialen Strukturelemente

- Ressourcenstruktur,
- Produktionsstruktur,
- Siedlungsstruktur und
- Infrastruktur

werden in dem Modellsystem verknüpft und über standortbezogene – folglich also stadt- und gemeindebezogene – „Ressourceneinsatzmodelle" nach in Varianten vorgegebenen Möglichkeiten der Siedlungsnetzentwicklung im Iterationsverfahren optimiert. Innerhalb des Ressourceneinsatzmodells erfolgt gleichermaßen eine Optimierung der Standortkosten mit der Zielfunktion einer Maximierung des Nationaleinkommens und der Minimierung der Investitions- und laufenden Kosten bei optimaler Gestaltung der Lebensbedingungen für die Bevölkerung.

Das vorliegende Modellsystem berücksichtigt die wesentlichen gebietswirtschaftlichen Produktionsbedingungen. Es fehlen hingegen die kooperativen lagebedingten gebietswirtschaftlichen Produktionsbedingungen, die über die Berechnung des Transportaufwandes materieller Güter durchaus in das Modellsystem integrierbar, während die Kontaktvorteile der Betriebe und Werktätigen kaum quantifizierbar sind. Das Modell der Optimierung der Territorialstruktur hat zweifellos gegenüber der Berechnung des gebietswirtschaftlichen Aufwandes einen wesentlichen Vorteil, der darin begründet liegt, daß die Berechnung des gebietswirtschaftlichen Aufwandes nur auf die Optimierung des Produktionsaufwandes im Rahmen seiner gebietlichen Verflechtung orientiert ist, dagegen das Territorialmodell die effektivste Nutzung der gebietlichen Potenzen und mit der Auswahl einer dem Optimum angenäherten Territorialstruktur eine Maximierung des Zuwachses an Nationaleinkommen bei einer optimalen Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen anstrebt. Reduziert wurde das gesamte Modellsystem im wesentlichen auf die Berechnungen der Kosten für die Errichtung und Inanspruchnahme der technischen wie auch sozialen Infrastruktur.

Das kommt in dem unter der Bezeichnung MTTKOS von CLEMENS, GEYER, HULTZSCH entwickelten Projekt zur „Kostenvariantenberechnung der MTT im Rahmen des Modellsystems zur effektiven Entwicklung der Siedlungsstruktur" (8) zum Ausdruck. Das Projekt umfaßt nachstehende Problemstellungen:

- **Effektivität des Konzentrationsprozesses** (territoriale Aufwendungen für die Entwicklung und Nutzung der Infrastruktur; optimale Verteilung der Produktivkräfte);
- **Ermittlung des territorialen Aufwandes** zur Realisierbarkeit vorgegebener Varianten der prognostischen **Standortverteilung der Produktion;**
- **Ermittlung des territorialen Aufwandes** zur Realisierbarkeit vorgegebener Varianten zur prognostischen Entwicklung des **infrastrukturellen Versorgungsgrades der Bevölkerung;**
- **Ermittlung des Kapazitätsbedarfes für einzelne Teile der Infrastruktur** nach Varianten der Bevölkerungskonzentration sowie in einzelnen Zeitabschnitten.

Diese Vereinfachung kann nur als 1. Schritt des Versuchs einer Optimierung angesehen werden, deren Wert im wesentlichen in der Vorbereitung von strukturpolitischen Entscheidungen zu sehen ist.

Offen bleiben die vorgenannten quantifizierbaren Kontaktvorteile sowie die Fülle ebenfalls schwer oder nicht quantifizierbarer gestalterisch-ästhetischer Faktoren, welche elementare Bestandteile der räumlichen Umweltbedingungen der Menschen sind.

Betrachtungsebenen und -komplexe zur Beurteilung der Ökonomie der Stadt

Die Entwicklung des Territorialmodells ordnet die Ökonomie der Stadt der Ökonomie des Territoriums unter; d. h. berücksichtigt bei Beachtung wesentlicher innerhalb der Stadt wirkender ökonomischer Faktoren, vor allem die eingangs genannten äußeren Beziehungen. Daraus kann geschlußfolgert werden, daß dieses Modell auch für größere Städte einschließlich ihres Umlandes (z. B. Bezirksstädte) anwendbar ist. Es sollte daher der Versuch unternommen werden, neben der bezirklichen Berechnung des Konzentrationseffektes der Produktivkräfte, die Entwicklung größerer Städte mit dem Territorialmodell zu optimieren.

Einen Ansatz zur Optimierung im Rahmen der Ökonomie der Stadt bietet das „Ressourceneinsatzmodell je Standort". (9) Dieses Ressourcenmodell wäre in ein Gesamtmodell der Ökonomie der Stadt zu erweitern.

Dazu bedarf es der Gliederung in Komponentenkomplexe (siehe Schemaskizze):

A) Standortökonomie der Produktion;
B) Ökonomie der baulich-räumlichen Umwelt;
C) Ökonomie der natürlichen Umwelt.

In diesen Komponentenkomplexen werden zugleich alle Umweltbedingungen der Menschen einbegriffen.

Die Einflußgrößen sind entweder quantifizierbar oder nicht quantifizierbar.

Der Komponentenkomplex der **Standortökonomie der Produktion** sollte nachstehende Einzelkomponenten enthalten, welche direkt oder indirekt die Kosten der Produktion standortbedingt beeinflussen.

Zu den **quantifizierbaren** Größen gehören

- die Flächeninanspruchnahme (ha, Bodenwert)
- die Arbeitskräfteinanspruchnahme für die Produktion
- der Schichteinsatz der Arbeitskräfte
- die Aufwendungen für den Berufsverkehr
- die Transportaufwendungen für Rohstoffe, Halbfabrikate, Fertigerzeugnisse (Bezug und Absatz)
- die technologisch bedingten Mehraufwendungen durch Flächenbegrenzung und durch Betriebswasseraufbereitung
- die Inanspruchnahme von öffentlichen Anlagen der technischen Infrastruktur (Verkehr, Wasser, Abwasser, Elt, Gas, Wärme)
- die Inanspruchnahme von natürlichen Ressourcen (Bodenschätze, Grundwasser) und
- die Aufwendungen zur Minimierung schädigender Umwelteinflüsse (Luft, Lärm, Gewässer).

Nicht quantifizierbar – aber über Ersatzgrößen zu bestimmen – sind

- die Kontaktvorteile der Betriebe und Werktätigen und
- die Qualifikationsstruktur der Werktätigen.

Die quantifizierbaren Größen sind mit Ausnahme der Flächeninanspruchnahme während des laufenden Betriebes Bestandteile der Kosten, deren Ermittlung nicht in jedem Fall innerhalb des einheitlichen Systems für Rechnungsführung und Statistik möglich ist.

Eine Reihe der quantifizierbaren und nicht quantifizierbaren Größen ist auch bei der Berechnung optimaler Investitionsvarianten entscheidend.

Zum Komponentenkomplex der **Ökonomie der baulich-räumlichen Umwelt** liegt ein von MACETTI entwickeltes „Schema der Haupteinflußfaktoren der Ökonomie der baulich-räumlichen Umwelt" vor. (10) Die gebaute (bzw. baulich-räumliche) Umwelt ist die Gesamtheit der „allenthalben sichtbaren, gegenständlichen Resultate des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur, sind Städte und Gemeinden, Wohn- und Industriegebiete, Parke, Bergwerke, Straßen, Kanäle usw." (11)

Während MACETTI in dem Schema nur quantifizierbare Größen berücksichtigt, erscheint es notwendig, die auf die Reproduktion der Arbeitskraft wesentlichen emotionalen, nicht quantifizierbaren Ausstrahlungen und Wirkungen der Stadtlandschaft einschließlich der Kulturlandschaft des Umlandes in die Betrachtungen und ggf. Berechnungen zur Ökonomie mit einzubeziehen.

MACETTI unterscheidet die Ökonomie der Herstellung im Sinne der einmaligen Produktionsaufwendungen, die Ökonomie der Erhaltung und die Ökonomie der Nutzung, letztere im Sinne der laufenden Reproduktionsaufwendungen. In seine Überlegungen sind die Ökonomie der baulichen Grundfonds sowie der baulich-räumlichen Struktur der Stadt eingeschlossen.

Das von MACETTI entwickelte Schema zur Ökonomie der baulich-räumlichen Umwelt mit den Teilkomplexen

- Ökonomie der Erhaltung,
- Ökonomie der Herstellung,
- Ökonomie der Nutzung

hat jedoch einen schwergewichtigen Mangel und bedarf deshalb der Ergänzung.

Es steht außer Zweifel, daß das architektonische und städtebauliche Erscheinungsbild sowie das natürliche Umweltmilieu der Stadt einen nachhaltigen Eindruck bei den Einwohnern hinterläßt und letztlich deren Lebensweise beeinflußt, sich folglich auch in der Arbeitsproduktivität niederschlägt. Die „Einmaligkeit der architektonischen und städtebaulichen Gestalt von Wohnkomplexen oder Städten, die Individualität ihrer natürlichen Umweltbedingungen, die funktionelle Differenziertheit der Siedlungen ... sind wichtige Voraussetzungen für die allseitige Entwicklung des Menschen." (12) Die Beschaffenheit wie auch die Gestaltung der gebauten Umwelt sind eine untrennbare Einheit und stehen im engen Wechselverhältnis zur Lebensweise der Menschen. Es ist die Aufgabe des Städtebaus und des Bauwesens überhaupt, diese Einheit ständig einem Optimum anzunähern.

Daraus leitet sich auch die Forderung nach einer Objektivierung der Kriterien zur Gestaltung der gebauten räumlichen Umwelt ab. Versuche hierzu liegen bereits vor. (13) (14) Zwar lassen sich die Auswirkungen der gebauten räumlichen Umwelt nicht oder nur mit dem Aufwand umfangreicher soziologischer Untersuchungen über das

Leistungsvermögen der Werktätigen im Arbeitsprozeß, im Bildungsprozeß sowie im Engagement der gesellschaftlichen Aktivität der Bürger erfassen, doch kann man mit Hilfsgrößen im Sinne eines Punktesystems

- die Wohnlage,
- das Wohnmilieu,
- das Arbeitsmilieu,
- die klimatischen Bedingungen u. a. Faktoren

bewerten und innerhalb mathematischer Programme beurteilen. Diese Beurteilung sollte sowohl in die Modelle für die prognostische Entwicklung der Territorialstruktur der Bezirke wie auch zur Entwicklung der Städte integriert werden.

Die Ökonomie der natürlichen Umwelt muß davon ausgehen, daß die natürliche Umwelt zu einer vom Menschen gestalteten Umwelt (Kulturlandschaft) geformt wurde. Von Bedeutung für die Ökonomie der Stadt ist davon das die Bebauungsflächen berührende Umland.

Die dort wirkenden Faktoren umfassen

- den Nutzungswert der nichtbebauten Flächen,
- den Versorgungswert der nichtbebauten Flächen,
- den Erholungswert der Landschaft und
- den das Stadtklima beeinflussenden Landschaftszustand.

Sie sollten jedoch bei der Beurteilung der Ökonomie der Stadt nicht überbewertet werden.

Dem Nutzungswert der nichtbebauten Flächen ist das größere Gewicht bei der ökonomischen Bewertung beizumessen. Bei seiner Bestimmung ist – im Gegensatz zur bisherigen Verfahrensweise der Generalbebauungsplanung der Städte, welche die Nutzung ausschließende Fakten ermittelte – die Vielfalt der Nutzungspotenzen der Flächen sichtbar zu machen und gegenüber zu stellen. Hierzu gehören im Prinzip alle Hauptarten der Flächennutzung durch

- die extraktive (rohstoffgewinnende) Industrie,
- die landwirtschaftliche Produktion,
- die Bebauung mit Industrie-, Wohn- und Gesellschaftsbauten u. a. Anlagen der Infrastruktur,
- das Erholungswesen und
- die Ablage und Verwertung von Abprodukten.

Dabei ist zu ermitteln, durch welche Art der Nutzung der größtmögliche Zuwachs an Nationaleinkommen direkt oder indirekt erreicht werden kann oder wie im Rahmen der Umverteilung des Nettoproduktes ein Höchstmaß an Kapazitätsauslastung wirksam ist. Eine Karte der „Flächenpotenzen" sollte künftig – belegt durch vergleichbare ökonomische Größenangaben – Bestandteil jeder Generalbebauungsplanung der Stadt sein.

Aus dem Nutzungswert kann auch der Versorgungswert der nichtbebauten Flächen abgeleitet werden. Er bezieht sich insbesondere auf die Lagegunst bei der extraktiven Industrie zu den Verarbeitungsbetrieben und schlägt sich in Transportkosten nieder und auf die Absatzbeziehungen der Landwirtschaft zur Versorgung der Städte – direkter Konsum oder Verarbeitungsbetriebe – mit hochwertigen pflanzlichen Produkten (Obst und Gemüse), welche sich in Transportkosten und Wertminderungen auf dem Transport widerspiegeln.

Schwieriger quantifizierbar und über Ersatzgrößen nach dem o. g. empfohlenen Punktesystem bewertbar sind der Erholungswert der Landschaft und die Klimawirkung der Landschaft. Der Erholungswert könnte – was einer näheren Untersuchung bedarf – sogar quantifiziert und durch Kosten belegt werden.

Seine Bedeutung für die Stadtentwicklung ist nicht unbeträchtlich, da Städte mit einer wenig attraktiven Umgebung einmal ungern von qualifizierten Arbeitskräften als Wohnort angenommen werden und zum anderen den Einwohnern beträchtliche Mehrkosten zum Aufsuchen von Naherholungsgebieten erwachsen können.

Klimafaktoren können einmal direkt auf die Kosten der Herstellung, Erhaltung und Nutzung einwirken – Wärmedämmung, Dachausbildung, Außenhautgestaltung, Verwitterung, Heizungsaufwand u. a. – wie auch auf die Leistungsfähigkeit der Bürger – Fönwirkung, Smogwirkung u. a. – Auswirkungen haben und sind somit nur teilweise quantifizierbar, aber über Ersatzgrößen vergleichbar zu bewerten.

Die Ökonomie der Stadt ist Bestandteil der Nutzeffektskriterien der sozialistischen Wirtschaft. Sie ist zugleich ein wesentliches Kriterium zur Gestaltung der Umwelt. „Die Gestaltung der Umwelt ist aber nicht nur eine Frage der Mittel und der Zeit. Sie hat Analysen der Mensch-Umwelt-Beziehungen und langfristige Prognosen ihrer Gestaltung zur Voraussetzung, sie verlangt die präzise Erforschung der Zielkriterien sowie der sozialen, ökonomischen, der ideologischen, der juristischen usw. Bedingungen für die sozialistische Gestaltung der Beziehungen von Mensch und Umwelt." (15)

Die Untersuchungen zur Ökonomie der Stadt müssen daher weiterhin Gegenstand der Städtebauforschung sowie der Erforschung territorialwirtschaftlicher Prozesse bleiben. Wünschenswert erscheint eine systematische Bearbeitung der einzelnen Teilkomplexe und von Teilaufgaben zu sein. Sie sollten geeignet sein, einmal in sich abgeschlossene Teilrechnungen zu ermöglichen und zum anderen Zug um Zug als integrierte Bausteine das gesamte Berechnungs- und Bewertungsverfahren zu vervollständigen.

Literatur

Vgl.: Staat und Recht, Staatsverlag der DDR, Berlin 1968, S. 1342

(2) –.– „Was ist Territorialstruktur" Sozialistische Demokratie, Ausgabe 28/1970

(3) Melzer, H.: „Über die Rolle der sozialistischen Stadt im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß und daraus erwachsende Aufgaben und Verantwortung der örtlichen Räte", Schriftenreihe der Bauforschung, Reihe Städtebau und Architektur, Heft 29, Seite 31

(4) Lindenau, G.: „Der gebietswirtschaftliche Aufwand", Schriftenreihe Planung und Leitung der Volkswirtschaft, 1968, Heft 22, Seite 21

(5) Ritschke; Kind: „Zum Aufbau eines Systems territorialer Effektivitätsrechnungen" Petermanns Geographische Mitteilungen, Heft 1/1969

(6) Büro für Territorialplanung bei der BPK Cottbus. „Modellierung und Arbeiten der Territorialplanung im Bezirk Cottbus" Cottbus 1971

(7) daselbst, Seite 3

(8) Clemens; Geyer; Hultzsch; Roemer: „Kostenvariantenberechnung der MTT im Rahmen des Modellsystems zur effektiven Entwicklung der Siedlungsstruktur" Information der Forschungsleitstelle Territorialplanung Berlin, Heft 1/1971, Seite 13 ff

(9) Büro für Territorialplanung bei der BPK Cottbus, a. a. O.

(10) Macetti, S.: „Ökonomie der Stadt und komplexe Ökonomie des Städtebaus", Deutsche Architektur, Heft 10/1971, Seiten 586–592

(11) Grundmann, S.; Stabenow, E.: „Beziehungen von Mensch und Umwelt", Wirtschaftswissenschaft, Heft 12/1971, Seite 1775

(12) Grundmann, S.; Stabenow, E.: a. a. O. Seiten 1775/1776

(13) Lichfielt, N.: „Kosten-Nutzen-Analyse bei der städtischen Neugestaltung – Swanley-Studie"
5. Europäische Kongreß der Vereinigung für Gebietsgestaltung Krakau 30. 8.–2. 9. 1965; Polnische Akademie der Wissenschaften, Komitee für Raumwirtschaft und Gebietsplanung

(14) Hunger; Hartmann: „Verfahren zur Bewertung und zum Vergleich von Wohnstandorten in Varianten" Kriterienkatalog zur Bewertung und zum Vergleich von Wohnstandorten in Varianten (Wertetabelle) – Informationsdienst des Informationsverbandes EDV im Städtebau, Lieferung 11/1971

(15) Grundmann, S.; Stabenow, E.: a. a. O. Seite 1784

Einige Bemerkungen zur Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis

Dr.-Ing. Siegfried Kress

Beim Sport sind im Mannschaftskampf immer dort die besten Ergebnisse zu verzeichnen, wo sich eine größere Anzahl von Einzelkönnern einer mannschaftsdienlichen Spielweise unterordnet und so gemeinschaftlich den Erfolg anstrebt.

Überträgt man nun – bei aller gebotenen Großzügigkeit – diese Überlegungen beispielsweise auf die Beziehungen zwischen dem Institut und den Büros für Städtebau und Architektur in den Bezirken und Städten, so darf man sagen, daß sich, entsprechend einer differenzierten Zusammenarbeit, in wechselnder Form auch „Mannschaften" zusammenfügen. Und auch hier kann man sagen, daß die besten Erfolge dort nachzuweisen sind, wo sich eine enge Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern, Stadtplanern und Projektanten entwickelt, wo man gewissermaßen sich die „Bälle zuspielt".

Bei diesem „Spiel" hat die Presse (und hier im besonderen die Fachpresse) die verantwortungsvolle Aufgabe, die Ergebnisse einem großen Interessentenkreis zu vermitteln. Liest man nun nach einem **sportlichen** Ereignis die Berichte darüber, so findet man die Darstellung der Spielweise, Einschätzungen der Spieler, und schließlich wird nie vergessen, die Torschützen zu nennen, weil sie ja den Erfolg erst perfekt gemacht haben.

Von dieser Betrachtungsweise ausgehend, erlaube ich mir die Analyse einer Veröffentlichung in der DA 3/73 von Dr.-Ing. Schauer unter dem Titel „Zum Problem Einwohnerdichte".

Prinzipiell ist ein solcher Artikel mit so fundierten Aussagen nur zu begrüßen. Er vermittelt aufschlußreiches Material zur Wohngebietsplanung. Für das Institut für Städtebau und Architektur ist vor allem von großem Interesse, daß damit die Richtigkeit einer Reihe von wissenschaftlichen Grundlagen nicht nur vom Grundsatz her, sondern auch in ihrer praktischen Anwendbarkeit bestätigt wurde. Das gilt vor allem für die Methode einer „modifizierten Einwohnerdichte".

Um so mehr ist zu bedauern, daß es Dr. Schauer – im Gegensatz zu Sportberichterstattern – unterläßt, die „Torschützen" (sprich: Urheber) zu nennen. Es hätte dem notwendigen „Fair play" entsprochen, wenn darauf hingewiesen worden wäre, daß die in Halle-Neustadt gewonnenen Erfahrungen auf Grundlagen des Institutes aufbauen. Es ist doch nicht so, daß dessen Forschungsergebnisse beim zitierten Heft 38 der Schriftenreihe Bauforschung aufhören und damit bei der reinen Theorie. Vielmehr ist seitdem über mehrere Publikationskanäle umfangreiches Material zu dem von Dr. Schauer behandelten Fragenkomplex erschienen bzw. vorhanden:

- da, Heft 8/71: Funktionelle und ökonomische Probleme des fünfgeschossigen Wohnungsbaues
- da, Heft 10/71: Modifizierte Einwohnerdichten als Planungsgrundlage für Wohngebiete
- Schriftenreihe der Bauforschung, Reihe St. u. A., Heft 42: Wohngebiete – Grundsätze und Kennziffern, Berlin 1972
- Forschungsbericht 037 (Dezember 1971)
- Beispielplanung Halle-Neustadt, WK VI (Dezember 1972).

Der Beitrag von Dr. Schauer wäre viel gewichtiger gewesen, wenn er, bewußt und sichtbar auf den vorhandenen Grundlagen aufbauend, deren praktische Anwendbarkeit im Zusammenhang mit durchaus möglichen Verbesserungen und Ergänzungen dokumentiert hätte oder, um es „sportlich" zu formulieren, den zugespielten Ball korrekt aufgenommen und dann einen anzuerkennenden Treffer erzielt hätte. So aber war es „Abseits", Schade.

Bemerkungen zum sozialistischen Städtebau

Gerhart Müller

In seinem Beitrag „Hat die Schönhauser Allee sozialistischen Charakter?" wirft Dr.-Ing. Martin Pietz die Grundfrage nach den sozialistischen Wesenszügen unserer Städte auf. Dies geschieht dabei nicht zum ersten Mal, dennoch durchaus zu Recht, denn das gestaltete und gültig formierte Profil der sozialistischen Stadt ist noch nicht gefunden. Auch die genannte Definition von Prof. Henselmann muß eher als ein Denkansatz bezeichnet werden, denn die darin apostrophierte Mitwirkung der Bewohner an den Veränderungen der Stadt wie auch die Zuführung des Überkommenen für die eigenen Zwecke sind nur sehr ungenaue Begriffe. Sie deuten allerdings unmißverständlich in die Richtung sozialistischer Verhaltensweisen, die jedoch als soziologische Kategorie noch weitergehender Erforschung bedürfen.

Auf der Suche nach den Kriterien sozialistischen Städtebaus können auch die nachfolgenden Bemerkungen nur Stückwerk sein, aber vielleicht auch – so hofft der Verfasser – Anregung zu weiterer Diskussion.

Bekanntlich spricht Karl Marx davon, daß der Mensch, indem er produziert, sich selbst produziert. Wir wissen alle, welche bittere Bestätigung diese Erkenntnis unter kapitalistischen Produktionsbedingungen fand und findet. Wir wissen zugleich, daß die im Kapitalismus „produzierten" Städte in gleicher Weise Verkümmerung psychischer und physischer Art, Frustation und Entfremdung produzieren. Daraus sollte gefolgert werden, daß ein erstes Kriterium für den sozialistischen Städtebau seine Funktionsfähigkeit ist, den Entwicklungsprozeß der sozialistischen Persönlichkeit zu fördern.

Die (viel zitierte) Identifikation des Bürgers mit seiner Umwelt wird möglich, wenn sich in ihm rationale Einsicht in gewollte Funktionen und ästhetische Behaglichkeit paaren. Dafür gibt es unter unseren gesellschaftlichen Bedingungen zwei Voraussetzungen, die meines Erachtens den Kriterien sozialistischen Städtebaus zugerechnet werden können. Es sind dies die Gesamtplanung der Stadt aufgrund der sozialistischen Bodenpolitik und die industrielle Großfertigung.

Beide Voraussetzungen, die sich, für jedermann einsehbar, als Vorzüge des Sozialismus abheben, sind aber mit anderen Aspekten verknüpft, die zwar auch materiellen Charakter haben, aber sehr stark emotional und ästhetisch empfunden werden. Gedacht ist bei der Gesamtplanung zum Beispiel an eine weitgehende Erhaltung der natürlichen Umwelt, gegen die wir uns oft grundlos und schwerwiegend versündigen. Als ein Aspekt im Zusammenhang mit der industriellen Großproduktion könnte ihr mangelnder Variantenreichtum gelten, oder, um es positiv auszudrücken, es müßte jene ästhetische Einöde überwunden werden, die im Stadtviertel und seinen Straßenzügen beginnt und sich über die Fassaden bis hin zu den funktionell-gestalterischen Unzulänglichkeiten der Innenarchitektur fortpflanzt.



1 Auch bei modernsten städtebaulichen Lösungen gilt es, dem Bürger die Identifikation mit seiner Stadtumwelt zu erleichtern. Die Wohnbauten am Leninplatz in Berlin berücksichtigen dies.

Ein wesentlicher Gesichtspunkt beim Entwicklungsprozeß der sozialistischen Persönlichkeit und damit für die Identifikation des Bürgers mit seiner Stadt-Umwelt ist die Garantie eines möglichst hohen Freizeitanteils. Darin ist nicht nur das Problem der Verkehrserschließung und der Wegestrecken im unmittelbaren persönlichen Bereich, sondern auch das Versorgungsproblem eingebettet. So sehr die Kaufhalle als Instrument der Massenversorgung zu bejahen ist, so wenig darf man die unzähligen kleinen Versorgungsaufgaben vernachlässigen. Um, stellvertretend für viele „nebensächlichen" Dinge, nur ein Beispiel zu nennen: Für die Bewohner so mancher neuer Stadtviertel ist der Erwerb eines Blumenstraußes eine nur mit hohem Zeitaufwand zu bewältigende Aufgabe. Der Gedanke, daß der Blumenladen oft aus Neubauvierteln verbannt ist, stellt für manchen eine nachhaltige und ärgerliche Enttäuschung dar.

Eine andere materielle, aber stark ästhetisch negativ wirkende Erscheinung ist die nachträgliche Zerstörung einer baulichen Konzeption. So kann man zum Beispiel im Berliner Hans-Loch-Viertel beobachten, daß Räume, die konzeptionell den Zusammenkünften der Hausgemeinschaft oder ande-

2 Die Rathausstraße in Berlin – ein positives Beispiel für eine optimale städtebauliche Lösung



ren gesellschaftlichen Organisationen zugedacht waren, von Regiehandwerkern der KWV blockiert werden. Im gleichen Viertel – und auch anderswo – bietet sich das häßliche Bild eines „Anbaus" an die Kaufhalle für die Flaschenannahme. Derartige „Anbauten" sind handwerklich meist so primitiv und lieblos „zusammengehauen", daß sie bei aller Einsicht in die Auswirkung einer von den Planern nicht zu Ende gedachten Handelstechnologie nur abstoßend wirken können.

Diese kleinen Beispiele berühren ein großes Problem. Die von Soziologen und Städtebauern viel zitierte Kommunikation kann sich doch nur in städtischen Räumen entwickeln, die mit ihrer Attraktivität, in der Verbindung des Nützlichen mit dem Angenehmen, in ihrer Behaglichkeit und Entspannungsfunktion zur Kommunikation, zum Gespräch, zum Spaziergang, zum bloßen Anschauen reizen. Das ist nicht mit einer Grünfläche, einer Plastik und ein paar Bänken getan. Da hilft nur das „kleine", für das Wohnviertel charakteristisch empfundene, gesellschaftliche Zentrum, wo Entspannung und Geschäftigkeit dicht beieinander liegen. Das Profil unserer Städte entscheidet mit darüber, ob die Begegnung zum menschlichen Erlebnis wird, ob das nachbarliche Gespräch und das soziale Wohlbefinden Milieu und Persönlichkeit prägen.

Das Fahrrad – ein städtisches Individualverkehrsmittel mit Zukunft

Clemens Wittkowski

Daß der individuelle Autoverkehr für die Gesellschaft unökonomisch ist, ist schon lange bekannt. Öffentliche Verkehrsmittel, die dem Pkw an Schnelligkeit, Bequemlichkeit, Erreichbarkeit oder Verfügbarkeit gleichwertig sind, gibt es noch nicht. Neuartige Projekte in aller Welt erwiesen sich immer wieder als zu teuer oder zu aufwendig.

Die Pkw-Produktion steigt ständig und deckt bei uns immer noch nicht den Bedarf; eine Sättigungsgrenze haben wir noch lange nicht erreicht. Sie dürfte annähernd bei 1 Pkw je HH liegen. In kapitalistischen Ländern führte diese Entwicklung in vielen Städten zu dem bekannten Verkehrschaos, das wir in unseren Städten verhindern können und müssen.

Innerhalb unserer Städte dürfte das Auto in den nächsten Jahren noch das wichtigste Verkehrsmittel bleiben. Die Stadt autogerecht zu machen, würde aber bedeuten, daß bereits 40 Prozent der Stadtfläche als Verkehrsfläche benötigt würden, wenn ein Bestand von 20 Pkw je 100 Ew erreicht ist (1). Obwohl der Bestand im Jahre 1971 in der DDR erst 7,4 Pkw je 100 Ew (2) betrug, ist der Straßenverkehr auch in unseren Städten bereits ein Problem, das in der Zukunft nicht dadurch gelöst werden kann, daß die Stadt autogerecht gemacht wird.

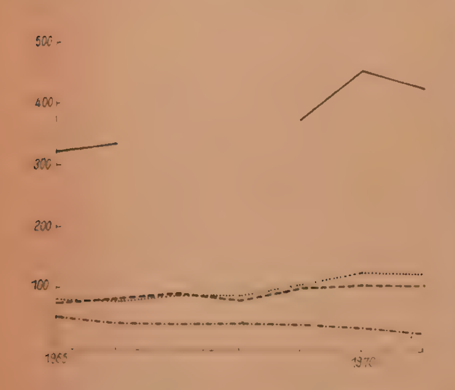
Je kürzer die Strecken sind, die die Menschen der Stadt zurücklegen, desto schwieriger ist es, die öffentlichen Verkehrsmittel so auszubauen, daß sie dem Pkw eine Konkurrenz sind, da hier selbst kurze Weg- und Wartezeiten ins Gewicht fallen. Die Vorteile des Fahrrades fallen hier ins Auge. Parkplatzprobleme entfallen praktisch, es erzeugt keinen Lärm und keine Abgase, es beansprucht einen wesentlich geringeren Verkehrsraum, die Kosten für Anschaffung und Betrieb sind relativ gering und gleichzeitig ist Radfahren eine gesunde korperliche Betätigung.

Die Geschwindigkeit von 18 km je Stunde erlaubt es, in 10 Minuten 3000 Meter zurückzulegen. In der Praxis ist das Fahrrad in der Stadt nicht langsamer als Bus und Straßenbahn, da mit dem Fahrrad der direkte Weg gefahren werden kann und die Aufenthalte an den Haltestellen entfallen.

Die Nachteile des Fahrrades bestehen in seiner Abhängigkeit von Witterungseinflüssen und in der bedingten Nutzungsmöglichkeit (ältere Menschen und Behinderte können dieses Verkehrsmittel in der Regel kaum nutzen).

Es ist denkbar, die Nachteile des Fahrrades zu überwinden, wenn der städtische Personenverkehr aus den Elementen Fußgängerverkehr, Fahrradverkehr und öffentlichen Verkehrsmitteln besteht.

Da der Kraftfahrzeugverkehr bei diesem Verkehrssystem auf öffentliche Verkehrsmittel und Versorgungsfahrzeuge beschränkt bliebe, würde sich die Verkehrsfläche wesentlich verringern. Durch eine denkbare Überdachung der Radfahrwege wäre es möglich, Witterungseinflüsse weitgehend auszuschalten. Die Stadt „fahrradgerecht" zu machen, würde Maßnahmen erfordern, die wesentlich weniger Aufwand erfordern, als große Verkehrsbauten. Sicherlich ist das eben gezeichnete Bild lediglich ein Denkmodell, das aber weiterer Überlegungen wert ist. Das Fahrrad wird den Pkw sicherlich nicht verdrängen. Trotzdem sollte das Fahrrad bei der Planung des Verkehrs in unseren Städten nicht vergessen werden. Die Anlage von Radfahrwegen und die Aufstellung von Fahrradständern sollten den Verkehrsteilnehmern die Möglichkeit bieten, sich auch dieses praktischen Verkehrsmittels zu bedienen.



Versorgung der Bevölkerung mit Fahrzeugen (in 1000 Stück je Jahr)

- - - - - - Pkw
-·-·-·-· Motorräder
——— Fahrräder
.... Mopeds

Literatur

(1) Zahlenangaben nach Dr. Silvio Macetti, Die weitere Entwicklung der sozialistischen Lebensweise und das Problem des städtischen Personenverkehrs, deutsche architektur H. 7/70

(2) Zahlenangabe nach „Statistisches Jahrbuch der DDR" 1972

Dachgeschoß-ausbauten – ein Meinungsstreit

Zu einem Artikel in Heft 2/73 erhielt die Redaktion folgende Zuschrift:

„Auf Seite 118 bis 120 des Heftes 2/1973 veröffentlichen Sie einen Dachgeschoß-Ausbaugrundriß von Herrn Dipl.-Ing. Arch. Werner Wolf, Leipzig, der anscheinend sogar schon ausgeführt worden ist. Das Badezimmer mit WC ist vom Wohnzimmer aus nur über die Innenküche zu erreichen. Diese Lösung widerspricht allen Regeln der Baukunst, der Deutschen Bauordnung sowie allen bisher gültigen TGL-Bedingungen und hätte nicht genehmigt werden dürfen . . .

Dabei wäre es sehr einfach gewesen, die DBO und die TGL-Bestimmungen einzuhalten. Das Bad braucht nur mit der Küche vertauscht zu werden, so daß es von der Diele aus zugängig ist . . .

Obering. Marzin

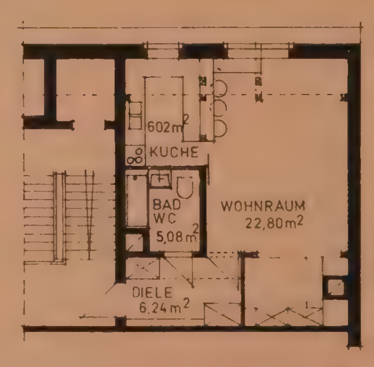
So lautete unsere Antwort:

„. . . Uns sind die funktionellen Mängel nicht entgangen. Sie mußten aber, wie uns scheint, in Kauf genommen werden, um den Anschluß des WC an eine bestehende Abwasserleitung (siehe Grundriß des Bestandes) ohne Deckendurchbrüche zu bewerkstelligen. Das wäre bei Realisierung Ihrer Überlegung kaum möglich gewesen.

Ich glaube, daß Um- und Ausbauten in den meisten Fällen Kompromisse erfordern und in den seltensten Fällen zu idealen Grundrissen führen. In solchen Fällen, wo Menschen – auch Architekten – aus einer schwierigen Wohnungssituation heraus zur Eigeninitiative greifen und sich selbst helfen, sollte man m. E. nicht die Elle der Bauordnung als Maßstab nehmen. Der wesentliche Maßstab für mich ist, daß der betreffende Bürger seine Wohnbedingungen verbessern konnte, ja, daß er auf diese Weise überhaupt zu einer Wohnung kam. Das zu popularisieren, darum ging es uns. Natürlich werden wir mit Freude bessere Lösungen vorstellen . . ."

Dr. Krenz

Und hier nun der Gegenvorschlag von Obering. Marzin:



„. . . Dieser beigelegte Grundriß bietet gegenüber dem ausgeführten Grundriß folgende Vorteile:

1. Das Bad mit WC ist unmittelbar von der Diele aus zu erreichen (Forderung der TGL 9552, Blatt 1, Punkt 3.3.4 –. Eine Verbindungstür zwischen Badezimmer und Küche ist nur für ein Badezimmer ohne Klosett zulässig).
2. Die Küche wird jetzt direkt belichtet und belüftet. Eine Barküche ist durchaus möglich und auch ohne zusätzliche künstliche Belüftung funktionsfähig.
3. Die Sanitärobjekte liegen alle an einer Wand, und es ergeben sich dadurch kurze Leitungsführungen.
4. Die Tür in den ehemaligen Raum 1 kann bestehen bleiben . . .

In begründeten Fällen kann man mit Zustimmung der örtlichen Organe von TGL-Vorschriften bei Umbauten und Rekonstruktionsmaßnahmen auch abweichen, aber in unserem Fall dürfte die Abweichung doch wohl durch nichts begründet sein . . ."

Obering. Marzin

Informationen

Bund der Architekten der DDR

Wir gratulieren unseren Mitgliedern

Architekt Bauingenieur Friedrich Böhme, Rudolstadt,
2. August 1918, zum 55. Geburtstag

Architekt Baumeister Erich Starke, Dresden,
3. August 1898, zum 75. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Arnold Stephan, Erfurt,
6. August 1923, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Arno Kurzmann, Berlin,
7. August 1923, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Walter Bolze, Halberstadt,
9. August 1913, zum 60. Geburtstag

Architekt Dipl.-Arch. Werner Lonitz, Gera,
9. August 1913, zum 60. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Heinz Fleischer, Weimar,
12. August 1913, zum 60. Geburtstag

Architekt Baumeister Fritz Misselwitz, Liebertwolkwitz,
13. August 1893, zum 80. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Adolf Rieger, Berlin,
15. August 1923, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Heinz Köstner, Cottbus,
18. August 1923, zum 50. Geburtstag

Architekt Prof. Dipl.-Ing. Gustav Batereau, Holzhausen,
23. August 1908, zum 65. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Heinz Korschelt, Leipzig,
28. August 1913, zum 60. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Richard Zeidler, Plauen,
28. August 1898, zum 75. Geburtstag

Architekt Hannelotte Fiedler, Erfurt,
29. August 1923, zum 50. Geburtstag

Rostocker Architekten in der Dreistadt Gdansk–Sopot–Gdynia

1972 führte die Bezirksgruppe Rostock des BdA DDR ihre Exkursion in die Wojewodschaft Gdansk durch, um – schon auf früheren Reisen z. B. nach Szczecin – ähnlich gelagerte Probleme des Städtebaues und der Architektur der polnischen Hafen-, Werft- und Fremdenverkehrsstädte zu studieren und die Kontakte zur Architektenschaft der Wojewodschaft Gdansk zu vertiefen.

Von polnischer Seite wurde die Exkursion durch den Verband der polnischen Architekten SARP der Wojewodschaft Gdansk, insbesondere Koll. Philipp, unterstützt und ihm sowie den polnischen Kollegen sei an dieser Stelle noch einmal recht herzlich für ihre Bemühungen gedankt.

In Vorträgen und Aussprachen u. a. mit dem Vorsitzenden des polnischen Architektenverbandes der Wojewodschaft Gdansk, mit dem Chefarchitekten des Planungsbüros und dem Chefarchitekten der Wojewodschaft Gdansk sowie durch ein umfangreiches Besichtigungsprogramm wurden die Probleme zur Planung und Entwicklung der Dreistadt eingehend erläutert.

Die Dreistadt ist die größte Städteballung Nordpolens und zugleich Zentrum der Wissenschaft und Kultur. Sie besteht aus drei Stadtkomplexen

der Stadt Gdansk,
dem international bekannten Seebad Sopot
sowie der Hafen- und Werftstadt Gdynia.

Diese drei Städte – in einer Ausdehnung von rund 30 km an der Gdansker Bucht gelegen – werden durch eine Verkehrsstraße sowie durch eine elektrische Schnellbahn miteinander verbunden.



1 Übersicht über die Dreistadt Gdansk – Sopot – Gdynia



2 Elfgeschossige Wohnscheibe in Gdansk



3 Theatergebäude in Gdansk

Das gesamte Ballungsgebiet zählt etwa 700 000 EW, davon Gdansk mit rund 400 000, Sopot mit rund 50 000 und Gdynia mit rund 200 000 Einwohnern. In der Perspektive soll sich die Einwohnerzahl bis auf rund 1 Million erhöhen.

Auf Grund der beschränkten Ausdehnungsmöglichkeiten des Hafens in Gdynia ist vorgesehen, in Gdansk in der Nähe der Mahn- und Gedenkstätte „Westerplatte" einen neuen Tiefhafen zu bauen, der einen Umschlag von rund 50 Millionen t im Jahr in der Perspektive bewältigen soll.

■ Gdansk

Das Stadtzentrum wurde komplex rekonstruiert, so daß sich die Neubauviertel am Stadtrand konzentrieren, wie zum Beispiel Wrzeszcz, Stogi und Przymorze.

Dem Stadtzentrum von Gdansk galt unsere besondere Aufmerksamkeit, stehen doch ähnliche Probleme bei der Rekonstruktion der Altstädte im Bezirk an.

Besonders beeindrucken die Platzräume und Straßen der historischen Altstadt mit ihren vorwiegend im Renaissancestil rekonstruierten Fassaden, wie zum Beispiel die Mariengasse, eine der typischen Gdansker Kaufherrenstraßen und der Lange Markt und andere Ensembles, wie zum Beispiel das berühmte Krantor aus dem Jahre 1444 am Ufer der Motlawa und die Marienkirche.

Dieser Stadtbereich war zu Ende des zweiten Weltkrieges zu 90 Prozent zerstört und ist mit bewunderungswürdiger Akribie in weiten Bereichen wiederhergestellt worden.

Diese Wiederaufbauleistung ist ein Musterbeispiel polnischer Restaurationskunst und genießt inzwischen weltweite Anerkennung.

Historischer Hintergrund dieser Leistung ist die große Bedeutung, die Gdansk in seiner fast tausendjährigen Stadtentwicklung für die wechselhafte Geschichte Polens hatte.



4 Bürgerhaus auf dem langen Markt in Gdansk

■ Gdynia

ist eine der jüngsten Stadtgründungen Polens und begeht in diesem Jahr den 50. Jahrestag ihrer Stadtgründung.

Bis 1922 nur eine unbedeutende Siedlung, entwickelte sie sich als polnische Hafenstadt in wenigen Jahren zu einem der modernsten Häfen Europas.

1938 betrug der Warenumschlag bereits über 10 Millionen t im Jahr.

Die weitere Entwicklung der Stadt verlief parallel zur Entwicklung des Hafens, der Werften und der Fischereiindustrie.

Im Kriege schwer zerstört, wurden Hafen und Stadt wieder aufgebaut und modernisiert.

Die Entwicklung der Stadt ist auf etwa 250 000 Einwohner festgelegt. Der Reiz, den diese Stadt ausübt, geht aus vom Hafen mit seinen interessanten breiten Molen, die eine touristische Attraktion sind. Einen einzigartigen Blick über Stadt und Hafen genießt man vom Plateau des Hügels „Kamienna Gora".

Ein schöner, neu angelegter Küstenboulevard soll bis Sopot weitergeführt werden.

■ Sopot

mit seinem breiten Strand, den Neubauten für die Stranderholung, der 500 m langen Seebrücke mit Schiffsverbindungen zur Halbinsel Hel sowie dem attraktiven Fußgängerboulevard ist bei allen Touristen bekannt und beliebt.

Im Westen der Stadt bietet die bekannte Waldoper mit ihren 4000 Sitzplätzen inmitten dichtbewaldeter Hänge Entspannung bei den verschiedenartigsten Veranstaltungen.

Der unweit Sopot gelegene Park in Oliva mit seinen gepflegten Anlagen bietet insbesondere den 50 000 Bewohnern des Neubaugebietes Przymorze Erholung und Entspannung.

Hier, unmittelbar an der Schnellbahntrasse, liegt auch das neue Eissportzentrum.

Die Abende wurden beim Schaufensterbummel in Sopot oder in einer der reizvollen kleinen historischen Cafés oder Gaststätten der Altstadt von Gdansk verbracht, die durch in alte Volkstrachten gekleidete Kellnerinnen ein besonderes Kolorit erhalten.

In einem solchen kleinen Café in der Mariacka wurde auch im Rahmen eines abschließenden Beisammenseins mit den polnischen Kollegen die weitere Zusammenarbeit beider Architektenverbände besprochen.

Ein Abstecher nach Malbork sowie kurze Stationen in Slupsk, Koszalin, Lebork, Torun und Bydgoscz rundeten das Bild dieser bemerkenswerten Fahrt ab.

Dr. Lasch/Bräuer

Bauakademie der DDR

Solidarität für Vietnam

Seit dem Jahre 1966 überweisen Kollektive der Bauakademie kontinuierlich Beiträge auf das Solidaritätskonto für Vietnam. Dabei konnte die Jahressumme ständig gesteigert werden. Im Jahre 1967 wurden insgesamt 77 931,30 M überwiesen, im Jahre 1972 waren es bereits 191 728,05 M. Insgesamt konnten dem vietnamesischen Volk durch Mitarbeiter der Bauakademie bis zum 31. 12. 1972 rund 790 000 Mark zur Verfügung gestellt werden.

Verpflichtungen zur Erhöhung der Solidaritätsbeiträge für Vietnam wurden von mehreren Kollektiven in den sozialistischen Wettbewerb aufgenommen. So führten zum Beispiel die Kollektive des Zentralen Bereichs und der Institute für Städtebau und Architektur sowie Wohnungs- und Gesellschaftsbau 2 Prozent der Jahresendprämie für den Aufbau in Vietnam ab. In den Solidaritätsbeiträgen von Kollektiven der Bauakademie dokumentiert sich deren enge Verbundenheit mit dem tapferen Volk von Vietnam.

Beratung der Sektion Industriebau zur Rekonstruktion von Bauwerken und baulichen Anlagen

Die letzte Vollsitzung der Sektion Industriebau der Bauakademie der DDR befaßte sich am 13. März unter Leitung ihres Vorsitzenden Prof. Dr.-Ing. Hampe mit einer Analyse und der weiteren Entwicklung der Rekonstruktion von Bauwerken der Industrie, die von der Arbeitsgruppe „Instandhaltung und Rekonstruktion" eingehend vorbereitet wurde. Neben den Beiträgen von Mitgliedern dieser Arbeitsgruppe, Prof. Dr.-Ing. Nitschke, Prof. Dr.-Ing. Heinicke, Dr. rer. oec. Gramsch, Dipl.-Ing. Voigt, standen sieben Beiträge von geladenen Gästen zur Diskussion.

Die Arbeit der Baubetriebe wird erschwert, da der Anteil manueller Leistungen zunimmt, weitreichende technische Sicherheitsbestimmungen eingehalten werden müssen und die Platzverhältnisse beengt sind. Nur sehr bedingt ist es möglich, industrielle Bauverfahren anzuwenden. Die Arbeitsbedingungen für die Bauarbeiter sind sehr erschwert, die Grundfondswirtschaft in den Baubetrieben wird stark belastet. Bei einem hohen Prozentsatz von Baustellen eines Auftraggeberkombinates der chemischen Industrie bestehen die Bauarbeiten zu einem großen Teil in Stemmen, Putzen und sonstigen Montagehilfsleistungen. Ein Drittel des gesamten Projektierungsaufwandes ist für die Bestandsaufnahme notwendig.

Die Baubetriebe haben keinen Anreiz, verstärkt Rekonstruktionsmaßnahmen zu übernehmen, obwohl dies volkswirtschaftlich notwendig ist. Neben den schlechteren Produktionsbedingungen ist auch die Form der Planung und Rechnung unbefriedigend, durch die Betriebe mit Rekonstruktionsarbeiten gegenüber Neubauten benachteiligt werden.

Auch für die Auftraggeber bringen die Rekonstruktionen Probleme, die insbesondere darin bestehen, daß ihre Rekonstruktionsarbeiten die Produktion behindern, zum Teil sogar zu Stillegungen führen.

Die Möglichkeiten und Vorschläge, die Effektivität von Rekonstruktionsarbeiten bei Bauwerken und baulichen Anlagen zu erhöhen, zielen einmal dahin, die Bauverfahren zu rationalisieren, und ferner dahin, bereits bei Neubauten, aber auch bei Rekonstruktionen Bedingungen vorzusehen, durch die künftige Rekonstruktionen durch ein rekonstruktionsgerechtes Bauen vereinfacht werden. Das Ziel der weiteren Arbeiten besteht dabei darin, die Erschwernisse für die Betriebe des Bauwesens, aber auch die Behinderungen für die Auftraggeber so gering wie möglich zu halten und dabei den höchsten Nutzeffekt sowohl bei der Rekonstruktion als auch durch die Rekonstruktion zu erreichen. Die ökonomischen Grenzwerte zwischen dem Schwierigkeitsgrad für die Baubetriebe und dem Behinderungsgrad für die Auftraggeber lassen sich mathematisch darstellen. Bei bestehender Bausubstanz können Produktivitätsverluste der Baubetriebe zum Beispiel dadurch vermindert werden, daß in den Projekten für Rekonstruktionsleistungen weitgehend Bauelemente nach der jetzt gültigen Maßordnung vorgesehen werden. Besondere Leistungssteigerungen sind dadurch zu erwarten, daß die Produktionsorganisation nach Prinzipien der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation gestaltet wird. Um eine sinkende Planerfüllung der Baubetriebe zu vermeiden, wurde weiterhin vorgeschlagen, die Erzeugnislinien nach dem Prinzip der Maschinenbelegungspläne in der stationären Industrie zu optimieren.

Um Bauwerke und bauliche Anlagen von vornherein rekonstruktionsgerecht ausgestalten zu können, ist es unbedingt notwendig, daß die Entwicklung der Funktionen und auch der technischen Anforderungen prognostisch eingeschätzt wird und dem Projektanten bekannt ist. Hierzu gibt es bereits eine Reihe Beispiele. Um eine Rekonstruktionseignung zu erzielen, müssen bestimmte Prinzipien eingehalten werden, z. B. die konstruktive Trennung von Tragfunktion, Ausbau, Ausrüstung und Ausstattung, die Sicherung der Montagemöglichkeiten für Bau und TGA, der Einsatz wiederverwendungsfähiger Bauteile usw.

Forschungs- und Entwicklungsarbeiten sind

im einzelnen notwendig, um Abbruch- und Montagehilfsleistungen sowie die Befestigung von Elementen zu rationalisieren, leicht montierbare Elemente zu entwickeln und den Mechanisierungsgrad vor allem durch Kleinmechanisierung zu erhöhen.

Die Arbeitsgruppe „Instandhaltung und Rekonstruktion" veranstaltete am 25. April gemeinsam mit dem Bezirksverband Halle der Kammer der Technik darüber hinaus eine Fachtagung zur gleichen Thematik, auf der ein breiter Zuhörerkreis aus allen Teilen der Republik mit den bisherigen Erkenntnissen vertraut gemacht wurde und selbst Gelegenheit hatte, weitere Anregungen aus der Praxis zu geben.

Dr. H.-U. Gramsch

Hochschulnachrichten

Vereinbarung zwischen der Sektion Architektur der Technischen Universität Dresden und der Hochschule für Bildende Künste Dresden

Nach vorbereitenden Gesprächen wurde am 24. Januar 1973 in feierlichem Rahmen eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen der Sektion Architektur der Technischen Universität Dresden und der Hochschule für Bildende Künste unterzeichnet. In der Präambel dieser Vereinbarung heißt es:

„Die vom VIII. Parteitag der SED beschlossene Hauptaufgabe betrachtet die weitere Erhöhung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Werktätigen als untrennbare Einheit. Kulturpolitisch schafft das Volk der Deutschen Demokratischen Republik unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei durch den bewußten und planmäßigen Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft immer bessere kulturelle Lebensbedingungen, immer höhere kulturelle Werte. Auf der 6. Tagung des ZK wurde betont, daß dieser kulturelle Fortschritt ein gesetzmäßiges, notwendiges Element der Entwicklung des Sozialismus ist. Er findet seinen Ausdruck in der allseitigen Herausbildung sozialistischer Persönlichkeiten, in der umfassenden Ausprägung der sozialistischen Lebensweise gemäß den Eigenschaften und Idealen der Arbeiterklasse, in dem steigenden Wohlstand und dem Glück des Volkes.

In diesem Rahmen tragen beide sozialistische Lehrstätten eine hohe Verantwortung für die architektonische und bildkünstlerische Umweltgestaltung aller Lebensbereiche der sozialistischen Gesellschaft durch ihre Wirksamkeit in Lehre, Forschung und Praxis."

Das gemeinsame Arbeitsprogramm sieht unter anderem vor, Lehrziele und Lehrinhalte beider Einrichtungen aufeinander abzustimmen, um Berührungspunkte zwischen Architektur und bildender Kunst sowohl dem künftigen Architekten als auch dem bildenden Künstler bereits während der Ausbildung praktisch vor Augen führen zu können.

So ist zum Beispiel vorgesehen, gemeinsame Kunstgeschichtsexkursionen und Zeichenexkursionen durchzuführen, beide Partner interessierende Lehrveranstaltungen gemeinsam zu besuchen und Studenten beider Hochschulen bei der Belegbearbeitung an jeweils einem Studienobjekt zusammenzuführen. Eng verbunden damit ist ein fachlicher und pädagogischer Erfahrungsaustausch zwischen den Hochschullehrern und wissenschaftlichen Mitarbeitern beider Einrichtungen.

Werner L. Müller

Weiterbildung

Planmäßige vorbeugende Instandhaltung von Gebäuden – Ein Lehrgang der KDT

Der VIII. Parteitag der SED forderte, den Umfang und die Qualität der gesellschaftlichen Produktion zu steigern, damit sowohl die Volkswirtschaft wirkungsvoll versorgt als auch der Bedarf der Bevölkerung besser befriedigt werden kann. Der Hauptweg dazu ist die Intensivierung und Erhöhung der Effektivität des Produktionsprozesses. Die vorhandenen Produktionanlagen und Gebäude sind produktiver zu nutzen, die Kosten sind zu senken und die wissenschaftliche Arbeitsorganisation ist durchzusetzen.

Der Kampf um die Steigerung der Arbeitsproduktivität ist bei Ausschöpfung aller Möglichkeiten zu führen.

In den Bereichen der Volkswirtschaft, besonders in der Industrie, kann bei steigendem Grundmittelbestand und wachsendem Verschleißgrad nicht mit einer Erweiterung des Reparaturbereiches gerechnet werden. Die vorliegende Empfehlung zeigt den Verantwortlichen für die Bauerhaltung in allen Bereichen, wie durch den Übergang von der sporadischen Reparaturmethode zur planmäßigen vorbeugenden Instandhaltung noch vorhandene Reserven aufgedeckt und ausgeschöpft werden können. Es bietet sich hier ein weiteres Feld für unsere sozialistischen Arbeitsgemeinschaften und Neuerer, indem Erfahrungen und Ergebnisse fortgeschrittener Betriebe und Einrichtungen in weiteren Bereichen nutzbar gemacht werden.

Der Fachverband Bauwesen der Kammer der Technik mit seiner zentralen Fachsektion Bauerhaltung will auf diesem Wege den Betrieben, Kombinaten und Nutzern von Gebäuden besonders in der Industrie helfen, die Vielzahl der in den verschiedenen Einrichtungen relativ isoliert arbeitenden Verantwortlichen für die Bauerhaltung der ihnen zur Nutzung übergebenen Bauanlagen an Neuerkenntnisse heranzuführen und für die wachsenden Anforderungen zielgerichtet zu qualifizieren.

Der Fachverband Bauwesen der Kammer der Technik hat in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit dazu ein geeignetes Material erarbeitet, das vom II. Quartal 1973 an in Form einer Empfehlung im Druckschriftenvertrieb der Kammer der Technik, 108 Berlin, Clara-Zetkin-Straße, erhältlich ist.

Damit steht zum ersten Male ein Material zur Verfügung, das eine höhere Qualität des Instandhaltungsgeschehens auf dem Gebäudesektor nach sich zieht.
Wir geben Ihnen nachfolgend den Plan für die Einführung des planmäßigen vorbeugenden Instandhaltungssystems (PVI-System) in die Praxis bekannt.

■ Plan für die Einführung des PVI-Systems in die Praxis

Da das erläuterte PVI-System eine höhere Qualität des Instandhaltungsgeschehens auf dem Gebäudesektor bringt und eine Vergleichbarkeit zur bisherigen Arbeitsweise einer Bauabteilung nicht gegeben ist, kann die Einführung des Systems in die Praxis nicht schlagartig erfolgen.

Bis zur vollen Wirksamkeit des Systems werden etwa 2 bis 3 Jahre nötig sein.

Das bezieht sich vor allem auf die volle Einführung des Teilsystems 2 – Reparaturen aufgrund annähernd regelmäßig durchzuführender Kontrollen.

Die Einführung des PVI-Systems erfolgt in folgenden Etappen:

■ Erstes Jahr

Stammdatenerfassung

1. Ausfüllen der Primärbelege Gebäudestammkarte Teil 1 und Teil 2. Dabei ist zu beachten, daß als Plantermin das Folgejahr angegeben wird. Es sind nur die Arbeiten zu bestimmen, für die im Folgejahr Eigen- und Fremdbaukapazitäten zur Verfügung stehen.

2. Über im Projekt festgelegte Arbeitsgänge des Teiles Änderungsdienst wird das „Gebäudeauftragsdispositionsband" (PVIGDB) aufgebaut.
Es werden dabei eine Kontrolliste und ein Protokoll über falsch ausgefüllte Primärbelege ausgegeben.

3. Die vorgenannten Drucklisten sind zu kontrollieren.

4. Von den Änderungsbelegen werden maschinenlesbare Datenträger hergestellt. Es werden die Arbeitsgänge des Änderungsdienstes abgearbeitet. Die Arbeiten gemäß den Punkten III und IV werden solange wiederholt, bis alle Daten mit den Primärbelegen Gebäudestammkarte Teil 1 und Teil 2 übereinstimmen.

■ Planungsunterlagen für das Folgejahr

1. Ausdrucken der Planungsunterlagen für das Teilsystem 1, das Folgejahr betreffend. Für das Teilsystem 2 liegen noch keine Informationen vor, die eine Bindung von Eigen- oder Fremdbaukapazitäten verursachen.

Es werden weitere Arbeitsgänge durchgeführt. Dabei entstehen folgende Drucklisten:
Planinformation Teilsystem 1 – Einzelaufwand
Planinformation Teilsystem 1 – Gesamtaufwand
Planinformation Teilsystem 1 – Aufwand nach Leitungspositionen

Die Listen sind mit den bewilligten Reparaturkapazitäten lt. Planabstimmung mit den Bilanzorganen zu vergleichen und bestehende Differenzen über das Ausfüllen von Änderungsbelegen, Herstellung maschinenlesbarer Datenträger auf dem Band PVIGDB zu korrigieren.

2. Es wird die Liste – Auftragsinformation für Teilsystem 1, wiederkehrende Arbeiten – gedruckt.
Es handelt sich um im Folgejahr durchzuführende Reparaturaufträge.
Termin für Druck der Auftragsinformation: August erstes Jahr

3. Es wird die Liste Nr. 646 – Kontrollauftrag – für die im I. Quartal des Folgejahres durchzuführenden Kontrollen und Besichtigungen gedruckt.
Termin für Druck der Kontrollaufträge: Oktober erstes Jahr

■ Zweites Jahr

Ab Anfang 2. Jahr erfolgt die normale Abarbeitung der einzelnen Arbeitsgänge sowie der manuellen Verarbeitung der Informationen des Projektes.

Planungsunterlagen für das Teilsystem 2 (für 3. Jahr) können noch nicht erstellt wer-

den, da mindestens 1 Jahr lang die Kontrollen durchgeführt werden müssen, um Aufträge in das Teilsystem 2 einsteuern zu können.

- Drittes Jahr

Erstmalig werden Planungsunterlagen für das Teilsystem 2 erstellt, die zunächst nur einen geringen Informationsgehalt besitzen. Sowohl der Informationsgehalt als auch die ausgewiesenen Werte der vergegenständlichten und lebendigen Arbeit steigen mit jedem weiteren Jahr an.

Erfahrungsgemäß stößt die Einführung einer neuen Organisation zunächst auf subjektive Aversion; es ist nicht leicht, eingefahrene Gleise zu verlassen.

Im Entwicklungsbetrieb hat sich folgender Weg zur Einführung des neuen PVI-Systems als gangbar erwiesen und wird deshalb weiter empfohlen:

1. Im Kombinat (VVB oder sonstigem Bereich) wird im Einvernehmen und mit Unterstützung des Bereichsleiters TG (Grundfondsreproduktion) ein KdT Fachausschuß „Bauerhaltung" gegründet. Mit dem Vorsitz wird ein aufgeschlossener und erfahrener Bauingenieur betraut.

2. Jährlich mindestens zweimal finden Zusammenkünfte der in diesem Fachausschuß zusammengeschlossenen Verantwortlichen für die Erhaltung der baulichen Grundmittel statt.

Auf der Tagesordnung stehen prinzipiell folgende Punkte:

Fachvortrag zu einem speziellen Problem der Bauerhaltung wie:
Holzschutz
Bauwerkstrockenlegung
Instandhaltungsgerechtes Bauen
Instandhaltungsarmes Bauen
Wärmeschutz
Korrosionsschutz
Erfahrungsaustausch zu:
Bilanzierungsfragen
Neuen Baustoffen
Auswertung von Bauschäden
Produktivitätssteigerung bei Eigenleistung usw.
Kontrolle und Diskussion zum Plan der Einführung des PVI-Systems
Besichtigung des für die Tagung gastgebenden Betriebes

3. Die Einführung des PVI-Systems ist mit einem gut vorbereiteten Intensiv-Lehrgang einzuleiten. Hauptaufgabe dabei ist, daß jeder von der erreichbaren Verbesserung überzeugt wird. Die Zentrale Fachsektion „Bauerhaltung" kann dabei mithelfen. Die Erfahrungen des Entwicklungsbetriebes können genutzt werden. Das komplette EDV-Projekt und die dazugehörigen Programme stehen jedem Nachnutzer unter Beachtung der dafür gültigen gesetzlichen Bestimmungen zur Verfügung.

4. Die Einführung einer neuen Organisation ist zunächst mit einem erhöhten Arbeitsaufwand verbunden. Die gesetzlichen Bestimmungen zur Neuerertätigkeit ermöglichen eine angemessene Vergütung in den Fällen, wo wissenschaftliche Ergebnisse schnell nutzenbringend in die Praxis überführt werden.

Erfahrungen, auch in dieser Hinsicht, stehen im Entwicklungsbetrieb zur Verfügung.

5. Nach umfassender Einführung des PVI-Systems kommen Diskussionen zu den Analysen, die integrierender Bestandteil des Systems sind, hinzu. Ursachen und Schwachstellenforschung führen zu Schlußfolgerungen für die künftige Projektierungs- und Bautätigkeit.

Auf diese Weise wird es möglich, die Vielzahl der in den verschiedensten Betrieben und Einrichtungen relativ isoliert arbeitenden Verantwortlichen für die Bauerhaltung an neue Erkenntnisse heranzuführen und für wachsende Anforderungen zielgerichtet zu qualifizieren. Georg Bittniok

Standardisierung

Neuer Standard für die Gestaltung von Stellplätzen

In der Zentralstelle für Standardisierung, 102 Berlin, Brüderstraße liegt der neue Standard TGL 21 770 vor. Er wurde im Dezember 1972 vom Minister für Verkehrswesen bestätigt. Er ist zu beziehen unter der Nummer DK 625.7/8. Die Weisung 5/71 zur alten TGL, die vom Ministerium für Verkehrswesen zwischenzeitlich erlassen wurde, wird durch den vorliegenden Standard abgelöst.

Im Heft 2/72 der da schrieb Dipl.-Ing. H. Stingl über die Neuordnung von Pkw-Stellflächen als Beitrag zur Effektivität der Flächennutzung im Städtebau.

Bei der Überarbeitung des Standards wurden erstmalig die Belange der städtebaulichen Planung und bestimmte Forderungen der Freiflächengestaltung mit aufgenommen.

Die Notwendigkeit, unser Bauland effektiv zu nutzen, die materialökonomischen Belange zu berücksichtigen, eine Gebrauchswerterhöhung sowohl des Parkplatzes als auch der angrenzenden Vegetationsflächen, waren der Anlaß, 1968 den Neuerervorschlag zur Unterhaltung der Parkflächen einzureichen, der den Anstoß zur Überarbeitung des Standards gab.

Die Flächen, die durch den ruhenden Verkehr in Anspruch genommen werden, steigen mit dem wachsenden Wohnungsbauprogramm. Durch den neuen Standard besteht die Festlegung, diese Flächen durch Bepflanzung zu gliedern, sie gegen die Umgebung abzuschirmen und sie harmonisch in das Stadtgefüge oder die Landschaft einzufügen.

Die Unterteilung des Stellplatzes in einen befahrbaren und einen nicht befahrbaren Teil verhindert das Zerstören der Vegetationsflächen, die an Parkflächen grenzen.

Durch die Festlegung der Bepflanzung des Parkplatzes entsteht eine Gebrauchswerterhöhung des Stellplatzes. Er wird dadurch beschattet, gegen Wind und Staub geschützt, die Umgebung von der befestigten Fläche getrennt.

Das entspricht nicht nur den Forderungen des Verkehrsmediziners, der Garten- und Landschaftsarchitekten.

Auch die auf der 4. Tagung des Präsidiums des BdA/DDR aufgestellten Forderungen zum Schutz unserer Umwelt können durch die Anwendung des neuen Standards erfüllt werden.

Der Standard umfaßt 5 Teile, die sich befassen mit Begriffen, Stellplätzen und Fahrgassen, Sicherheitsstreifen, Markierung und Gehölzpflanzung. Dieser letzte Abschnitt wurde neu in den Standard mit aufgenommen.

Der Textteil wird durch Abbildungen ergänzt.

In den Erläuterungen wird der Standard begründet und die einzelnen Abschnitte erläutert und in den Punkten ergänzt, zu denen aus technischen und ökonomischen Gründen keine Festlegungen getroffen werden konnten. Renate Meinke

Bücher

Max Seydewitz

Dresden – Musen und Menschen

2. Auflage
Buchverlag Der Morgen, Berlin 1973
349 Seiten, 65 Abbildungen, EVP: 14,80 M

Wer besser als Max Seydewitz könnte dank seines persönlichen Anteils am Wiederaufbau Dresdens und der Rettung einmaliger Kulturschätze „einen Beitrag zur Geschichte der Stadt, ihrer Kunst und Kultur" schreiben.

Max Seydewitz hat nach der furchtbaren Zerstörung der Stadt durch anglo-amerikanische Luftangriffe einen großen Teil seiner Schaffenskraft dem Aufbau eines neuen sozialistischen Dresdens gewidmet. Aus der genauen Kenntnis der historischen Bezüge, aus der Praxis des Klassenkampfes, aus seiner aktiven Teilnahme am Wiederaufbau der Elbemetropole gewinnt der Autor die Autorität, über die wechselvolle Geschichte der Stadt, ihrer berühmten Bauwerke und Baumeister, über die Kunstschätze und diejenigen zu berichten, die das alles schufen.

Zwangsläufig setzt sich der Autor mit den auch von bürgerlichen Historikern unserer Tage gepriesenen Thesen des sogenannten Augusteischen Zeitalters auseinander und stellt im Sinne Brechts die Frage: „Wer baute das siebentorige Theben"? Ästhetizismus, ein formales Beschreiben, führt bei bürgerlichen Autoren meist dazu, die Rolle der Volksmassen in der Entwicklung bewußt oder unbewußt zu negieren. Max Seydewitz stellt die Entwicklung Dresdens, seiner Menschen und Bauwerke vor den historischen Hintergrund und zeichnet ein lebendiges Bild der gesellschaftlichen Verhältnisse nach.

Der Bogen der Darstellung spannt sich von den Anfängen über die Blüte der Stadt im Barock, die Stadt im 19. Jahrhundert, den Untergang der alten Kunststadt als Folge des zweiten Weltkrieges bis hin zum Aufbau des neuen sozialistischen Dresdens, das als blühende Kulturmetropole Zeugnis von der Kraft der Arbeiterklasse ablegt.

Interessant ist es, was der Leser über die wahrhaften und sogenannten Größen der Vergangenheit, die gekrönten Häupter und die Fürsten der Kunst in Form historischer Anekdoten erfährt. Ob Pöppelmann, Semper, Dinglinger oder Brühl, ob Baukunst, Malerei oder Musik – von allen berichtet der Autor mit dem Sachverständnis und der Farbigkeit, die alle Kapitel dieser Darstellung auszeichnen.

In den abschließenden Kapiteln wertet Max Seydewitz die vielfältigen kulturellen Aktivitäten, die heute das Gesicht der Stadt prägen.

Einige kritische Bemerkungen zur Ausstattung sollen den Gesamtwert dieser Arbeit nicht schmälern. Dem repräsentativen Thema scheint die grafische Lösung nicht adäquat, was schon bei der Wahl des Formats beginnt und bis zum Wunsch nach großzügigerer Illustrierung reicht. Auch einen stärkeren Anhang, in dem ein Personen- und Sachregister erleichtern sollten, wünscht man sich. gen.

Winfried Löschburg

Unter den Linden – Gesichter und Geschichten einer berühmten Straße

2. Auflage
Buchverlag der Morgen, Berlin 1973
301 Seiten, 99 Abbildungen, Faksimiles und Zeichnungen, EVP.: 18,50 M

In den Mittelpunkt dieser erfrischend episodisch geschriebenen Geschichte der berühmten Berliner Magistrale stellt W. Löschburg das Bemühen, uns vor dem Hintergrund des historischen Geschehens von vier bedeutsamen Etappen deutscher Geschichte ein buntes Mosaik dieser Straße, ihrer Architekten, ihrer Bauwerke und all derer zu zeichnen, deren Wirken auch heute noch relevant ist.

Im Gegensatz zu der „Lindenliteratur", die seit den fünfziger Jahren in der BRD erschien – und das ist der Menge nach nicht wenig –, idyllisiert Löschburg nicht, sondern stellt Menschen, Ereignisse und Bauwerke in den gesellschaftlichen Rahmen, zeigt auch, daß es die Arbeiterklasse ist, die heute dazu berufen ist, die progressiven Traditionen deutschen Geisteslebens zu hüten und konstruktiv weiterzuentwickeln. Eine umfassende Historie Berlins konnte nicht Ziel dieser Arbeit sein, so wünschenswert eine solche auch erschiene. Mit dem Stilmittel der historischen Miniatur entsteht – interessant für den Berliner wie für die immer zahlreicher werdenden Gäste unserer Hauptstadt – ein im besten Sinne buntes Bild dieser Straße.

Von Interesse nicht nur für den Architekten sind auch die Anekdoten, die der Autor unter anderen vom Bau der Knobelsdorff-Oper, des Brandenburger Tors, des Prinzessinnenpalais, der Neuen Wache und der königlich-preußischen Bibliothek (der Berliner Volksmund gab diesem Kasten bald seinen Namen „Kommode") zu erzählen weiß.

Positiv aufgenommen werden dürften auch die zahlreichen Faksimiles und Zeichnungen, die den Text auflockern. Hervorgehoben zu werden verdient auch die einfallsreiche Gestaltung des Schutzumschlages. Allerdings wünschte man sich den Abbildungsteil sorgfältiger ausgewählt, gerade bei den Abbildungen für die jüngere Geschichte.

Der im übrigen recht sorfältig gestaltete Anhang könnte durch die Aufnahme eines Personenregisters sicher noch gewinnen.

gen.

Wladyslaw Czerny

Architektur der verstädterten Räume

Studien und Skizzen
Arkady-Verlag, Warschau 1972
280 Seiten, 249 Abbildungen

Wladyslaw Czerny, ordentlicher Professor und Inhaber des Lehrstuhls für Urbanistik in Gdansk und Wroclaw, Schüler von Adolf Loos, hat in den Studien und Skizzen Erfahrungen zu Überlegungen gemacht und Überlegungen zu Forderungen formuliert. Er gehört zu den wenigen marxistischen Städtebautheoretikern, die sich äußerst kritisch mit den Theorien von Doxiades auseinandersetzten (der in seiner Oikumenopolis das Paradies für 50 Milliarden Menschen zu errichten glaubt, und wo nur noch ein Zwanzigstel der Oberfläche des festen Landes auf dem Erdball frei von städtischer Bebauung bleibt). Schon 1964 schreibt Czerny in einem Artikel über „passive und aktive Stellung der Raum- und Siedlungsplanung: Die alten Zeiten, in denen jedes Menschenkind als Gottesgabe angesehen wurde und das Lob Gottes vermehren sollte, die ‚guten' Zeiten, wo eine ‚entsprechende Reservearmee' der ‚Arbeitskräfte' zur ‚freien' Verfügung des ‚Kapitaleinsatzes' zu erwünschen war, wo vieles ‚Menschenmaterial Kanonen- und Bombenfutter' als Lebensfrage des Imperialismus angesehen war, müssen abgeschlossen werden. Kein Maximum der Bevölkerung, sondern ein Optimum der Bevölkerungszahl ... muß das Gebot unserer Zeit werden. Wir Raumplaner dürfen nicht bloß einer ungebannten, wilden Entwicklung nachlaufen. Wir müssen um eine menschengerechte Lebenskultur in der Welt kämpfen."

Diese Gedanken sind auch in seinem neuen Buch indirekter Ansatzpunkt seiner theoretischen Überlegungen.

In der Einführung gibt Czerny ein Problembewußtsein vor, das sich mit dem notwendigen Wechselverhältnis von Architektur und Schöpfertum beschäftigt. Der Teil I hat die Entwicklung der neuzeitlichen Städtebauwissenschaft zum Inhalt. Dabei wird im wesentlichen davon ausgegangen, daß die Industrialisierungsform des 19. Jahrhunderts als kritisch negativer Ausgangspunkt angesehen werden muß.

Czerny beschäftigt sich mit den formalistischen wie den sozialen Lösungsversuchen, die gewisse Reaktionen auf negative Seiten der Stadtentwicklung darstellen wollten. Den Abschluß dieses I. Teils bildet eine großzügige Problemdarlegung über den polnischen Städtebau von der Novemberrevolution bis zur Gegenwart.

Teil II hat das Wechselverhältnis Landschaft, Boden, Mensch zum Inhalt. Dabei analysiert Czerny logische Folgen aus den unterschiedlichen Wirtschaftsarten des Bodens wie charakteristische Bevölkerungsdichten, Struktur des Raumbedarfs und Produktions- und Dienstleistungsfunktionen, die die Form der Siedlung bestimmen.

Im Teil III werden dann diesem übergeordneten Teil die Struktur und Komposition von Wohnsiedlungen vorgestellt. Czerny behandelt diese Frage immer in der Einheitlichkeit von demographischer und funktioneller Struktur der Wohnsiedlungen, aus der dann gestalterische Fragen abgeleitet werden. Dabei werden in den oft lose nebeneinanderstehenden Studien wie „Bebauungszonen und Bebauungsdichten", „Bemerkungen über das soziale Klima und die Struktur von Wohnsiedlungen" und „Gesichtspunkte der Komposition von Wohnsiedlungen" doch übergreifende Gesichtspunkte deutlich.

Der IV. und letzte Teil hat die sozialökonomischen Kriterien der Gestaltung von Wohnsiedlungen zum Inhalt. Czerny analysiert darin kritisch die rein ökonomischen Kriterien im Städtebau und fordert, im Zusammenhang mit städtebaulichen Planungen nur noch die Denkrichtung einer **sozialen Ökonomie** in ihren realisierbaren Möglichkeiten einzuschlagen. Für unsere gegenwärtigen Aufgaben interessant sind die Ausführungen zu Bebauungsmöglichkeiten mehrgeschossiger Wohngebiete mit Einfamilienhäusern entsprechend den Vorschlägen von Czerny, solche Bebauungsarten zu schaffen, die drei verschiedenen Gruppen von Haushalten entsprechen. (S. 165 ff und S. 230 ff): Das Einfamilien-, Atrium- oder Reihenhaus als integraler Bestandteil der mehr- und vielgeschossigen Bebauung. (Übrigens ergaben internationale soziologische Untersuchungen, daß diese Bebauungsformen ein positives soziales Integrationsverhalten in Neubaugebieten ermöglichen.)

60 Thesen zur sozial-ökonomischen und städtebaulichen Struktur von Wohnsiedlungen, gewissermaßen eine Kurzfassung von Teil III und IV, schließen die Studien und Skizzen zur Architektur der verstädterten Räume ab. Der Epilog, Hoffnung in die Zukunft setzend und Forderungen an unsere Gegenwart stellend, erfaßt das Anliegen des Autors: Es gilt eine „Stilepoche der sozialen Architektur" zu schaffen.

Eine Erschließung des polnischen Werkes für unsere Leser würde sicherlich positiv aufgenommen werden und das beiderseitige Nachdenken über die Aufgaben des Wohnungs- und Städtebaus fördern.

Rolf Xago Schröder

Waclaw Ostrowski

Zeitgenössische Stadtplanung Von den Ursprüngen bis zur Charta von Athen

Den Haag 1970, 180 Seiten

Waclaw Ostrowski ist Professor an der Warschauer Technischen Universität. Er schrieb dieses Buch in französischer Sprache während eines einjährigen Studienaufenthaltes in Paris.

Aus dem Vorwort: „Das Ziel dieses Buches ist es, dem Leser einige Probleme der modernen Stadtplanung darzustellen und zu versuchen, die gegenwärtigen Meinungen und Tendenzen zu werten. Das Ausmaß des Themas beschränkt notwendigerweise diese Studie auf die wesentlichsten oder umstrittensten Fragen ..."

An den Anfang des Buches stellt Ostrowski den Versuch, Ursprünge und Beginn des modernen Städtebaus zeitlich zu bestimmen. Die Ursprünge sucht er – anders als einige von ihm zitierte Autoren – erst nach dem Beginn der industriellen Revolution. Er beschreibt kurz die Entwicklung bis zum eigentlichen Beginn des „modernen Städtebaus", den er nach dem Ende des ersten Weltkrieges sieht.

Der Hauptteil ist in 10 Kapitel gegliedert, die sich mit jeweils einem bedeutenden städtebaulichen Konzept eines Architekten oder einer wichtigen Tendenz beschäftigen. An den Anfang jedes Kapitels stellt der Autor eine allgemeine Erläuterung und Einschätzung der darzustellenden Ideen, darauf folgen kurze Beschreibungen einiger Projekte oder Schemata anhand aut ausgewählter Abbildungen.

Besonders interessant, weil bisher kaum beachtet – „Arturo Soria und die ‚lineare Stadt'" im ersten Kapitel. Es folgen „Ebenezer Howard und die ‚Gartenstadt'", „Tony Garnier und die ‚Industriestadt'", „Eugène Hénard und die Umwandlung großer Städte", ebenfalls ein relativ unbekannter Abschnitt der Städtebaugeschichte. Im fünften Kapitel folgt eine interessante kritische Analyse der städtebaulichen Ideen und Projekte Le Corbusiers. Sechstes Kapitel: „Sozialer Wohnungsbau und ‚rationeller Städtebau'". Hier wird kurz die Entstehung der Zeilenbauweise dargestellt. Im siebenten Kapitel geht es um „Städtische Einheiten" – Wohngebiete mit relativer Selbständigkeit, wie sie erstmals in den USA Anfang der zwanziger Jahre bewußt angestrebt wurden (z. B. Radburn System). Im achten Kapitel werden Theorien behandelt, die eine Auflösung oder Verteilung der Großstadt propagieren – Trabantenstädte, Wrights ‚Broadacre City'. Neuntes Kapitel: „Die Sowjetunion in den ersten nachrevolutionären Jahren", eine Beschreibung der vielfältigen Ideen dieser Zeit. Im abschließenden Kapitel geht es um „Die C. I. A. M. und die Charta von Athen".

In diesen zehn Kapiteln wird in anschaulicher Weise dargestellt, wie sich städtebauliche Ideen entwickelten, gegenseitig befruchteten, aber auch einander widersprachen. Weniger überzeugend ist der erwähnte Abschnitt über die Entwicklung seit der industriellen Revolution. Hier gibt es zum Beispiel von Benevolo eine weitaus fundiertere, marxistisch wertende Darstellung (in: Le origini dell'urbanistica moderna, Bari 1968).

„Contemporary town planning" ist ein nützliches Buch, weil es die Probleme übersichtlich darstellt und auf diese Weise verständlich macht. Es bietet einen guten Überblick über einen bisher wenig behandelten Abschnitt der Städtebaugeschichte. Wünschenswert bleibt eine ausführlichere Darstellung der Probleme in bezug auf unsere Zeit, auch eine Beschreibung der Auswirkungen damaliger neuer Ideen auf unsere Städte – Zeilenbauweise, Wohngebiete, Bandstadt und natürlich, was vom Autor völlig übergangen wird, die Auswirkungen der Charta von Athen mit der von ihr geforderten funktionellen Gliederung der Stadt. John Knepler

Walter Bor

Das Planen von Städten

Leonard Hill-Verlag, London 1972
256 Seiten, 300 Abbildungen

Walter Bor, ein bekannter Architekt und Städteplaner in Großbritannien und den USA, hat – seit 1966 im Rückzug auf ein privates Architektenbüro – ein interessantes Buch geschrieben. Er versucht die technischen Möglichkeiten des Städtebaus mit den gesellschaftlichen Gegebenheiten zu konfrontieren.

Daß sich neue technologische Erkenntnisse nur schwer unter erstarrten politischen Verhältnissen realisieren lassen, zeigt sich in den Arbeiten, die er als stellvertretender Chef im LCC (London Country Council) und als verantwortlicher Stadtplaner von Liverpool leistete. So wurde in Liverpool die von ihm gegründete multidisziplinäre Stadtplanungsabteilung, die einen planungspolitischen Bericht für diese Stadt in der Einheit mit einem neuen Entwurf verfaßte, nur bedingt realisiert. In diesem Buch wird auf diese Planungsarbeit eingegangen (S. 62 ff, 141 ff). Doch Plan und Wirklichkeit sind auch bei Bor zwei verschiedene Dinge.

Der Aufbau des Buches von Bor ist deshalb interessant, da er schon konzeptionell eine Einheit von städtebaulicher Theorie und Praxis herstellen will: 5 Teile, 15 Kapitel und 26 Anhänge mit praktischen Beispielen sind nicht nacheinander aufgeschrieben, sondern miteinander verflochten. So wird das konkrete städtebauliche Beispiel gleichzeitig zu einem theoretischen Element des Inhalts und nicht nur eine losgelöste Nachschlagquelle.

Konkret zum inhaltlichen Gedankengang des Buches: Wachstum und Wandel der Stadt beinhaltet der erste Teil. Stadt und Region, Probleme des Veraltens, Planungsideen und Planungstechniken in ihrem Wandel sind die folgenden Kapitel. Eine Rekonstruktionsstudie über Racine, über die soziale Isolierung der Armen in Nassau Country (Long Island), über Washington New Town und über das lokale Zentrum von Milton Keynes New City sind die wichtigsten Teile des integrierten Beispiel-Anhangs. Im zweiten Teil des Buches geht Bor auf die Geteiltheit und Wechselwirkung von Politik und urbaner Planung ein. „Die Planung von Städten und Zentren ... ist nicht nur ein technischer und sozioökonomischer Komplex, sondern ist vor allem ein politisches Problem" (S. 53). Bor fordert dabei ein politisches Rahmenwerk, wonach sich eine „städtische Entwicklungsgesellschaft" oder ein „Zentrum für Gemeindeveränderung" etablieren könne. In diesem Zusammenhang wird die begrenzt „öffentliche Aktivität an Zwischenlösungsvorschlägen für Milton Keynes" erörtert. (S. 72)

Teil 3 behandelt „Urbanes Leben und Bewegung". Die unterschiedlichen Arten des Wohnungsbaus von der städtischen Lage her gesehen (Stadtzentrum, in inneren Gebieten der Stadt und in der Vorstadt) und die Entwicklung neuer Städte innerhalb der Großstadt (wie Thamesmead und Basingstoke, S. 104 ff) leiten diesen Problemkreis ein. Ihm folgen Darstellungen, die sich aus den existierenden und möglichen neuen Formen des öffentlichen Transports ergeben. Der Wiederbelebung der öffentlichen Transportmittel wird ebenso ein breiter Raum geschenkt wie den Bedürfnissen, die die Fußgänger in der Großstadt von heute haben (S. 124 ff). Dieser letztgenannte Aspekt ist, als Planungsausgangspunkt gedacht, für uns besonders interessant.

Im Teil 4 des Buches kommt Bor zu Gestaltungsfragen. Seine zentrale Kategorie ist der „Prozeß des urban design". Hier versucht er, entgegen den vorangegangenen Teilen, das Problem der Stadtgestalt historisch zu untersuchen. Gegenwärtige Gestaltungsfragen werden an der Burleigh Street (dem Einkaufszentrum von Cambridge) sowie an der Umgestaltung des Kerngebietes von Toledo erläutert. Dabei spielen die gestalterischen Probleme, die durch den Hochbau bei jedem Stadtgestalter auftreten, eine ebensogroße dominierende Rolle (S. 173 ff) wie die innerstädtischen Autostraßen (S. 190 ff).

Für Bor sind die sozio-ökonomischen und visuellen Momente die ausschlaggebenden Punkte, die heute eine Stadtgestalt hervorbringen. Anhand dieser Kriterien und Bezugspunkte wird dann das Planungsmodell von Summerston Glasgow erörtert, an dem Bor aktiv mitarbeitete.

Im fünften und letzten Kapitel gibt uns der Autor seinen Ausblick auf die „umfassende urbane Planung" von morgen, die mehr Hoffnung als sicher eintreffende Wahrscheinlichkeit für ihn ist. Er sieht die Optimisten der 40er und 50er Jahre enttäuscht, und so schreibt er seinen „Planungs-Appell" aus der Sicht der 60er Jahre. Bor stellt fünf Vorbedingungen für den Fortschritt einer umfassenden Stadtplanung auf (S. 201 ff). Sie betreffen regionale, nationale, soziale und zuletzt auch notwendige politische Veränderungen, die jedoch mehr eine Integration der vorhandenen Politik in die Planung vorsehen, als grundsätzliche Veränderungen in der Politik und der gesellschaftlichen Struktur, die allein auch Grundlagen für eine neue Planung sein können. Rolf Xago Schröder

Im Juli 1973 erscheinen im VEB Verlag für Bauwesen:

Autorenkollektiv u. Ltg. v. Grothe
Löschwasserversorgung in Gebäuden
1. Auflage

Eckmann
Grundbau
Baukastenteil – Lehrbuch –
2., durchgesehene Auflage

Gemmel / Gogée
Ökonomik für die Berufsbildung
Ergänzung Bauwesen
4., überarbeitete Auflage

Volk
Berlin, Hauptstadt der DDR
Historische Straßen und Plätze heute
3. Auflage

Wotschke / Nadvornik
Grundlagen der Technologie im Bauwesen
Baukastenteil
2. Auflage

Kurzfassung	Содержание

DK 711.4(47 + 57) 711.1:330.12

Fomin, G.
Mensch, Betrieb, Stadt
deutsche architektur, Berlin 22 (1973) 7, S. 388 bis 389

Vor dem sowjetischen Städtebau steht die Aufgabe, ein neues Siedlungssystem herauszubilden. Eine wesentliche Grundlage dafür bilden die Veränderungen in der Standortverteilung der Produktivkräfte. Gegenwärtig besteht die Tendenz zur Herausbildung großer territorialer Wirtschaftskomplexe und Industrieknotenpunkte. Beim Bau von Industriegebieten sollen architektonische Ensembles entstehen, die in die Gesamtstadt integriert sind.

DK 711.4.003:728.12.003

Lammert, U.
Gedanken zum Wohnen und zum Wohnungsbau
deutsche architektur, Berlin 22 (1973) 7, S. 390 bis 392

Der Beitrag behandelt einige grundlegende Forderungen, die die sozialistische Gesellschaft an die Wohnumwelt stellt. Daraus werden einige Prinzipien für die Städtebaupolitik in der DDR abgeleitet. Dazu gehören unter anderen die sozialpolitische Orientierung, die Planmäßigkeit und die Komplexität der Lösungen. Darin liegen wesentliche Unterschiede zum Wohnungs- und Städtebau im Kapitalismus.

DK 711.58(473.11)

Djubek, L.
Moskau – Tschertanowo Nord
deutsche architektur, Berlin 22 (1973) 7, S. 393 bis 397,
1 Modellfoto, 1 Plan, 5 Schnitte, 8 Grundrisse

In Moskau begann der Aufbau des Experimentalwohnbezirkes Tschertanowo Nord. In diesem Wohngebiet für 20 500 Einwohner sollen die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse und Ideen zur Erhöhung der Qualität des Wohnungsbaus erprobt werden. Besonderer Wert wird auf die Erhöhung des Niveaus der gesellschaftlichen Einrichtungen für die Versorgung und Freizeitgestaltung der künftigen Einwohner gelegt.

DK 711.58(498)

Derer, P.
Städtebauliche Aspekte im rumänischen Wohnungsbau
deutsche architektur, Berlin 22 (1973) 7, S. 398 bis 402,
10 Abbildungen, 6 Lageskizzen

Dank der großen Anstrengungen im Wohnungsbau lebt heute fast jeder dritte Bürger des Landes in einer nach 1945 errichteten Neubauwohnung. In den Jahren von 1966 bis 1970 wurden in der SR Rumänien durchschnittlich 132 000 Wohnungen im Jahr errichtet. Das entspricht etwa 6,5 Wohnungen je 1000 Einwohner. 49 Prozent der Wohnungen wurden im staatlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbau geschaffen, während 5 Prozent Wohnungen mit staatlicher Unterstützung und der Rest mit privaten Mitteln gebaut wurden.
Der größte Teil der von der Bevölkerung mit eigenen Mitteln gebauten Wohnungen wurden in ländlichen Gebieten errichtet, so daß sich der staatliche Einfluß auf die städtebaulichen Probleme konzentrierte, die bei der Einordnung des Wohnungsbaus in die Städte und deren vorhandene Bausubstanz auftraten.

DK 725.83

Luther, H.
Kulturhaus „Bergkristall" in Waldau
deutsche architektur, Berlin 22 (1973) 7, S. 408 bis 411,
6 Abbildungen, 1 Lageplan, 1 Schnitt, 2 Grundrisse

Das Kulturhaus ist ein besonderer Anziehungspunkt für die Einwohner der benachbarten Orte und die Urlauber und Touristen. Der zweigeschossige Baukörper, am Hang gelegen, bietet eine vielfältige gastronomische Nutzung. Mit Ausnahme der Weinstube, die im Sockelgeschoß angeordnet ist, befinden sich alle Gasträume im Obergeschoß. Den Kern des Obergeschosses bildet der Saal, um den Küche, Gaststätte, Balkonterrasse und Klubraum gruppiert sind. Die Gesamtkapazität beträgt maximal 303 Tischplätze und 48 Terrassenplätze oder 370 Reihenplätze und 48 Terrassenplätze. Entsprechend der individuellen Raumforderung, der Hanglage und den Möglichkeiten der Bauausführung wurde das Gebäude in monolithischer Bauweise errichtet.

DK 725.214

Dochow, K.-H.
Centrum-Warenhaus in Schwedt (Oder)
deutsche architektur, Berlin 22 (1973) 7, S. 412 bis 417,
11 Abbildungen, 1 Schnitt, 3 Grundrisse

Das dreigeschossige Bauwerk dient zur Versorgung der Chemiearbeiterstadt Schwedt. Neben den Verkaufseinrichtungen sind in dem Gebäude auch Funktionen für den Kundendienst und für die Betreuung des Personals untergebracht. Der Baukörper hat eine horizontal dreigeteilte Fassade, gebildet durch Schaufenster und Eingänge im Erdgeschoß, eine Vorhangfassade im ersten Obergeschoß und durch ein umlaufendes Fensterband im zweiten Obergeschoß. Für das Bauwerk wurde eine monolithische Stahlbetonkonstruktion mit Stockwerksrahmen (Grundraster 9000 mm $\times$ 9000 mm) und monolithische Zwischendecken verwendet.
Das Haus ist mit umfangreichen technischen Einrichtungen versehen. Die Verkaufs-, Lager- und fensterlosen Aufenthaltsräume werden vollklimatisiert.

DK 725.71.011.24

Sehm, W.
Mensa der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt
deutsche architektur, Berlin 22 (1973) 7, S. 418 bis 421,
9 Abbildungen, 2 Grundrisse

Im Rahmen der Erweiterung der Technischen Hochschule entstand in Kompaktbauweise eine zweigeschossige Mensa (rund 36 000 m^3 umbauter Raum), in der 3000 Teilnehmer an der Vollverpflegung teilnehmen können.
Im Erdgeschoß sind unter anderen untergebracht: eine Konsumverkaufsstelle, eine Buchhandlung, ein Friseursalon sowie sämtliche Lagerräume.
Im Obergeschoß befinden sich die Küche, die Studentenmensa (580 Plätze), die Angestelltenmensa (200 Plätze), eine Hochschulgaststätte und ein Klubraum. Die Mensa ist als Mehrzweckraum ausgelegt.

УДК 711.4 (47 + 57) 711.1:330.12

388 Fomin, G.
Человек, завод, город
дойче архитектур, Берлин 22 (1973) 7, стр. 388 до 389

Перед советским градостроительством стоит задача оформления новой системы заселения. Важной основой для этого являются изменения в расположении местонахождений производственных сил. В настоящее время обращает на себя внимание создание крупных экономических комплексов и промышленных узлов. Требуется, что при строительстве промышленных районов возводятся архитектурные ансамбли, которые включаются в общий облик города.

УДК 711.4.003:728.12.003

390 Lammert, U.
Мысли о жительстве и о жилищном строительстве
дойче архитектур, Берлин 22 (1973) 7, стр. 390 до 392

В статье рассмотрены некоторые требования, которые социалистическое общество предъявляет к жилому окружному миру. Из этого выведены некоторые принципы для градостроительной политики ГДР. К ним относятся, между прочим, социально-политическое ориентирование, планомерность и комплексность решений. В этом показываются важные разницы от жилищного строительства и градостроительства при условиях капитализма.

УДК 711.58(473.11)

393 Djubek, L.
Москва – Северное Чертаново
дойче архитектур, Берлин 22 (1973) 7, стр. 393 до 397,
1 модельное фото, 1 план расположения, 5 чертежей в разрезе,
8 гориз. проекций.

В Москве начато строительство экспериментального жилого района Северное Чертаново. Намечается испытать новейшие идеи и представления науки для повышения качества жилищного строительства в этом жилом комплексе для 20 500 жителей. Особое внимание обращается на повышение уровня общественных устройств для обслуживания и проведения досуга будущих жителей.

УДК 711.58(498)

398 Derer, P.
Градостроительные аспекты в румынском жилищном строительстве
дойче архитектур, Берлин 22 (1973) 7, стр. 398 до 402,
10 илл., 6 планов расположения

Благодаря большой инициативе жилищного строительства в настоящее время почти каждый третий из граждан страны живет в ново построенной после 1945 г. квартире. За годы от 1966 до 1970 в СР Румынии построили в среднем 132 000 квартир в год. Это соответствует около 6,5 квартир на 1 000 жителей. 49 % этих квартир созданы государственным и кооперационным строительством, 5 % было построено с государственной поддержкой и остальное на индивидуальных средствах. Большая часть построенных на собственных средствах квартир построена в сельских районах, так что государственное влияние сосредоточено на тех проблемах градостроительства, которые возникли при включении жилищного строительства в города и их имеющуюся застройку.

УДК 725.83

408 Luther, H.
Дом культуры «Бергкристалл» в г. Вальдау
дойче архитектур, Берлин 22 (1973) 7, стр. 408 до 411,
6 иллюстр., 1 план расположения, 1 чертеж в разрезе, 2 гориз. проекции

Дом культуры привлекает особое внимание жителей соседних мест, отпускников и туристов. Расположенный на откосе двухэтажный корпус здания позволяет многостороннее гастрономическое пользование. Все помещения для гостей в исключение расположенного на цокольном этаже погребка находятся на первом этаже. Ядром первого этажа является зал, вокруг которого сгруппированы кухня, ресторан, балконная терраса и клубное помещение. Общая вместимость 303 места за столами и 48 мест на террасе или 370 рядовых мест и 48 мест на террасе. В соответствии с индивидуальным пространственным требованием, расположением на откосе и возможностями проведения простройки здание были возведено в монолитной конструкции.

УДК 725.214

412 Dochow, K.-H.
Универмаг Центрум в г. Шведте-на-Одере
дойче архитектур, Берлин 22 (1973) 7, стр. 412 до 417,
12 илл., 1 чертеж в разрезе, 3 гориз. проекции

Трехэтажное здание предусмотрено для обслуживания города химрабочих Шведта. Кроме устройств продажи здание включает также функции обслуживания покупателей и персонала. Корпус здания имеет расчлененный горизонтально на три секции фасад, состоящий из витрин и входов на первом этаже, занавесного фасада на втором и обводной ленты окон на третьем этаже. Сооружение построено в монолитной железобетонной конструкции с этажной рамой (основная модульная сетка 9000 $\times$ 9000 мм) и монолитными промежуточными перекрытиями. Дом снабжен обширными техническими устройствами. Помещения продажи, хранения и безоконные комнаты пребывания имеют круглогодовое кондиционирование воздуха.

УДК 725.71.011.24

418 Sehm, W.
Дом общественного питания студентов на Втузе в г. Карл-Маркс-Штадте
дойче архитектур, Берлин 22 (1973) 7, стр. 418 до 421,
9 илл., 2 гориз. проекции

В рамках расширения высшего технического учебного заведения создана сблокированная конструкция двухэтажного устройства общественного питания студентов кубатурой ок. 36 000 м^3, обслуживающее 3000 учестников в полном питании. Между прочим, на первом этаже расположены продажный центр кооператива, книжный магазин, парикмахерская и все помещения хранения. На первом этаже находится кухня, столовая для студентов (580 мест), столовая служащих (200 мест), ресторан втуза и клубное помещение. Столовая студентов предназначена как помещение универсального пользования.

Summary

DK 711.4(47 + 57) 711.1:330.12

Fomin, G.
Individual, Job, and Urban Environment
deutsche architektur, Berlin 22 (1973) No. 7, pp. 388–389

Soviet town planning is confrondet with the problem of a new settlement system. Changes taking place with regard to site distribution of productive forces are relevant factors in this context. At present there is a trend towards larger regional economic complexes and industrial centres. The architecture of dwelling and public buildings in industrial areas should be such that smooth integration with the given urban structure is ensured.

DK 711.4.003:728.12.003

Lammert, U.
Reflections on Dwelling and Housing Construction
deutsche architektur, Berlin 22 (1973) No. 7, pp. 390–392

Reference is made to some basic demands made on dwelling environments by a socialist society. Certain principles of city design policy in the GDR are derived, among them concepts for socio-political orientation as well as ideas on the planned nature and complexity of solutions. These account for substantial differences from housing construction and city design in capitalism.

DK 711.58(473.11)

Djubek, L.
Moscow – Chertanovo North
deutsche architektur, Berlin 22 (1973) No. 7, pp. 393–397
1 model photograph, 1 plan, 5 sections, 8 floor plans

Works have started in Moscow for the experimental housing area of Chertanovo North. This housing area will be designed for 20,500 dwellers and is to absorb the latest scientific findings and ideas regarding improved quality and better standards in housing construction. Emphasis will be laid on improving the standards of communal amenities, services, and leisure facilities.

DK 711.58(498)

Derer, P.
City Design Aspects of Housing Construction in Rumania
deutsche architektur, Berlin 22 (1973) No. 7, pp. 398–402,
10 figs., 6 layout drawings

It is owed to the great efforts made in housing construction that today almost one of three citizens is living in a flat which has been completed after 1945. Between 1966 and 1970, 132,000 dwellings in average were annually completed in Rumania. This brings the relative figure to 6.5 dwellings for 1,000 citizens. Forty-nine per cent of the dwelling units were completed under national and cooperative schemes, five per cent with governmental subsidies, and 46 per cent with private financing.
Most of the private construction took place in rural areas, with villagers building their own homes, and so governmental influence was concentrated on town planning aspects, for example, the integration of new urban housing with existing building stock.

DK 725.83

Luther, H.
"Bergkristall" Community Centre in Waldau
deutsche architektur, Berlin 22 (1973) No. 7, pp. 408–411,
6 figs., 1 layout, 1 section, 2 floor plans

This community centre has proved to be an attraction to both the inhabitants of neighbouring places and holidaymakers. A variety of gastronomic facilities are accommodated in the two-storey building which is situated on a hill slope. The wine tavern is accommodated in the basement, while all other restaurants and community spaces are provided in the upper storey. A ball room was designed as the centre of the upper storey and has grouped around it kitchen, restaurant, balcony terrace, and club room. Total capacity of the building includes 303 seats at tables, 48 seats on the terrace or, alternatively, 370 seats in rows and 48 terrace seats. Specific space demands, the hillside location, and technological possibilities of completion were considered when a monolithic design was adopted for the project.

DK 725.214

Dochow, K.-H.
Centrum Department Store in Schwedt (Oder)
deutsche architektur, Berlin 22 (1973) No. 7, pp. 412–417,
11 figs., 1 section, 3 floor plans

This three-storey structure has been designed with the view to providing supply services to the public of the chemical workers' city of Schwedt. Housed in the building are not only selling facilities, but also dealer-type services, and amenities for the employed personnel. The front face of the structure consists of three horizontal sections, one with the show windows and entrance spaces on ground-floor level, a suspended facade in the first floor, and a circumferential row of windows in the second upper storey. The building is a monolithic reinforced concrete structure with storey frame (grid: 9,000 mm × 9,000 mm) and monolithic floors inserted.
Provided in the building is a wide range of technological facilities and installations, with all sales, storage, and windowlees community spaces being air-conditioned.

DK 725.71.011.24

Sehm, W.
Canteen in the Technological Institute of Karl-Marx-Stadt
deutsche architektur, Berlin 22 (1973) No. 7, pp. 418–421,
9 figs., 2 floor plans

A two-storey monoblock canteen structure (some 36,000 cu.m of enclosed space) providing full meals to 3,000 persons has been completed as part of an expansion scheme of this Technological Institute.
A co-op shop, a book-shop, a hairdresser's saloon, and all storage spaces are accommodated in the ground floor.
On upper-storey level are housed the kitchen, student canteen (seating 580 persons), employees canteen (seating 200), an open restaurant, and a club room. The canteen has been designed for multi-purpose usage.

Résumé

DK 711.4.(47 + 57) 711.1:330.12

Fomin, G.
388 **Homme, usine, ville**
deutsche architektur Berlin, 22 (1973) 7, p. 388–389

L'urbanisme soviétique se trouve devant la tâche de développer un système nouveau d'implantation. Une base essentielle en sont les altérations de la distribution des concentrations des forces des concentrations des forces productrices. Il y a, à présent, la tendance vers l'évolution des grands complexes économiques territoriaux et complexes industriels. La construction des zones industrielles devrait former un ensemble architectural à intégrer dans la ville entière.

DK 711.4.003:728.12.003

Lammert, U.
390 **Quelques réflexions sur l'habitation et la construction d'habitations**
deutsche architektur Berlin, 22 (1973) 7, p. 390–392

La contribution se réfère à quelques demandes fondamentales de la société socialiste posées à ambiance d'habitation. On en dérive quelques principes pour la pratique d'urbanisme dans la RDA. Cela concerne autres l'orientation socio-politique, la planification systématique et la complexité des solutions. Ces facteurs englobent des différences essentielles avec la construction des habitations et implantations dans les conditions capitalistes.

DK 711.58(473.11)

Djubek, L.
393 **Moscou – Tchertanovo Nord**
deutsche architektur Berlin, 22 (1973) 7, p. 393–397, 1 photo de maq., 1 plan, 5 coupes, 8 plans horiz.

A Moscou, la construction de la zone d'habitation prototype Tchertanovo Nord cocmmençait déjà. Dans vette zone prévue pour 20 500 habitants les reconnaissances scientifiques les plus récentes et idées aptes à l'augmentation de la qualité de la construction d'habitation doivent être mises en pratique. L'accroissement du niveau des bâtiments publics pour l'approvisionnement et l'organisation du loisir des habitants futurs sera la tâche prioritaire.

DK 711.58(498)

Derer, P.
398 **Aspects urbanistiques de la construction résidentielle en Roumanie**
deutsche architektur Berlin, 22 (1973) 7, p. 398–402, 10 fig., 6 esqu. du tracé

Grâce aux efforts déployés dans la construction d'habitations, presque chaque troisième citoyen du pays vit dans une habitation nouvelle qui fut cocnstruite après 1945. Dans la période entre 1956 et 1970 on a construit, dans la République Socialiste de Roumanie, une moyenne de 132 000 habitations chaque an. Cela correspond approximativement à 6,5 habitations pour 1000 habitants, 49 pourcent des habitations furent construites par des contracteurs gouvernementaux et des coopératives, pendant que 5 pourcent des habitations furent assemblées avec des subventions gouvernementales, et le reste par les moyens privés. La majorité des habitations que la population a construit par ses propres moyens, se trouve à la campagne, de sorte que l'influence de l'état se concentrait aux problèmes urbanistiques occurant lors de l'intégration de la construction d'a habitations dans les villes et leur substance de bâtiments existants.

DK 725.83

Luther, H.
408 **Maison de Culture « Bergkristall », Waldau**
deutsche architektur Berlin, 22 (1973) 7, p. 408–411, 6 fig., 1 tracé, 1 coupe, 2 plans horiz.

La Maison de Culture est une attraction toute particulière pour les habitants des lieux voisins, les vacanciers et touristes. Le corps du bâtiment à deux étages, situé près de la colline, peut utilisé pour des services gastronomiques les plus divers. A l'exception du restaurant du vin qui se trouve à l'étage du socle, les salles des restaurants sont disposées à l'étage supérieur. La grande salle est le noyau de l'étage supérieur, autour duquel se groupent cuisine, restaurant, terrasse du balcon et club. La capacité totale s'élève à un maximum de 303 places aux tables et 48 places de terrasse ou 370 places disposées par rangs et 48 places de terrasse. Conformément aux demandes individuelles posées aux locaux, au site incliné et aux possibilités de l'exécution des travaux de construction, le bâtiment fut assemblé par la méthode de construction monolithique.

DK 725.214

Dochov, K.-H.
412 **Magasin central « Centrum » à Schwedt sur l'Oder**
deutsche architectur Berlin, 22 (1973) 7, p. 412–417, 11 fig., 1 coupe, 3 plans horiz.

Le bâtiment à trois étages sert à l'approvisionnement de Schwedt, ville des travailleurs dans l'industrie chimique. Outre les facilités de vente les fonctions de la prestation du service et de l'approvisionnement du personnel sont prévues dans le bâtiment. La façade du corps du bâtiment est divisée horizontalement en trois sections: les vitres et entrées au rez-de-chaussée, une façade-rideau au premier étage et un ruban continu de fenêtres au deuxième étage. On a appliqué, pour la construction de ce bâtiment, une ossature monolithique en béton armé avec cadre d'étage (grille de base 9000 × 9000 mm) et des faux-plafonds monolithiques.
Le bâtiment est prévu d'un grand nombre d'installations techniques. Les espaces de vente, du stockage et du séjour sans fenêtres, sont complètement climatisés.

DK 725.71.011.24

Sehm, W.
418 **Cantine des étudiants à l'Université Technique, Karl-Marx-Stadt**
deutsche architektur Berlin, 22 (1973) 7, p. 418–421, 9 fig., 2 plans horiz.

Dans le cadre de l'extension de l'Université Technique, on a construit un bâtiment monobloc à deux étages avec une cantine (app. 36 000 m^3 espace bati) où 3000 participants peuvent prendre leurs menus. Au rez-de-chaussée se trouvent entre autres un magasin co-op, une librairie, un coiffeur et les espaces du stockage nécessaires. A l'étage supérieur sont disposées la cuisine, la cantine des étudiants (580 places), la contine des employés (200 places) un restaurant d'université et un club. La contine est disposée pour l'usage universel.



Kadatz/Murza

Berlin

Architektur in der Hauptstadt der DDR

Eine repräsentative Bilddokumentation der schöpferischen Leistungen des sozialistischen Städtebaues wird hiermit vorgelegt. Sie legt Zeugnis ab von den in den letzten Jahren entstandenen Bauten der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, einschließlich der von der Denkmalpflege restaurierten bzw. rekonstruierten historischen Bauwerke. Diese Publikation ist für die Jugend aus aller Welt, die sich zu den X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten in unserer Hauptstadt versammelt, eine würdige Repräsentation und Erinnerung und bedeutungsvoll, da wir uns an der Schwelle zum 25. Jahr des Bestehens unseres sozialistischen Vaterlandes befinden.

Format 20,5 x 27,5 cm, 38 Seiten Text, 28 Farb- und 211 Schwarzweiß-Abbildungen, Leinen, 30,— M, Bestell-Nr. 505 548 6

Diese 1. Auflage wird ausschließlich gezielt für die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten geliefert.

VEB E. A. Seemann, Buch- und Kunstverlag, 701 Leipzig, Jacobstraße 6, Deutsche Demokratische Republik

Greiner/Gelbrich

Grünflächen der Stadt

Planung, Grundsätze, Kennwerte, Probleme, Beispiele

Herausgegeben von der Bauakademie der DDR
1. Auflage, etwa 192 Seiten, 182 Abbildungen,
39 Tafeln, Leinen, etwa 32,– Mark. Best.-Nr. 561 459 1

Index 31 409

VEB Verlag für Bauwesen, 108 Berlin